

Kriminalität in Deutschland



Bericht von Mathias Bug, Martin Kroh und Kristina Meier

Regionale Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht –
Befunde der WISIND-Studie 259

Interview mit Martin Kroh

»Starkes Nord-Süd-Gefälle bei Kriminalität –
Einheitliches Messverfahren wünschenswert« 270

Bericht von Johannes Rieckmann und Jan-Lucas Schanze

Sicherheitsempfinden in sozialen Medien und Suchmaschinen –
ein realistisches Abbild der Kriminalitätsbelastung? 271

Bericht von Mathias Bug, Martina Kraus und Bartosz Walenda

Analoge und digitale Unsicherheiten:
Eine neue Perspektive auf Kriminalitätsfurcht 280

Bericht von Eric van Um, Michael Huch und Mathias Bug

Lokale Kriminalitätsberichterstattung:
Abbild oder Zerrspiegel von Kriminalität? 288

Bericht von Johannes Rieckmann, Martina Kraus

Tatort Internet:
Kriminalität verursacht Bürgern Schäden in Milliardenhöhe 295

Am aktuellen Rand Kommentar von Karl Brenke

Olympia: Die Verhältnisse auf die Füße stellen 304



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang
23. März 2015

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Alexander Eickelpasch
Dr. Anika Rasner
Dr. David Richter
Dr. Dirk Ulbricht
Dr. Lilo Wagner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



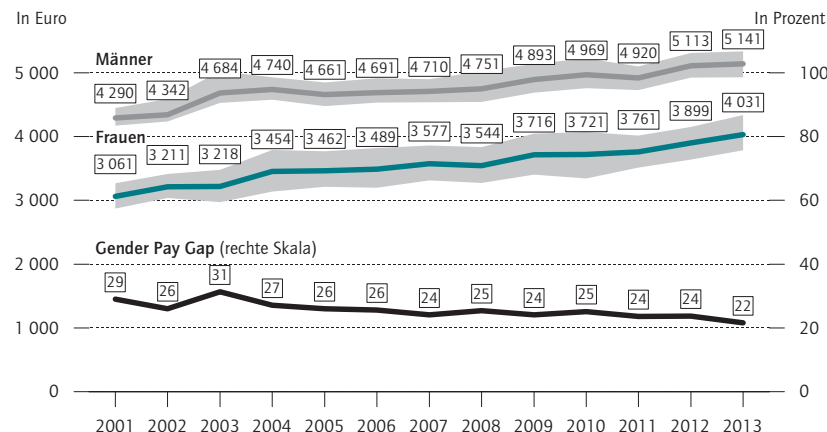
Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

ZAHLE IM BILD

Der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern hat etwas abgenommen, liegt aber nach wie vor auf hohem Niveau: Im Jahr 2013 erhielten in Vollzeit angestellte Frauen in Führungspositionen der Privatwirtschaft mit 22 Prozent rund ein Fünftel weniger Bruttogehalt als Männer mit solchen Tätigkeiten. Im Jahr 2012 lag die geschlechtsspezifische Verdienstlücke, der sogenannte Gender Pay Gap, bei 24 Prozent, im Jahr 2002 bei 26 Prozent. Das zeigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis von Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) anlässlich des Equal Pay Day am 20. März. „Die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und ihre höhere Belastung, Familien- und Berufsleben zu vereinbaren, sind wichtige Gründe für den Gender Pay Gap, die unsere Gesellschaft dringend beheben muss“, erklärt Elke Holst, DIW-Forschungsdirektorin für Gender Studies.

Vollzeiterwerbstätige Führungskräfte in der Privatwirtschaft im Alter von 18-64 Jahren nach Geschlecht und Bruttoeinkommen (Mittelwert in Euro) sowie „Gender Pay Gap“ (in Prozent) 2001



Quelle: SOEP V.30; Berechnungen des DIW Berlin.

Regionale Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht – Befunde der WISIND-Studie

Von Mathias Bug, Martin Kroh und Kristina Meier

Viele Bürger fürchten Opfer einer Straftat zu werden. Der Frage, inwieweit diese Furcht sich mit der regionalen Kriminalitätsbelastung deckt, versucht dieser Beitrag nachzugehen. Die Untersuchung basiert auf einer umfangreichen Datengrundlage zu Kriminalitätsfurcht und verbindet diese mit polizeilichen Daten zur Kriminalitätsbelastung (genauer: die um ihr Dunkel-feld korrigierte polizeiliche Kriminalstatistik). Die gelegentlich geäußerte Vermutung, die Furcht der Opferwerdung sei vielfach irrational und decke sich nicht mit der faktischen Sicherheit in einer Region lässt sich nicht bestätigen: In den Daten zeigt sich ein deutlicher statistischer Zusammenhang zwischen regionaler Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht. Beispielsweise sind beide im Norden Deutschlands höher als im Süden. Durch die Berücksichtigung von Delikten aus dem Bereich der Cyberkriminalität verschwindet jedoch tendenziell die früher oftmals dokumentierte höhere Kriminalitätsbelastung in städtischen gegenüber ländlichen Regionen.

Die¹ Furcht, Opfer eines Verbrechens zu werden ist ein weit verbreitetes Phänomen, das, wie psychologische Studien zeigen, oftmals mit einer Einschränkung der Lebensqualität einhergehen kann.² Die Kriminalitätsfurcht und das subjektive Sicherheitsempfinden werden jedoch gelegentlich in Zusammenhang mit der Irrationalität diffuser Ängste, Medienhysterie oder allgemeiner gesellschaftlicher Verunsicherung diskutiert. Tatsächlich zeigen Studien, dass bestimmte Gruppen – beispielsweise Altersgruppen – die Wahrscheinlichkeit ihrer Opferwerdung falsch einschätzen.³ Ähnliches wird gelegentlich für regionale Differenzen vermutet: Die Kriminalitätsfurcht sei auch in Regionen hoch, in denen es kaum Kriminalität gibt.

Bei der statistischen Erfassung von Kriminalitätsaufkommen und Kriminalitätsfurcht in Regionen stellt sich erstens die Frage nach der Auswahl der Delikte, die in die Betrachtung eingehen und zweitens die Frage nach

1 Der Bericht entstand im Rahmen des Forschungsprojekts Ein Wirtschaftswissenschaftlicher Sicherheitsindikator für Deutschland (WISIND). Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Förderlinie Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung ermöglicht. Die Konzeptionierung des WISIND-Projekts und die Entstehung der WISIND-eigenen Daten sind durch die zentrale Zusammenarbeit mit Johannes Rieckmann, Eric van Um und Nina Wald entstanden. Die Autoren danken darüber hinaus Enrique Fernandez, Martina Kraus, Jan-Lucas Schanze und Bartosz Walenda für ihre Unterstützung während dieses Prozesses. Der vorliegende Beitrag baut auf dem DIW Wochenbericht Nr. 3/2015 auf, in welchem die verschiedenen hier verwendeten Verfahren anhand eines ersten Kriminalitätsindikators für die Jahre 2010 bis 2013 ausführlich beschrieben werden, vgl. Bug, M., Meier, K. (2015): Aufbereitung der Kriminalstatistik zu einem aussagekräftigen Bedrohungsbild – Vorschläge der Berechnung. DIW Wochenbericht Nr. 3/2015, 30 f.

2 Dörmann, U., Remmers, M. (2000): Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung. In: BKA Polizei + Forschung. Bd. 1. 1–2; DuBow, F., McCabe, E., Kaplan, G. (1979): Reactions to Crime: A Critical Review of the Literature. Center for Urban Affairs, Northwestern University, unpublished report, 93–99 nach Garofalo, J. (1981): The Fear of Crime: Causes and Consequences. Journal of Criminal Law and Criminology, Volume 72, Issue 2 Summer, Article 20, 852 f.

3 Ziegler, D., Kudlacek, D., Fischer, T. (2012): Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Sicherheit, Forschungsforum Öffentliche Sicherheit an der Freien Universität Berlin, www.sicherheit-forschung.de/schriftenreihe/sr_v_v/sr_5.pdf, 25, abgerufen am 24.11.2014.

deren relativer Gewichtung zueinander. Letzteres wird gelegentlich unter dem Schlagwort des Schweregrades von Delikten diskutiert. Beispielsweise wird einem Taschendiebstahl aufgrund dessen geringer Schwere weniger Bedeutung für die allgemeine Kriminalitätsbelastung einer Region zugemessen als einem Raub.

Der Beitrag beschränkt sich im Folgenden auf diejenigen Formen von Kriminalität, die einen unmittelbaren Einfluss auf Individuen haben, und schließt somit beispielsweise Wirtschaftskriminalität aus. Da die Gewichtung der Delikte ein zentrales Element der Ermittlung einer allgemeinen Kriminalitätsbelastung und -furcht ist und hier viele unterschiedliche Herangehensweisen ihre Berechtigung haben, werden vier verschiedene Gewichtungsverfahren verwendet und die Ergebnisse miteinander verglichen.⁴

Objektive Kriminalitätsbelastung und subjektive Kriminalitätsfurcht

Unter der objektiven Kriminalitätsbelastung einer Region verstehen wir im Folgenden die an Bürgern dieser Region verübten Straftaten. In die Berechnung der objektiven Kriminalitätsbelastung gehen die Delikte Einbruch, Diebstahl, Internetkriminalität, Bedrohung, Körperverletzung und Tötungsdelikte, sowie politisch motivierte Kriminalität ein. Diese Auswahl ist bedingt durch die Zielsetzung des Indikators, die Kriminalitätsbelastung, welche das Individuum direkt betrifft, zu messen. Als Datenbasis dient die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), sowie im Falle von politisch motivierten Straftaten, die Verfassungsschutzberichte der Länder. Beide Datenquellen enthalten lediglich die registrierten Straftaten – das sogenannte Hellfeld. Um neben dem Hell- auch das Dunkelfeld zu berücksichtigen – also die Zahl nicht offiziell gemeldeter Fälle – werden die Daten der PKS um eine Schätzung des Dunkelfeldes in der jeweiligen Deliktgruppe bundesweit einheitlich bereinigt (Kasten 1)

Unter subjektiver Kriminalitätsfurcht verstehen wir die Besorgnis der Bevölkerung in einer Region Opfer einer Straftat zu werden. Um die Gegenüberstellung von objektiv vorhandener Kriminalitätsbelastung und subjektiv empfundener Kriminalitätsfurcht sinnvoll zu ermöglichen, deckt sich die Deliktauswahl im Fall der Kriminalitätsfurcht so weit wie möglich mit der zuvor beschriebenen Deliktauswahl der objektiven Kriminalitätsbelastung.

Im Gegensatz zur objektiven Kriminalitätsbelastung, die auf den Daten der polizeilichen Kriminalstatistik aufbauen kann, fehlt im Fall der subjektiven Kriminalitätsfurcht eine verlässliche Datenbasis. Um die Messung von Kriminalitätsfurcht gleichwohl auf eine möglichst breite sowie verallgemeinerbare empirische Basis zu stellen, nutzen wir einerseits existierende Befragungsdaten, eine eigens im WISIND-Projekt erhobene Befragung, die Viktimisierung und deliktspezifische Furcht der Bevölkerung erhebt, sowie andererseits auch Daten zu getätigten Sicherheitsausgaben⁵ und Daten sozialer Netzwerke⁶. Zwar ist jede einzelne Form der Messung von Kriminalitätsfurcht mit spezifischen Problemen behaftet – beispielsweise ist die Fallzahl in Bevölkerungsumfragen für verlässliche regionale Aussagen oftmals zu gering und Informationen sozialer Netzwerke spiegeln die Kriminalitätsfurcht nur eines Teils der Bevölkerung wieder – die Vielfalt der Datenquellen soll jedoch deren spezifische Schwächen ausgleichen.

Die befragungsbasierte Messung von Kriminalitätsfurcht ist schon lange Gegenstand wissenschaftlicher Debatten.⁷ Aufgrund der abstrakten Natur von Besorgnis existiert bis heute kein Konsens darüber, wie diese Furcht in Befragungen erhoben werden soll. Oftmals wird das individuelle Sicherheitsgefühl bei einem nächtlichen Spaziergang in der Wohngegend erfragt. (Im Wortlaut etwa: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nachts alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind?“) Trotz Kritik an diesem Indikator für Kriminalitätsfurcht⁸ wird er weiterhin, nicht zuletzt wegen der guten Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Studien, zur Messung von Kriminalitätsfurcht verwendet. Auch im Folgenden findet diese Standardfrage durch die Integration in der bundesweiten WISIND-Befragung Berücksichtigung.⁹ Zusätzlich werden Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer großen Wiederholungsbefragung von Haushalten, in der ebenfalls eine allgemeine Frage zur Kriminalitätsfurcht gestellt wird („Wie ist es mit den folgenden Gebieten –

⁴ Für eine ausführliche Darstellung der gewählten Gewichtungsmethoden siehe Bug, M., Meier, K. (2015), a. a. O.

⁵ Gummer, C. et al. (2014): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2012. Gruchmann, Y. et al. (2014): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2013.

⁶ Vergleiche Rieckmann, J. und Schanze, J.-L. in diesem DIW Wochenbericht.

⁷ Einen Überblick bietet Ziegler, D., Kudlacek, D., Fischer, T. (2011), a. a. O.

⁸ Eine Diskussion der vorliegenden Literatur dazu findet sich unter Bug, M., van Um, E. (2015): Herausforderungen bei der Messung von Kriminalitätsfurcht. DIW-Roundup Nr. 49, www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.491381.de/diw_roundup_49_de.pdf. Siehe auch Noack, M. (2015): Probleme bei der Reliabilitäts- und Stabilitätseinschätzung für allgemeine Kriminalitätsfurchtindikatoren. In: Eifler, S., Pollich, D. (Hrsg.): Empirische Forschung über Kriminalität. Wiesbaden, 249-274. Für den internationalen Diskurs: Ferraro, K. F., LaGrange, R. L. (1987): The measurement of fear of crime. *Sociological Inquiry*, 57, 70-101.

⁹ Siehe dazu auch den Beitrag von Bug, M., Kraus, M., Walenda, B. in diesem DIW Wochenbericht.

Kasten 1

Delikte der objektiven Kriminalitätsbelastung

Die betrachteten Delikte setzen sich wie folgt aus den Straftatenschlüsseln der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zusammen:

Diebstahl (PKS-Schlüssel ****00 ohne 440*00), Einbruch (PKS-Schlüssel 435*00 und 436*00, sowie 440*00), Körperverletzung (PKS-Schlüssel 222000 und 224000), Bedrohung durch Pöbeleien und Ähnliches (PKS-Schlüssel 232300, 673000, 232200 und 232400), Internetkriminalität (PKS-Schlüssel 980100 mit Tatmittel Internet) sowie Mord und Totschlag (PKS-Schlüssel 892500).¹ Den in diesem Artikel dargestellten Ergebnissen liegen die sogenannten Häufigkeitszahlen der Delikte zugrunde. Diese werden pro Region nach der Formel

$$\frac{\text{Absolute Deliktzahl} \times 100\,000}{\text{Einwohner}}$$

berechnet.

Da die polizeiliche Statistik lediglich gemeldete Kriminalität berichtet, wird der Problematik des Dunkelfeldes durch die Berechnung von deliktspezifischen Korrekturfaktoren Rechnung getragen. Um das Dunkelfeld pro Delikt abzuschätzen, wurde eine bundesweite Viktimisierungsbefragung durchgeführt.²

Die Tabelle zeigt die ermittelten Korrekturfaktoren auf Basis der deliktspezifischen Schätzung des Dunkelfeldes (errechnet als Mittel über die Jahre 2012 und 2013). Während die Dunkelfeldkorrektur für Diebstahldelikte sowie für Körperverletzung vergleichsweise niedrig ausfällt, ist ein merklicher Dunkelfeldfaktor für Einbruchdelikte feststellbar, am deutlichsten sticht jedoch der hohe Wert für das Dunkelfeld von Krimina-

lität mit Tatmittel Internet hervor. Dabei werden lediglich solche Fälle berücksichtigt, die einen tatsächlichen Schaden zum Beispiel aus einem Virenangriff hatten und keine Fälle, in denen Anti-Virussoftware die Gefahr erkannte und behob. Das große Dunkelfeld bei Cyberkriminalität ist insofern naheliegend, da teilweise Schäden direkt von Banken, Versicherungen und anderen Dienstleistern getragen werden oder geringe Schadenshöhen die Anzeigebereitschaft der Opfer verringern. Die wohl allgemein niedrig eingeschätzten Aufklärungschancen bei diesen Delikten sowie die wenig verbreitete Kenntnis über das Prozedere einer Anzeige im Falle von Straftaten im Internet dürften den Anreiz, solche Straftaten polizeilich zu melden, nochmals verringern.

Tabelle

Korrekturfaktor Dunkelfeld für 2012 und 2013

	Mittelwert	Standardfehler
Tötungsdelikte ¹	1,8285	
Einbruch	5,565	0,039
Diebstahl	2,937	0,128
Körperverletzung	4,047	0,721
Bedrohung	28,911	0,339
Internetkriminalität	247,151	1,848

¹ Berechnet auf Basis einer deutschlandweiten Studie zu Fehlern bei der Leichenschau (Brinkmann 1997).

Quellen: Bundeskriminalamt (2012, 2013): Polizeiliche Kriminalstatistik; Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Jeder gemeldeten und somit in der polizeilichen Kriminalitätstatistik aufgeführten Körperverletzung stehen nach unseren Schätzungen in der Summe vier Körperverletzungen gegenüber. Somit werden drei nicht gemeldet.

machen Sie sich da Sorgen? Über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland.“¹⁰) genutzt.¹¹

¹⁰ TNS Infratest Sozialforschung (2014): SOEP 2014 – Erhebungsinstrumente 2014 (Welle 31) des sozio-oekonomischen Panels: Haushaltsfragebogen, Altstichproben. SOEP Papers 236, DIW Berlin. Die Antwortvorgabe ist zerskaliert: „große Sorge/einige Sorge/keine Sorge“.

¹¹ Entsprechend der Nutzung des Standardindikators bauen etliche Studien mit Langzeitfokus auch auf das Frageitem des SOEP auf: Krekel, C., Poprawe, M. L. (2014): The Effect of Local Crime on Well-Being: Evidence for Germany. SOEP Papers 678/2014, DIW Berlin; Dittmann, J. (2005): Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in Deutschland – eine Zeitreihenanalyse anhand allgemeiner Bevölkerungsumfragen. DIW Discussion Papers Nr. 468, Januar 2005; Dittmann, J. (2013): Wahrnehmung der Kriminalität im Zeitverlauf.

Neben diesen allgemeinen Fragen zum Sicherheitsgefühl und zur Sorge um die Kriminalitätsentwicklung berücksichtigt die WISIND-Befragung zusätzlich sogenannte Risikowahrnehmungen zu den Kriminalitätsformen Eigentumsdelikte, tätliche Angriffe und Internetkriminalität (Kasten 2).

Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/nachschlagen/datenreport2013/oeffentliche-sicherheit-und-strafverfolgung/173837/wahrnehmung-der-kriminalitaet-im-zeitverlauf, abgerufen am 24.11.2014.

Kasten 2

Befragungsdaten zu subjektiver Kriminalitätsfurcht (WISIND-Befragung)

Im Rahmen des WISIND-Projektes wurde eine repräsentative telefonische Befragung zwischen Juli und September 2014 von 12 094 Personen in Deutschland zu ihrer Erfahrung mit und Wahrnehmung von Kriminalität von TNS Emnid durchgeführt. Es wurden 20 Prozent der Befragten über Mobilnummern interviewt. Die bundesweite Stichprobe ist proportional zur regionalen Einwohnerzahl und enthält pro kreisfreier Stadt beziehungsweise pro Landkreis mindestens 15 Befragte. Folgende Fragewortlaute sind für die Indikatoren der subjektiven Kriminalitätsfurcht, genauer: Risikowahrnehmungen, relevant:

Fragen zu verschiedenen Kriminalitätsformen:¹

B.1: „Wenn Sie an die letzten 12 Monate zurückdenken: Wie stark waren Sie besorgt, dass Ihnen etwas gestohlen wird – egal ob zu Hause oder anderswo – ohne dass dabei Gewalt gegen Ihre Person angedroht oder angewendet wird?“

B.2: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen in den nächsten 12 Monaten etwas gestohlen werden wird – egal ob zu Hause oder anderswo – ohne dass dabei Gewalt gegen Ihre Person angedroht oder angewendet wird?“

B.8: „Wenn Sie an die letzten 12 Monate zurückdenken, wie stark waren Sie besorgt, dass Sie aus welchen Gründen auch immer einer Körperverletzung zum Opfer fallen?“

B.9: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie in den nächsten 12 Monaten einer Körperverletzung zum Opfer fallen?“

B.17: „Wie stark waren Sie in den letzten 12 Monaten besorgt, dass Sie Opfer von Kriminalität im Internet werden?“

B.18: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie in den nächsten 12 Monaten Opfer von Kriminalität im Internet werden?“

¹ Die Antwortvorgaben folgten einer 4er-Skalierung und lauteten „sehr wahrscheinlich/eher wahrscheinlich/eher unwahrscheinlich/sehr unwahrscheinlich“ beziehungsweise „sehr besorgt/eher besorgt/eher nicht besorgt/überhaupt nicht besorgt“.

Bei den Analysen werden im Folgenden die jeweiligen Mittelwerte von deliktsspezifischer Sorgen- und Wahrscheinlichkeitsfrage als jeweilige Risikowahrnehmung verwendet.

Um die unterschiedlichen Dimensionen von Kriminalitätsfurcht so gut wie möglich abzudecken, stützt sich die hier vorgestellte Ermittlung der regionalen Kriminalitätsfurcht nicht nur auf Befragungsdaten, sondern beinhaltet auch kriminalitätsbezogene Verhaltensweisen als indirekten Ausdruck von Kriminalitätsfurcht. Damit kann die konative Dimension von Kriminalitätsfurcht – also das Schutz- beziehungsweise Ausweichverhalten vor Kriminalität – im Indikator berücksichtigt werden. Dies sind zum einen die privaten Ausgaben für Sicherheitstechnik, die vom Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) seit 2012 in einer jährlichen Erhebung unter deutschen Sicherheitsfirmen abgefragt werden.¹²

Schließlich werden nutzergenerierte Kommunikation mit Kriminalitätsbezug in sozialen Netzwerken für den Indikator verwendet. Dabei wurden über einen Zeitraum von vier Monaten über eine umfangreiche Suchwortliste sogenannte Postings ausgezählt und den angegebenen Ortsangaben zugeordnet; diese Daten werden

bei der Ermittlung der regionalen Kriminalitätsfurcht berücksichtigt.¹³ Konkret handelt es sich dabei um öffentlich zugängliche Inhalte von Facebook und Twitter sowie diverse Foren.

Gewichtung der Delikte

Zur Ermittlung der allgemeinen Kriminalitätsbelastung und -furcht können im einfachsten Fall die relativen Häufigkeiten von Straftaten pro Deliktgruppe in einer Region aufsummiert werden. Entsprechend kann die Kriminalitätsfurcht als die Summe der relativen Häufigung von Äußerungen der Besorgnis der Bevölkerung über Deliktgruppen hinweg berechnet werden. Dieses Verfahren kann dahingehend kritisiert werden, dass es nicht die sogenannte relative Schwere von Delikten berücksichtigt und einen Raub gleichgewichtig zu einem Taschendiebstahl betrachtet. Zur Ermittlung der Bedeutungsgewichte unterschiedlicher Delikte werden hier neben der einfachen Gleichgewichtung drei alternative Verfahren verwendet.

¹² Gummer, C. et al. (2014), a. a. O.; Gruchmann, Y. et al. (2014), a. a. O.

¹³ Eine nähere Beschreibung findet sich in diesem DIW Wochenbericht bei Rieckmann, J., Schanze, J.-L.

Mit Hilfe einer Onlinebefragung von 2 532¹⁴ Personen wurde erstens die Wahrnehmung der Bevölkerung zu Schweregraden von Delikten erhoben. Dabei mussten im Schweregrad nahe beieinander liegende Deliktgruppen sukzessive miteinander verglichen werden. Am Ende lag damit eine „Gewichtungsleiter“ vor, die ursprünglich auf Einzelpaarvergleichen beruhte. Zum Abgleich wurde zweitens dieselbe Befragung mit 207 Experten (vornehmlich aus der Sicherheitsforschung und zu geringeren Teilen aus der Sicherheitswirtschaft) repliziert.

In Kontrast zu diesen meinungsbasierten Ansätzen wurden die Bedeutungsgewichte von Delikten zusätzlich durch ein statistisches Verfahren (Item Response Theory¹⁵) geschätzt. Die Grundidee dieser Methode besteht darin, dass sich ein nicht direkt beobachteter Faktor (in unserem Fall die regionale Kriminalitätsbelastung bzw. die regionale Kriminalitätsfurcht) in den beobachteten Indikatoren (in unserem Fall die Straftaten pro Delikt beziehungsweise Besorgnisäußerungen pro Delikt) äußert. Dabei werden sowohl die relative Häufigkeit des jeweiligen Delikts berücksichtigt, als auch die Stärke des statistischen Zusammenhangs eines Delikts mit den anderen Delikten. Ist dieser Zusammenhang besonders deutlich ausgeprägt – tritt also ein Delikt besonders häufig dort auf, wo auch andere Straftaten anzutreffen sind –, dann wird diesem Delikt besondere „Prognosegüte“ als Indikator der allgemeinen Kriminalitätsbelastung beziehungsweise -furcht zugeschrieben. Der sogenannte Relevanz-Parameter in Tabelle 1 drückt diese Prognosegüte aus. Die Herangehensweise bei der Gewichtung ist für den Indikator der objektiven Kriminalitätsbelastung, sowie den Indikator der subjektiven Kriminalitätsfurcht, soweit es die Datenlage erlaubt, analog.¹⁶

Tabelle 1

Gewichtung¹ der Kriminalitätsbelastung

	Bevölkerung	Sicherheits- experten	IRT (1/Häufigkeit)	IRT (Relevanz)
Mord und Totschlag	0,9055	0,9585	1(fix)	0,00079
Pol. mot. Krim.	0,1012	0,1067	0,053	0,035
Körperverletzung	0,0476	0,0661	0,001	1(fix)
Internetkriminalität	0,0263	0,0339	0,0003	13,224
Einbruch	0,0193	0,0224	0,0017	1,406
Diebstahl	0,0114	0,0112	0,0004	4,416
Bedrohung	0,0089	0,0193	0,0002	6,654

1 Bedeutungsgewichte der Delikte für objektive Kriminalitätsbelastung.

Quellen: Bundeskriminalamt (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik; Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsgewichtung; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Sicherheitsexperten und die Bevölkerung bewerten eine Körperverletzung gegenüber einem Einbruch als 3-fach schwerere Kriminalitätsform.

Tabelle 1 zeigt die aus den verschiedenen Herangehensweisen resultierenden Bedeutungsgewichte der Delikte. Das Ergebnis ist relativ einheitlich, sowie intuitiv. Tätliche Angriffe wiegen schwerer als Eigentumsdelikte, während am wenigsten gravierend die Bedrohung durch Pöbelei und Ähnliches eingestuft wird. Interessant ist die hohe Gewichtung für politisch motivierte Straftaten, die sich in allen Gewichtungsmethoden findet und eine hohe Wertschätzung des in Deutschland vorherrschenden politischen Systems vermuten lässt.

Die Stärke der statistischen Zusammenhänge im Auftreten verschiedener Delikte – ausgedrückt in den Ergebnissen der Item-Response-Theory – deuten darauf hin, dass Mord nicht nur ein äußerst seltenes Delikt ist (Häufigkeitsparameter), sondern auch ein Delikt, das einen nur schwachen Zusammenhang mit der Häufung anderer Delikte aufweist (geringer Relevanzparameter), also regional vergleichsweise zufällig auftritt. Hingegen handelt es sich bei Bedrohung, Diebstahl und Internetkriminalität um Delikte, die systematischer Weise in von Kriminalität besonders belasteten Gebieten auftreten und somit stärker in der Bestimmung der allgemeinen Kriminalitätsbelastung einer Region Berücksichtigung finden.

Tabelle 2 zeigt analog die Gewichtung der Delikte für die Messung der subjektiven Kriminalitätsfurcht. Wie bereits eingangs beschrieben, werden hier die Bedeutungsgewichte aus dem objektiven Indikator verwendet und nach größeren Deliktkategorien gemittelt. Für Subindikatoren, welche keiner bestimmten Straftat zugeordnet werden können, wird das Mittel über sämtliche Gewichte verwendet. Tabelle 2 stellt auch die Rele-

¹⁴ Um systematische Abweichungen der Befragungsdaten von der Grundgesamtheit zu vermeiden, enthielt die Stichprobe auch Befragte, die das Internet nicht nutzen. Mehr dazu bei Bug, M., Meier, K. (2015), a. a. O., 29.

¹⁵ Lord, F.M., Novick, M.R., Birnbaum, A. (1968): Statistical theories of mental test scores. Reading, MA; Rasch, G. (1960/1980): Probabilistic models for some intelligence and attainment tests. Kopenhagen, Danish Institute for Educational Research, expanded edition (1980) with foreword and afterword by B. D. Wright, Chicago; Lazarsfeld, P.F., Henry, N.W. (1968): Latent Structure Analysis. Boston.

¹⁶ Aufgrund der eingangs bereits erwähnten, größeren Deliktkategorien Eigentumsdelikte, tätliche Angriffe sowie Internetkriminalität werden auch die entsprechenden, differenzierter erhobenen relativen Schweregrade als deren Mittelwert vergrößert (Im Fall von Eigentumsdelikten erhält man das entsprechende Gewicht wie folgt: $(\text{Gewicht_Einbruch} + \text{Gewicht_Diebstahl})/2$). Es ist zu beachten, dass in die Berechnung der Gewichte der größeren Deliktkategorien weitere Deliktgewichte eingehen, die zwar in der Onlinebefragung abgefragt, jedoch für den Indikator der tatsächlichen Kriminalität nicht genutzt wurden. So enthält beispielsweise das meinungsbasierte Gewicht für tätliche Angriffe auch ein Gewicht für Vergewaltigung. Dieses Verbrechen ist aufgrund von Schwierigkeiten mit der Datenbasis (insbesondere hoch dunkelfeldbelasteter PKS-Zahlen) nicht Teil des objektiven Bedrohungsindikators.

Tabelle 2

Gewichtung der Kriminalitätsfurcht

	Bevölkerung	Experten	IRT (Relevanz)
Tätliche Angriffe	0,247	0,267	
Risiko Körperverletzung			1,46
Gewaltdelikte			0,922
Eigentumsdelikte	0,015	0,017	
Risiko Eigentumsdelikte			1,127
Diebstahl/Einbruch			0,896
Tätliche Angriffe/Eigentumsdelikte	0,181	0,195	
Standardindikator			1(fix)
Internetkriminalität	0,026	0,034	
Risiko Internetkriminalität			0,6
Unspezifisch (über alle Kategorien gemitteltes Gewicht)	0,132	0,146	
SOEP Sorge Kriminalitätsentwicklung			0,118
BIGS Ausgaben Sicherheitstechnik			0,476

Quellen: Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung/Analyse Einträge in sozialen Netzwerken; Gummer, C. et al. (2013): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2012; Gruchmann, Y. et al. (2014): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2013; SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Für die Furcht vor Internetkriminalität und Eigentumsdelikten ergeben sich die geringsten Gewichte. Das entspricht den zumeist nur finanziellen Schäden in diesen Bereichen.

vanzparameter der Delikte dar, die analog zu Tabelle 1 zu interpretieren sind und auch ähnliche Werte aufweisen.¹⁷

Regionale Differenzen

Eine verlässliche Darstellung regionaler Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht erfordert eine hinreichende Zahl an befragten Personen pro Regionaleinheit. Zwar sieht das WISIND-Sample vor, jeden der 402 Kreise Deutschlands mit mindestens 15 Befragten abzudecken, zugunsten der Robustheit der berichteten Befunde wird das Bundesgebiet aufbauend auf den 402 Stadt- und Landkreisen bei der folgenden Darstellung in 60 Regionen aufgeteilt. Mit der Regionaleinteilung, die sich sowohl an den Bundesland- und Regierungsbezirken als auch an polizeilich-organisatorischen Grenzen (Polizeipräsidien/-direktionen, PP) orientiert, wird versucht Gebietseinheiten abzubilden, die mindestens eine Million Einwohner haben.¹⁸

¹⁷ Tabelle 2 vernachlässigt die Darstellung der Parameter der relativen Häufigkeit (IRT-Modell) pro Delikt. Der IRT-Analyse von regionaler Kriminalitätsfurcht liegt eine Einteilung der mittleren, regionalen Kriminalitätsfurcht pro Delikt in bis zu drei Gruppen mit aufsteigenden Werten zugrunde. Das entsprechende IRT-Modell für ordinale Daten weist die relative Häufigkeit für jede der bis zu drei Kategorien pro Delikt aus und deren Darstellung würde die zusammenfassende Darstellung in Tabelle 2 unnötig verkomplizieren.

¹⁸ Teilweise wurde auch auf historisch-kulturelle Grenzen zur Regionalisierung der Kreise zurückgegriffen. Einige Metropolen sind dabei aus ihren Regionen herausgelöst, um eine gesonderte Betrachtung zu ermöglichen.

Um einen direkten Vergleich zwischen subjektiver Kriminalitätsfurcht und objektiver Kriminalitätsbelastung zu ermöglichen, wird die Kriminalitätsbelastung ebenso aggregiert auf dieselben Regionen dargestellt – hier wäre grundsätzlich die Ausweisung von einzelnen Landkreisen auf Basis der PKS möglich.¹⁹ Die Werte von Kriminalitätsbelastung und -furcht sind jeweils auf das Intervall [0,1] normiert, wobei der Wert 1 die höchste Belastung beziehungsweise Furcht darstellt.

Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse des Indikators der objektiven Kriminalitätsbelastung für das Jahr 2013 auf regionaler Ebene. Zur besseren Orientierung sind noch alle Landkreisgrenzen sichtbar. Für die Einstufung sind jedoch die besonders hervorgehobenen Regionalgrenzen relevant. Alle Ansätze zur Deliktgewichtung liefern vergleichbare Ergebnisse: Besonders auffällig ist das deutliche Nord-Süd-Gefälle, mit stärkerer Kriminalitätsbelastung im Norden. Ebenfalls treten erwartungsgemäß die großen Städte (mit Ausnahme von München) hervor, sowie die Ballungsgebiete im Rheinland und im Ruhrgebiet.

Der Vergleich der Karten zur Kriminalitätsbelastung mit und ohne Berücksichtigung des relativen Dunkelfelds deutet auf eine stärkere regionale Differenzierung aufgrund der Dunkelfeldbereinigung hin. Durch diese Bereinigung wird zum Beispiel eine höhere Kriminalitätsbelastung großer Teile Baden-Württembergs, Thüringens, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs deutlich.

Die verschiedenen Varianten der Deliktgewichtung ergeben – wie bereits schon in früheren Studien²⁰ festgestellt – durchaus vergleichbare Ergebnisse. Im Gegensatz zur Gleichgewichtung von Delikten weisen sowohl die meinungsbasierte, die expertenbasierte als auch die statistische (IRT) Gewichtung insbesondere urbane Bereiche Nordrhein-Westfalens und der Region Oldenburg als – relativ zu den Vergleichsregionen – stärker kriminalitätsbelastet aus. Die vergleichsweise hohen Werte der Kriminalitätsbelastung in Mecklenburg-Vorpommern in allen Gewichtungsvarianten erklären sich durch ein überproportional hohes Aufkommen an Cyberkriminalität in diesen Gebieten für das Jahr 2013. Bei der alternativen Berechnung des Kriminalitätsindikators ohne diese Deliktform verschwindet dieser Effekt (Kasten 3).

Abbildung 2 zeigt im Vergleich zur objektiven Belastung die Ergebnisse für den Indikator der subjektiven Kriminalitätsfurcht. Die häufig getroffene Aussage, dass Kriminalitätsfurcht in Regionen hoch sei, in denen die tat-

¹⁹ WISIND-Befragungsdaten gehen zwar zur Dunkelfeldbereinigung der PKS-Daten in die Berechnung der regionalen Kriminalitätsbelastung ein, die Dunkelfeldziffer wird jedoch einheitlich für das Bundesgebiet ausgewiesen.

²⁰ Bug, M., Meier, K. (2015), a. a. O., 32.

Abbildung 1

Regionalisierter Kriminalitätsindikator 2013 (Vollversion)



Quellen: Bundeskriminalamt (2012, 2013): Polizeiliche Kriminalstatistik; Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung/ Kriminalitätsgewichtung; Berechnungen des DIW Berlin.

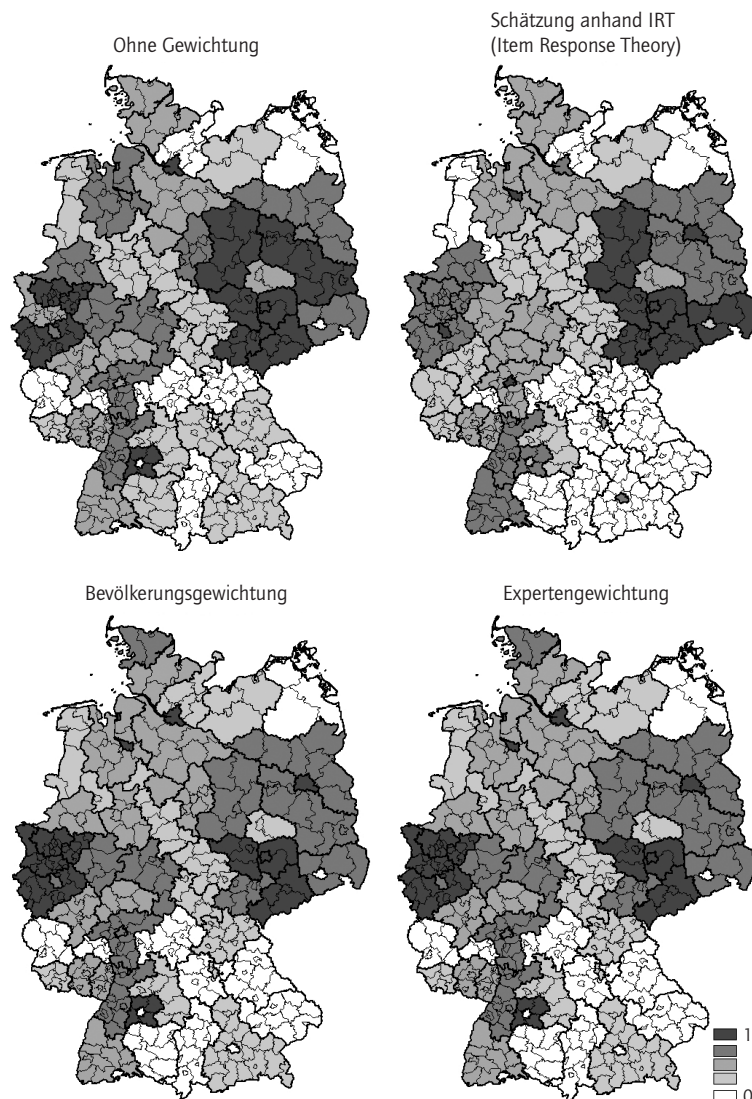
© DIW Berlin 2015

Mit der Dunkelfeldbereinigung schwächen sich Stadt-Land Unterschiede deutlich ab. Das Nord-Süd Gefälle bleibt erhalten.

sächliche Bedrohung niedrig ist, kann hier nur in einzelnen Fällen bestätigt werden. Beispiele hierfür sind vor allem Teile Schwabens, in erster Linie die Landkreise um Stuttgart. In den meisten Regionen findet sich dagegen ein sich mehr oder weniger spiegelndes Verhältnis zwischen Risikowahrnehmung und der gemessenen Kriminalität. Dieses Verhältnis wird insbesondere durch die Gesamtverteilung der Regionen in Abbildung 3 deutlich.

Eine auffällige Diskrepanz zwischen Kriminalitätsfurcht und -belastung ist vor allem in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten. Ein näherer Blick auf das dortige Kriminalitätsgeschehen legt nahe, dass die relativ hohe Einschätzung an Kriminalität insbesondere durch den Deliktbereich mit Tatmittel Internet getrieben wird. Diese Kriminalitätsformen entwickeln sich sehr dynamisch in doppelter Weise. So verrät die Entwicklung der gemeldeten Internetkriminalität große

Abbildung 2

Regionalisierter Indikator für Kriminalitätsfurcht 2013/14

Quellen: Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung/Kriminalitätsgewichtung/Analyse Einträge in sozialen Netzwerken; Gummer, C. et al. (2013): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2012; Gruchmann, Y. et al. (2014): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2013; SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Während ein gewisses Nord-Süd Gefälle in der Verteilung der Kriminalitätsfurcht zu sehen ist, ist das nicht in der Stadt-Land-Verteilung zu erkennen.

Wachstumsraten (bei immer noch geringen offiziellen Fallzahlen im Vergleich zu den altbekannten Deliktformen). Mit welchen Mitteln genau (und wie diese dann in der PKS überhaupt erfasst werden können) in diesem Bereich Schaden herbeigeführt wird, verändert sich dabei jedoch ebenso dynamisch. Entsprechend zeigen Viktimisierungsstudien gerade im Bereich der

Kasten 3**Berücksichtigung von Internetkriminalität in der Messung der Kriminalitätsbelastung**

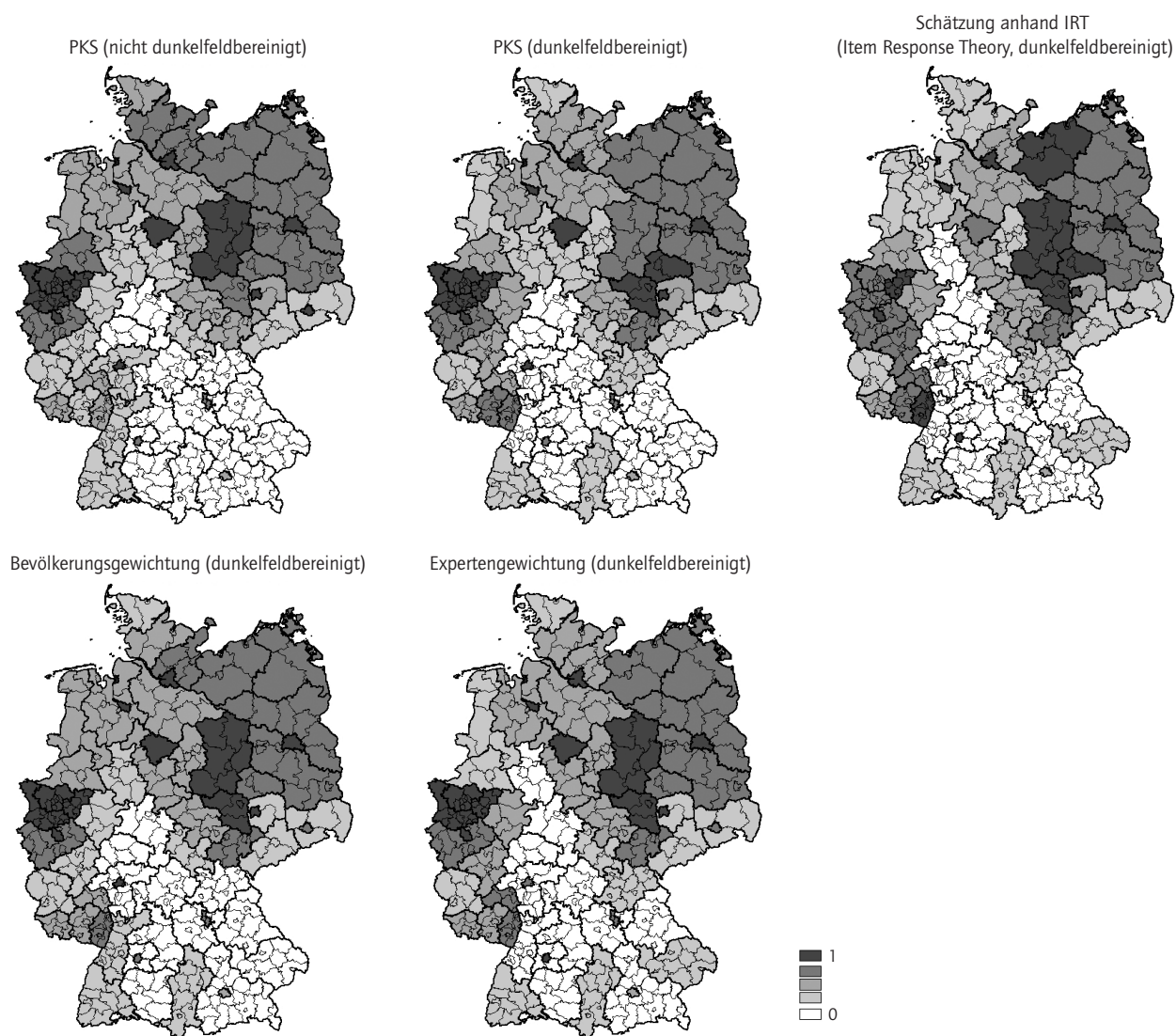
Der Dunkelfeldfaktor von 247 stellt einen erheblichen Eingriff in die Rohdaten der Polizeilichen Kriminalstatistik dar – wenn auch im Jahr 2013 die offiziellen Deliktzahlen trotz kontinuierlicher Steigerungen in den letzten Jahren immer noch vergleichsweise niedrig sind. Eine weitere Besonderheit ist darüber hinaus, dass es durch die Natur der Delikte mit Tatmittel Internet recht einfach zu extremen Fallzahl-Ausreißern kommen kann. So kann es beispielsweise durch sogenannte Umfangverfahren zu erheblichen Verzerrungen der Häufigkeitszahlen kommen – zumindest in Bundesländern, in denen alle betroffenen Fälle in die Statistik gesondert eingehen. So war beispielsweise die Kriminalstatistik in der kreisfreien Stadt Delmenhorst in den Jahren 2012 und 2013 erheblich aufgebläht worden durch Klagen wegen Leistungsbetrugs gegen ein Unternehmen mit Sitz in Delmenhorst.¹ Die extrem weitreichende Dunkelfeldkorrektur wirkt sich damit dann in Delmenhorst insbesondere auch beim Eingang in eine Darstellung nach Regionen noch entscheidend aus. Ein weiteres Problem besteht natürlich auch in der Verortung der Delikte. Das Beispiel Delmenhorst zeigt, dass hier der Tatort Delmenhorst ist, die betroffenen Kundinnen und Kunden jedoch über das Land und darüber hinaus verteilt sein dürften. Somit ist die Schätzung der regionalen Kriminalitätsbelastung mit dem Tatmittel Internet mit stärkeren Unsicherheiten behaftet als „klassische“ Kriminalitätsformen. Um den Einfluss der Cyberkriminalität auf die Ergebnisse abschätzen zu können, wurde zu Vergleichszwecken eine zweite Variante der objektiven Kriminalitätsbelastung ohne Cyberkriminalität errechnet, welche in der Abbildung zu sehen ist.

Im Vergleich zur Betrachtung aller Deliktformen sind zwei zentrale Unterschiede zu erkennen: Ein deutlicheres Nord-Süd-Gefälle ordnet insbesondere den Regionen Baden-Württembergs mit Ausnahme Stuttgarts in die am geringsten von Kriminalität belastete Gruppe ein. Ebenso bleibt die hohe Kriminalitätseinschätzung in Nordrhein-Westfalen nunmehr insbesondere dem Ruhrgebiet und Köln vorbehalten. Einen zweiten Unterschied stellt ein etwas stärkeres Stadt/Land Gefälle dar, was insbesondere an Leipzig und Dresden beziehungsweise auch an der Sichtbarkeit Münchens und Hannovers zu sehen ist. Dieser Effekt ist wenig verwunderlich, da ja die den Stadt/Land-Unterschied nivellierende Internetkriminalität wegfällt.

¹ Presseportal.de/ots (4.4.2014): POL-DEL: Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2013. www.presseportal.de/polizeipresse/pm/68438/2705988/pol-del-vorstellung-der-polizeilichen-kriminalstatistik-2013-rckgang-der-registrierten-straftaten, abgerufen am 01.03.2015.

Abbildung

Kriminalitätsindikator 2013 (Vollversion ohne Internetkriminalität)



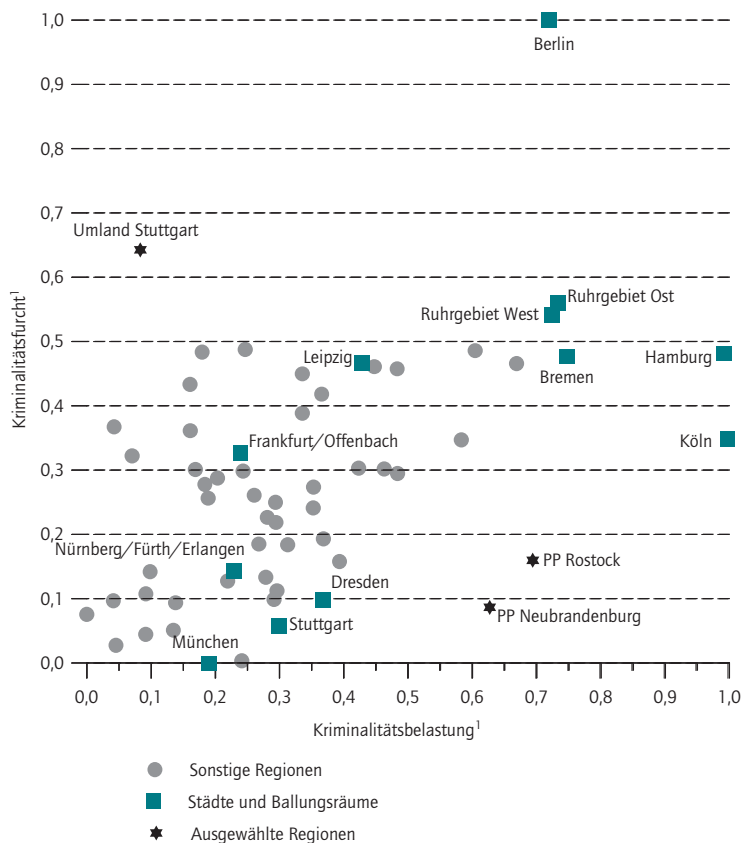
Quellen: Bundeskriminalamt (2012, 2013): Polizeiliche Kriminalstatistik; Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung/Kriminalitätsgewichtung; Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2015

Ohne Berücksichtigung von Kriminalitätsformen über das Internet bleibt auch nach der Dunkelfeldbereinigung ein Stadt-Land-Gefälle in der Verteilung der Kriminalität erhalten.

Abbildung 3

WISIND-Indikator Kriminalität und Kriminalitätsfurcht



¹ Bevölkerungsgewichtet.

Quellen: Bundeskriminalamt (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik; Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung/Analyse Einträge in sozialen Netzwerken; Gummer, C. et al. (2013): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2012; Gruchmann, Y. et al. (2014): BIGS-Studie Sicherheitswirtschaft 2013; SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Berliner Befragten weisen die höchsten Werte in der Furcht vor Kriminalität auf, während in München geringe Furchteinschätzung die niedrigen Kriminalitätsraten spiegelt.

Kriminalität mit dem Tatmittel Internet ein sehr hohes Dunkelfeld. Nach unserer Schätzung taucht lediglich eine aus 247 kriminellen Taten in der polizeilichen Kriminalstatistik auf, was, wie bereits erwähnt, unter anderem an der oftmals geringen Schadenshöhe liegt (Kasten 3).²¹ Welche genauen Formen der Internetkriminalität im Sommer/Herbst 2014 eine Rolle spielten

²¹ Die vorliegenden Analysen unterstellen einen regional-konstanten Dunkelfeldfaktor. Sollte sich jedoch zum Beispiel die Erhebung und Bekämpfung von Internetkriminalität regional unterschiedlich darstellen, dann führt dies zu einer Unter- beziehungsweise Überschätzung der Kriminalitätsbelastung in manchen Regionen. Nicht auszuschließen ist beispielsweise, dass ein höheres Hellfeld bei Internetkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern auf eine höhere Meldebereitschaft der Bürger und nicht auf eine höhere Kriminalitätsbelastung hindeutet.

kann auf Basis der WISIND-Befragung im Beitrag von Rieckmann und Kraus in diesem Wochenbericht nachvollzogen werden. Damit wird besonders deutlich, dass die Datenbasis für die Dunkelfeldkorrektur verbessert werden muss.

Fazit

Das Verhältnis zwischen Furcht vor Kriminalität und tatsächlich vorhandener Kriminalitätsbelastung kann erst zufriedenstellend untersucht werden, wenn verlässliche Messungen für beide Größen vorhanden sind. Hierfür schlägt der vorliegende Beitrag mehrere Herangehensweisen vor, welche allesamt ähnliche Ergebnisse liefern und damit auch eine gewisse Robustheit plausibel erscheinen lassen. Die zentrale Neuerung liegt dabei in der Integration von Kommunikationseckdaten zu Kriminalität in sozialen Netzwerken. Der Beitrag von Rieckmann und Schanze in diesem Wochenbericht gibt einen Einblick, welche Themen dort von besonderem Interesse sind und wo in Deutschland der Austausch über Kriminalität besonders stark ist. Der Beitrag von Bug, Kraus und Walenda analysiert die Ergebnisse des breiteren WISIND-Ansatzes zur Kriminalitätsfurchtmessung im Vergleich zur gängigen Frage vieler Bevölkerungsbefragungen nach dem Sicherheitsgefühl bei einem nächtlichen Spaziergang in der Wohngegend.

Eine weitere Überprüfung der verschiedenen Herangehensweisen sollte erfolgen, sobald für den Bereich der Dunkelfeldkorrektur größere Datensätze mit sehr großen Befragtenzahlen für die Forschung freigegeben werden, denn auf der Fallzahl dieses Berichtes konnten Dunkelfelder von Deliktgruppen nur bundesweit berechnet werden. Mit größeren Fallzahlen kann entsprechend auch regionalisiert vorgegangen werden.²²

Die häufig aufgestellte Hypothese, dass Menschen dort besonders ängstlich sind, wo eigentlich keine nennenswerte Bedrohung herrscht, wird in der vorliegenden Untersuchung eher nicht bestätigt. Vielmehr lässt sich in den meisten Regionen Deutschlands eine recht realistische Einschätzung der Bedrohung durch Kriminalität beobachten. Der Beitrag von van Um, Huch und Bug in diesem Wochenbericht stellt entsprechend dar, wie lokale Medien – als Mittler zwischen lokal vorhandener Kriminalität und der individuellen Wahrnehmung

²² So verspricht der Datensatz aus dem BaSiD-Projekt mit 35 000 Befragten aus dem Jahr 2012 die Möglichkeit einer regionalisierten Dunkelfeldberechnung, vgl. Birkel, C., Guzy, N., Hummelsheim, D., Oberwittler, D., Pritsch, J. (2014): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. 77-79, www.bka.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2014/141208_Viktimisierungssurvey2012.html?__nnn=true, abgerufen am 08.12.2014. Darüber hinaus stellen die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Anstrengungen in der Dunkelfeldforschung an, wobei ähnliche Befragtenzahlen wie bei BaSiD vorgesehen sind.

von Kriminalität – Kriminalitätsthemen aufnehmen und auf welchen Deliktgruppen ein besonderer Fokus liegt. Mehr oder minder auftretende Verzerrungen in

der Kriminalitätsberichterstattung können damit erstmals auch für die lokale Berichterstattung genauer betrachtet werden.

Mathias Bug ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | mbug@diw.de

Martin Kroh ist Stellvertretender Leiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin | mkroh@diw.de

Kristina Meier war Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | kmeier@diw.de

REGIONAL CRIME RATES AND FEAR OF CRIME – WISIND FINDINGS

Abstract: Many people are afraid of falling prey to crime. The present report investigates the extent to which this fear is in line with the actual regional crime rates. This analysis is based on data from a comprehensive database on the fear of crime, combined with police crime statistics (specifically, adjusted crime statistics which factor in the "dark figure" of unreported crime). No evidence was found to support the (occasionally voiced) contention that the fear of falling prey to crime is irrational in many cases and not

representative of the actual level of safety within a given region. In fact, our data shows a clear statistical correlation between regional crime rates and the fear of crime, both of which are more pronounced in the north of Germany than in the south, for instance. The inclusion of cybercrime in crime statistics, however, has meant that the former, higher crime rates and greater fear of crime often recorded in urban areas as opposed to rural regions are no longer as pronounced.

JEL: K14, R19, H56, H79, H80

Keywords: security, crime, indicator, fear, fear of crime, home affairs, police, inner security, threat, crime statistics, police statistics, federalism



Prof. Dr. Martin Kroh, Stellvertretender Leiter, Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN MARTIN KROH

»Starkes Nord-Süd-Gefälle bei Kriminalität – Einheitliches Messverfahren wünschenswert«

1. Herr Kroh, Die Kriminalitätsbelastung einer Region kann auf unterschiedliche Weise gemessen werden. Was unterscheidet die verschiedenen Methoden? Die Grundlage dieser Messung ist in aller Regel die polizeiliche Kriminalstatistik, in der angezeigte Straftaten zeitlich und regional differenziert gezählt werden. Das ist eigentlich eine sehr gute Grundlage. Die polizeiliche Kriminalstatistik hat aber auch gewisse Schwächen, wenn man daraus eine Kriminalitätsbelastung ableiten möchte. Da ist zum einen die Frage von Hell- und Dunkelfeld, also welche Delikte vielleicht nicht angezeigt werden. Die andere Frage ist, wie man die verschiedenen Delikte relativ zueinander gewichtet. Ein Mord hat ja eine andere Bedeutung als zum Beispiel ein Taschendiebstahl.
2. Wie unterschiedlich fallen die Ergebnisse aus? Es gibt unterschiedliche Varianten der relativen Gewichtung. Eine wäre zum Beispiel, auf Basis von Schadenshöhen, die Versicherer ausgeben, die Bedeutung von bestimmten Delikten zu quantifizieren. Dabei wiegt der durch einen Mord verursachte Schaden natürlich um das Vielfache höher als der eines Taschendiebstahls. Wenn man eine solche Gewichtung zugrunde legt, dann sieht man zum Beispiel, dass in einer ländlichen Region, in der zufälligerweise ein Mord aufgetreten ist, die Kriminalitätsbelastung als sehr hoch eingeschätzt wird. Andere Methoden würden diesen Mord nicht so stark gewichten, sondern würden auch die Zusammenhänge zwischen Delikten stärker berücksichtigen.
3. Wie hängen objektive Kriminalitätsrate und subjektive Furcht vor Verbrechen zusammen? Wir haben uns in unserem Projekt bemüht, auch die subjektive Furcht vor Kriminalität auf ähnliche Art und Weise zu messen wie die objektive Kriminalitätsbelastung. Dabei zeigt sich, dass die Furcht relativ deutlich mit der objektiven Belastung übereinstimmt. Menschen schätzen also die Kriminalitätsbelastung in ihrem Umfeld relativ gut ein.
4. Welche regionalen Unterschiede gibt es dabei? Im Norden Deutschlands ist die Furcht vor Kriminalität deutlich

höher als im Süden, was auch der Belastung entspricht, und in Städten ist die Furcht erwartungsgemäß etwas höher als auf dem Land. Es gibt aber auch Regionen, wo die Kriminalitätsfurcht höher ist als die faktische Belastung oder anders herum. Zum Beispiel ist Köln eine Stadt, wo die Furcht relativ gering, aber die Bedrohung relativ hoch ist. Dagegen ist im Umfeld von Stuttgart, zumindest nach unseren Befunden, die Furcht höher als die faktische Bedrohung.

5. Haben Sie auch abstraktere Verbrechen wie Wirtschafts- oder Internetkriminalität berücksichtigt? In unserer Untersuchung konzentrieren wir uns auf die Bedrohung von Individuen. Deshalb haben wir die Wirtschaftskriminalität ausgeschlossen. Cyberkriminalität haben wir trotzdem berücksichtigt, zumindest wenn das Opfer ein Bürger und nicht ein Unternehmen oder eine Bank ist. Bei der Messung von Kriminalität ist Cyberkriminalität ein großes Thema, weil hier das Dunkelfeld extrem ist. Es wird kaum ein Delikt gemeldet, und es gibt sehr viele Delikte, die vielleicht aufgrund geringer Schadenshöhe nicht gemeldet werden. Auch Stadt-Land-Unterschiede fallen deutlich geringer aus, da Opfer und Täter nicht in derselben Region sein müssen.
6. Welches Messverfahren halten Sie für das aussagekräftigste? Ich als Methodiker halte das statistische Verfahren, das wir in unserem Bericht beschrieben haben, für das aussagekräftigste. Am Ende zählt meiner Meinung nach aber, dass man sich auf ein Verfahren einigt. Aktuell wird die polizeiliche Kriminalstatistik als Basis für Aussagen genommen, wie sich Kriminalität in Deutschland entwickelt. Viel wichtiger wäre, dass man sich auf ein Verfahren einigt, das auch das Dunkelfeld und die Schwere einer Tat berücksichtigt, damit Unterschiede oder Veränderungen der Kriminalitätsbelastung besser dokumentiert werden können.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Sicherheitsempfinden in sozialen Medien und Suchmaschinen – ein realistisches Abbild der Kriminalitätsbelastung?

Von Johannes Rieckmann und Jan-Lucas Schanze

Um die subjektive Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung zu messen, werden bislang vor allem Befragungen durchgeführt. In Zeiten der zunehmenden Digitalisierung könnten aber auch Daten aus sozialen Medien und Suchmaschinen dazu beitragen, mehr über die subjektiven Empfindungen der Bevölkerung zu bestimmten Deliktfeldern zu erfahren. Dieser Beitrag zeigt, dass die Auswertung von Daten aus sozialen Medien und Suchmaschinen zwar nicht geeignet ist, die tatsächliche Kriminalitätsbelastung in Deutschland widerzuspiegeln. Sie kann aber durchaus als kostengünstige Ergänzung der bisherigen Erhebungsmethoden dienen, um die empfundene Belastung abzubilden.

Die Zahl der Internetnutzer in Deutschland – derzeit nutzen rund 80 Prozent der Gesamtbevölkerung zumindest gelegentlich das Internet¹ – nimmt stetig zu. Damit wird das Internet auch für Kriminalitätsforscher zu einer immer interessanteren Datenquelle. Bisher ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Bundeskriminalamts, flankiert von gelegentlichen und in der Vergangenheit meist nur regionalen Dunkelfeld- und Kriminalitätsfurchtbefragungen, die Hauptquelle der Datenerhebung zur Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung. Analysen von Online-Daten könnten vor allem die Perspektive auf die Wahrnehmung von Kriminalität bereichern oder auf lange Sicht sogar eine alternative und eigenständige Datenquelle für Kriminalitätsforscher werden. Der vorliegende Beitrag² evaluiert die Tauglichkeit solcher über das Internet erhobenen Daten als Ergänzung – oder gar als kostengünstigen Ersatz – klassischer Kriminalitätsfurchtstudien. Betrachtet werden hierzu zum einen das Suchmaschinenverhalten der Nutzer in Deutschland und zum anderen ihre Äußerungen in verschiedenen sozialen Medien. Dabei soll ausdrücklich nicht die Kriminalitätsentwicklung zum Zweck der vorausplanenden Kriminalitätsprävention und -bekämpfung (*Predictive Policing*) prognostiziert werden. Vielmehr soll die nutzerorientierte Medienanalyse einen ersten deskriptiven Befund zum Sicherheitsempfinden der Internetnutzer in Deutschland liefern.

¹ Van Eimeren, B., Frees, B. (2014): Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2014. 79 Prozent der Deutschen online – Zuwachs bei mobiler Internetnutzung und Bewegtbild. Media Perspektiven 7-8/2014. In einer Befragung des WISIND-Projekts mit gut 12 000 Befragten liegt der entsprechende Wert bei rund 75 Prozent.

² Der Bericht entstand im Rahmen des Forschungsprojekts *Ein Wirtschaftswissenschaftlicher Sicherheitsindikator für Deutschland (WISIND)*. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Förderlinie *Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung* ermöglicht. Die Konzeptionierung des WISIND-Projekts und die Erhebung und Analyse der WISIND-eigenen Daten sind in Zusammenarbeit mit Martin Kroh, Mathias Bug, Kristina Meier, Eric van Um und Nina Wald sowie den Mitarbeitern des Brandenburgischen Instituts für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) entstanden. Die Autoren danken darüber hinaus Enrique Fernandez, Martina Kraus, Magda Pchalek und Bartosz Walenda für ihre Unterstützung während dieser Prozesse.

Anschließend wird dieser Befund mit der Messung der Kriminalitätsfurcht im WISIND-Projekt abgeglichen.³

Soziale Medien und Suchmaschinen als Datenquellen

Dieser Bericht verwendet einerseits Daten zur Zahl von Internet-Einträgen zu bestimmten Kriminalitätsbereichen in sozialen Medien. Konkret handelt es sich dabei um Facebook, Twitter, Foren, Blogs sowie um Texte, die im Kommentarbereich von Youtube-Videos verfasst wurden. Diese dienen dem Ausdruck von Empfindungen und Meinungen sowie der Kommunikation und haben daher eine in erster Linie *expressive* Funktion.

Andererseits werden Daten aus der in Deutschland marktführenden Suchmaschine Google verwendet. Suchmaschinen haben eine in erster Linie *explorative* Funktion, da sie der Einholung von Informationen dienen. Google bietet mit Google Trends eine Plattform für den Export von Daten zum Aufkommen von Suchbegriffen über Raum und Zeit. Google Trends erfuhr bereits mehrere wissenschaftliche Anwendungen zur zeitnahen rückblickenden Betrachtung verschiedener Phänomene⁴ und wird im Folgenden als Quelle für Suchmaschinendaten verwendet.

Motivation der Nutzer

Während Suchmaschinen primär der Informationsbeschaffung dienen, werden soziale Medien vor allem für den Informations- und Meinungsaustausch verwendet. Die Nutzung beider impliziert eine unmittelbare oder mittelbare persönliche Betroffenheit des Nutzers. Es ist davon auszugehen, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung im Internet über als bedrohlich empfundene Ereignisse oder Umstände informiert. Ein Teil davon kommuniziert diese in sozialen Medien und interessiert sich dabei auch für Schutzmaßnahmen (zum Beispiel Alarmanlagen oder Pfefferspray), wodurch Daten für eine Abbildung des Bedrohungsempfindens der Bevölkerung abseits von Befragungen entsteht. Die Hypothesen zur konkreten Motivation der Nutzer sind jedoch spekulativ, denn Datenspuren im Netz zeigen zwar, *was* Nutzer tun, aber nicht, *warum* sie dies tun.⁵

³ Siehe dazu auch den Beitrag von Bug, M., Kraus, M., Walenda, B. in diesem DIW Wochenbericht.

⁴ Insbesondere zu nennen ist Google Flu Trends (GFT), mit dem in den USA Grippewellen vorausgesagt werden sollen. Wenn potentielle Grippekranken zunächst per Suchmaschine im Internet nach Symptomen suchen („googlen“), wird über Google Trends die regionale wie temporale Häufung dieser Suchanfragen festgestellt und über diese Rückschlüsse auf anrollende Infektionswellen gezogen, noch bevor die Patienten zum Arzt gehen. Für eine Kritik an GFT siehe Lazer, D. et al. (2014): The Parable of Google Flu: Traps in Big Data Analysis. *Science* Vol. 343, 1203–1205.

⁵ Mahrt, M., Scharkow, M. (2013): The Value of Big Data in Digital Media Research. *Journal of Broadcasting & Electronic Media* Vol. 57 (1), 20–33.

Datenerhebung in sozialen Medien

Die Daten in den sozialen Medien wurden im Auftrag des DIW Berlin von der Firma Beck et al. Services GmbH, einem auf Datenerhebung aus entsprechenden Quellen spezialisierten Auftragnehmer, erhoben. Die Datenerhebung erstreckte sich über einen Zeitraum von viereinhalb Monaten, zwischen dem 12. Juni und dem 31. Oktober 2014. Datengrundlage für die Analyse sind alle vom Nutzer öffentlich mitgeteilten und damit für jedermann einsehbaren Einträge und Profilinformationen in den oben genannten Medien. Auf Basis einer Liste von Suchwörtern zu zehn definierten Deliktfeldern⁶ wurden täglich mittels eines sogenannten Crawlers automatisiert die deutschsprachigen Einträge in den fünf genannten Netzwerken ge- und durchsucht. Die Auswahl der Begriffe, ihre Berücksichtigung in unterschiedlichen Schreibweisen sowie die Verwendung von zum Ausschluss führenden Begriffen (sogenannte *killer terms*) stellte eine hohe Treffgenauigkeit sicher und befreite die erhobenen Daten von Beifängen. Zum Deliktfeld Körperverletzung wurden beispielsweise alle neu eingetragenen Text-Fragmente mit Schlüsselwörtern wie *Schlägerei*, *Körperverletzung* oder *verprügelt* gezählt; Beiträge mit dem Schlüsselwort *Gewalt*, die sich auf Orte außerhalb Deutschlands (Ukraine, Irak) oder auf abstrakte Begriffe (höhere Gewalt) bezogen, wurden dabei als Beifang identifiziert und nicht berücksichtigt.

Ausschließlich öffentlich einsehbare Beiträge wurden auf Vorhandensein der Suchbegriffe untersucht; die Erfassung nicht für jedermann einsehbarer Nachrichten und Einträge auf Profilseiten war von vornherein technisch ausgeschlossen. Für eine regionale Darstellung der Daten wurden Ortserwähnungen in den Textfragmenten aufgenommen sowie nach Ortsnennungen der Nutzer gesucht. So kann etwa eine Erwähnung von Berlin auf dem Profil („Lebe in: Berlin“) genauso zur Verortung eines Internet-Beitrages über Körperverletzung führen, wie die Nennung des Ortes im Beitrag selbst („Körperverletzung in Berlin“).⁷ Ergebnisse einer automatisierten Feststellung der Tonalität der Beiträge (positiv, negativ, neutral) erwiesen sich für die empirische Analyse nur als bedingt brauchbar und fanden daher keinen Eingang in diesen Bericht. Weitere Variablen wie Alter, Geschlecht oder andere Charakteristika der Internetnutzer wurden nicht erhoben. Der Datenschutz der Nutzer ist über die Anonymisierung der Beiträge voll-

⁶ Hierbei handelt es sich um die Deliktfelder Internetkriminalität, Diebstahl und Einbruch, Drogenkriminalität, Körperverletzung, Organisierte Kriminalität, politisch motivierte Straftaten, Raub, religiöser Fundamentalismus, Sexualdelikte sowie Tötungsdelikte.

⁷ Die Ortsnennung innerhalb des Beitrags ermöglicht dabei tendenziell die zuverlässige Lokalisierung des diskutierten Geschehens.

Kasten

Probleme der Datenerhebung im Internet

Im Zusammenhang mit der Analyse von Daten aus sozialen Medien, oftmals als *Big Data* bezeichnet, wird vermehrt der rein datengesteuerte, nicht theoriebasierte Ansatz mancher Forschungsarbeiten kritisiert.¹ Die bloße Verfügbarkeit und Größe neuer Datenquellen ist jedoch kein ausreichendes Argument für die Notwendigkeit von Forschung, sie muss immer mit der Feststellung von Problemen und Qualitätsfragen einhergehen; und wenn möglich Bezüge zu klassischer Datenerhebung herstellen.

Der erste und offensichtlichste Nachteil der Arbeit mit im Internet generierten Daten ist die mangelnde Repräsentativität der Daten. Die Gruppe der Internetnutzer in Deutschland ist zwar mittlerweile zahlenmäßig sehr groß, stellt aber dennoch ein systematisch verzerrtes Abbild zugunsten jüngerer Generationen dar. In der Generation 60plus nutzen weniger als die Hälfte der Deutschen das Internet. Diese Abweichung von der Gesamtheit verstärkt sich bei der Nutzung von sozialen Medien: Drei Viertel der Befragten unter 30 Jahren ist dort aktiv, aber nur fünf Prozent der Internetnutzer über 70 Jahren.²

Bei Google Trends ist weniger die Datenbasis als vielmehr die Datenaufbereitung problematisch. Google ist ein kommerzielles Unternehmen und kein wissenschaftlicher Datenanbieter, die Intransparenz der internen Verfahren zur Datenerstellung bei Google-Trends spiegelt dies wider. Nachteilig für wissenschaftliche Analysen ist die Ausweisung der Ergebnisse, die nicht in absoluten Suchvorgängen, sondern in relativen Suchvolumina

ausgegeben werden, immer in Bezug zu einem Maximalwert, der auf 100 festgelegt wird. Diese Normalisierung des Suchvolumens entsteht laut Google durch die Verrechnung eines Suchwortes mit allen Suchvorgängen in einer Region und macht die Ergebnisse vergleichbar mit anderen Regionen. Unterschreiten die gesamten Suchanfragen eines bestimmten Wortes einen von Google nicht öffentlich definierten Schwellenwert, werden die Ergebnisse entweder gar nicht (Suchvolumen = 0) oder nur für längere Zeitintervalle (Monats- statt Wochenbasis) angezeigt. Dieser komplexe Vorgang wird von Google nicht öffentlich gemacht. Ein weiteres großes Problem sind auch nicht nachprüfbar Veränderungen der Google-Algorithmen über die Zeit, die die Replizierbarkeit von Daten beeinträchtigen.³ Veränderungen von Suchvolumina, insbesondere wenn sie über lange Zeiträume festgestellt werden,⁴ sind nicht immer ein belastbarer Beleg für eine tatsächliche Veränderung des Suchverhaltens.

Eine zusätzliche Verzerrung entsteht durch eine temporär erhöhte Medienaufmerksamkeit bei bestimmten Themen, die die Suchanfragen künstlich in die Höhe treibt – ein Problem, mit dem auch *Google Flu Trends* zu kämpfen hat.⁵ Die Beeinflussung des Suchverhaltens von Internetnutzern, etwa aufgrund kommerzieller Interessen von Firmen, die sich mehr Klicks auf den eigenen Seiten und den Absatz von Produkten wünschen, ist im Bereich der inneren Sicherheit und Kriminalität – zumindest für die hier abgefragten Suchworte – dagegen eher nicht zu erwarten.

¹ Welker, M., Klob, A. (2014): Soziale Medien als Gegenstand und Instrument sozialwissenschaftlicher Forschung. In: König, C., Stahl, M., Wiegand, E. (2014), a. a. O.

² Van Eimeren, B., Frees, B. (2014), a. a. O., 380, 387.

³ Lazer, D. et al. (2014), a. a. O., 1205.

⁴ Google Trends stellt Daten rückblickend bis ins Jahr 2004 zur Verfügung.

⁵ Lazer, D. et al. (2014), a. a. O., 1204.

ständig gewährleistet, die Daten sind nicht personenbezogen oder personenbeziehbar.⁸

Erhebung von Suchmaschinen-Daten (Google Trends)

Die Analyse der Suchmaschinennutzung beschränkt sich auf den Marktführer Google. Dieser verfügte im Dezember 2014 über einen Anteil von 95 Prozent aller

Suchanfragen in Deutschland.⁹ die Nutzung von Suchmaschinen in der Gruppe der 55,6 Millionen Internetnutzer (*Online*) ist laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 2014 mit 82 Prozent sehr weit verbreitet.¹⁰ Eine Analyse von Daten via Google Trends stellt also nahezu eine Vollerhebung aller Suchanfragen in Deutschland dar. Die Suchanfragen werden dabei nicht von Forschern lokalisiert, sondern von Google auf verschiedenen räumlichen Aggregationsebenen zur Verfügung gestellt.¹¹

⁸ Zum Datenschutz bei der Datenanalyse in sozialen Medien vgl. Tschering, R. (2014): Soziale Medien – Gegenstand und Instrument der Forschung – Rechtliche Aspekte. In: König, C., Stahl, M., Wiegand, E. (2014): Soziale Medien – Gegenstand und Instrument der Forschung. Wiesbaden.

⁹ Vgl. de.statista.com/statistik/daten/studie/167841/umfrage/marktanteile-ausgewaehlter-suchmaschinen-in-deutschland/.

¹⁰ Van Eimeren, B., Frees, B. (2014), a. a. O., 387.

¹¹ Über die genauen Mechanismen der Lokalisierung durch Google gibt es keine detaillierten Informationen. Es ist zu vermuten, dass dies über die IP-Adressen der Suchanfrager geschieht.

Im Vergleich zur Datenerhebung in den sozialen Medien gestaltet sich die Datensammlung bei Google Trends recht unkompliziert. Die Bedienungs Oberfläche verfügt über eine Reihe von Anwendungsfunktionen, die etwa den Vergleich mehrerer Suchwörter, Länder oder Zeiträume untereinander ermöglicht. Der Nutzer erhält für Deutschland räumliche Informationen auf Bundesländerebene und kann durch die Wahl von Kategoriefiltern die Ergebnisse bereinigen. Für den vorliegenden Bericht wurden mögliche Beifänge¹² bei nicht eindeutigen Suchwörtern durch die Wahl der Kategorie „Gesetz und Regierung“ ausgeschlossen (Kasten).

Ergebnisse der Analyse

Ein Vergleich sämtlicher im Erhebungszeitraum erfassten Beiträge in allen untersuchten sozialen Medien zeigt deutliche Spitzenreiter in der Aufmerksamkeit der Nutzer (Tabelle 1). Einträge zu Diebstählen und Einbrüchen wurden fast 300 000 Mal erfasst, dicht gefolgt von Beiträgen zu religiösem Fundamentalismus. Einträge zu Tötungsdelikten, Körperverletzung und Drogenkriminalität folgen mit weitem Abstand. Ein Vergleich der im Nutzerinteresse stehenden Deliktfelder mit der polizeilichen Kriminalstatistik sowie den Ergebnissen der im WISIND-Projekt durchgeführten Dunkelfeldstudie nährt die Vermutung, dass soziale Netzwerke allein keine verlässlichen Rückschlüsse auf die tatsächliche regionale Bedro-

hung zulassen. Die Anzahl der Nennungen im Verhältnis zu anderen Delikten spiegelt nicht die Bedrohungslage in Deutschland wider, sondern gibt eher Hinweise auf Stimmungsbilder und empfundene Bedrohung. So führte etwa die Berichterstattung zur mit gewaltsamen Ausschreitungen verbundenen Hogesa („Hooligans gegen Salafisten“)-Demonstration Ende Oktober 2014 in Köln zu einem bundesweit stark erhöhten Aufkommen von Begriffen, die als Schlüsselbegriffe für die Bedrohungsbereiche religiöser Fundamentalismus und politisch motivierte Kriminalität ausgezählt wurden.

Von den insgesamt 1,2 Millionen erhobenen Einträgen konnten bislang gut 18 Prozent in über 7 300 Orten bis auf Gemeindeebene lokalisiert und den Landkreisen in Deutschland zugeordnet werden. Die Ergebnisse wurden auf die Bevölkerungszahl in den jeweiligen Gebietskörperschaften angepasst und in Einträge pro 100 000 Einwohner umgerechnet.¹³

Die Einträge zu konkreten Deliktformen sind unterschiedlich gut lokalisierbar. Nutzer, die über Raub, politische Straftaten, Einbrüche und Diebstahl schrieben, verbanden ihre Einträge häufiger mit Ortsnennungen als Nutzer, die zu Internetkriminalität oder Sexualdelikten schrieben. Intuitiv ist dies durch eine weitgehende Ortsungebundenheit¹⁴ der Internetkriminalität erklärbar. Eine Ortsnennung bei Internetkriminalität ist insofern eine kaum wertvolle Information. Bei Sexualdelikten ist zu vermuten, dass aus Gründen wie Schamhaftigkeit, dem häufigen Fehlen von Zeugen, Pietät und Opferschutz seltener eine Nachricht mit Orten verbunden wird. Deutlich wird durch die Lokalisierbarkeit von Einträgen in sozialen Medien aber auch, dass ein Vergleich mit der tatsächlichen regionalen Verteilung von Kriminalität mit einer systematischen Schiefelage zu kämpfen hat: Manche Delikte lassen sich besser regional zuordnen als andere.

Wichtig für Analysen der sozialen Medien ist die Auswahl mehrerer Netzwerke und Quellen, um nicht durch die Auswahl einer einzigen Quelle die Varianz der Daten weiter einzuschränken.¹⁵ Die meisten Beiträge des verwendeten Datensatzes stammen aus Facebook, dem am meisten genutzten sozialen Netzwerk in Deutschland.¹⁶ Twitter-Meldungen, Foreneinträge und Blogs stehen auf Platz zwei bis vier, Youtube-Kommentare machen nur einen sehr geringen Teil der Stichprobe aus. Interes-

¹² Beifänge im Kontext des Suchwortes Mord wären etwa: Bezug zur Literatur und Film (etwa „Tatort“ oder „Mord im Orientexpress“), für Suchwort (Computer)Virus: Krankheiten (Ebola).

Tabelle 1

Erscheinungshäufigkeiten von Delikten in sozialen Medien¹

Delikt	Nennungen	Darunter: Lokalisiert	Anteil der lokalisierten Delikte in Prozent
Diebstahl und Einbruch	293 038	57 275	19,5
Religiös Fundamentalistisch	288 643	42 672	14,8
Körperverletzung	180 133	37 011	20,5
Tötungsdelikte	147 627	21 604	14,6
Drogenkriminalität	109 260	16 155	14,8
Raub	107 366	31 253	29,1
Internetkriminalität	53 280	2 639	5,0
Sexualdelikte	43 217	3 770	8,7
Politische Straftaten	40 384	8 947	22,2
Organisierte Kriminalität	20 478	3 362	16,4
Insgesamt	1 283 426	224 688	17,5

¹ In der Zeit vom 12. Juni bis 31. Oktober 2014.

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Soziale Netzwerke/Google Trends; Berechnungen des DIW Berlin.

¹³ Anderenfalls hätte sich für Ballungsgebiete ein verzerrtes Bild ergeben. So wurden etwa allein Berlin mehr als 45 000 Einträge zugeordnet.

¹⁴ Der Tatbegehungsort ist in aller Regel fern des Erfolgsortes der Tat.

¹⁵ Mahrt, M., Scharkow, M. (2013), a. a. O., 25.

¹⁶ Vgl. Busemann, K., Gscheidle, C. (2012): Dabei sein ist alles – zur Nutzung privater Communities. Ergebnisse der ZDF-Studie Community 2011. In: Media Perspektiven 7–8, 380–390.

sant ist der Medienmix für verschiedene Deliktarten. Die Beiträge über Internetkriminalität stammen in der deutlichen Mehrzahl aus Foren, in denen sich Nutzer Hilfe für die Beseitigung von entstandenen Schäden oder Ratschläge zu Schutzmöglichkeiten vor Internetkriminalität einholen können (Abbildung 1). Einträge zu Raubdelikten werden überdurchschnittlich oft bei Facebook diskutiert und verbreitet, und Fundamentalismus, eines der im Beobachtungszeitraum wichtigsten betrachteten Diskussionsthemen, wird gleichermaßen auf Blogs und in Foren, häufiger aber bei Twitter und Facebook erwähnt.

Vergleich von sozialen Medien und Google-Trends

Wie stark unterscheidet sich das expressive vom explorativen Informationsverhalten im Internet? Eine Rangfolge der Häufigkeit von Suchwörtern bei Google Trends und ein Vergleich mit den Wortaufkommen aus der Analyse der sozialen Medien für den Zeitraum von Juni bis Oktober 2014 kann darüber Aufschluss geben (Tabelle 2). Die beiden häufigsten Begriffe aus beiden Datenquellen wurden jeweils auf den Wert 100 fixiert, die anderen Begriffe folgen im Verhältnis zu die-

Tabelle 2

Ordinale Bedeutungsabstufung in sozialen Medien und Suchmaschinen¹

Skala von 1 bis 100

Delikt	Google Trends	Soziale Medien
Tötungsdelikte (Mord)	100	50
Diebstahl und Einbruch	26	100
Körperverletzung	26	61
Drogenkriminalität (Drogen)	18	37
Raub	9	37
Internet-Kriminalität (Virus)	9	18
Sexualdelikte (Vergewaltigung)	9	15
Religiös Fundamentalistisch (Islamist/Salafist)	5	99
Organisierte Kriminalität (Menschenhandel)	2	7
Politische Straftaten (Rechts- & Linksextremismus)	2	14

¹ In der Zeit vom 12. Juni bis 31. Oktober 2014.

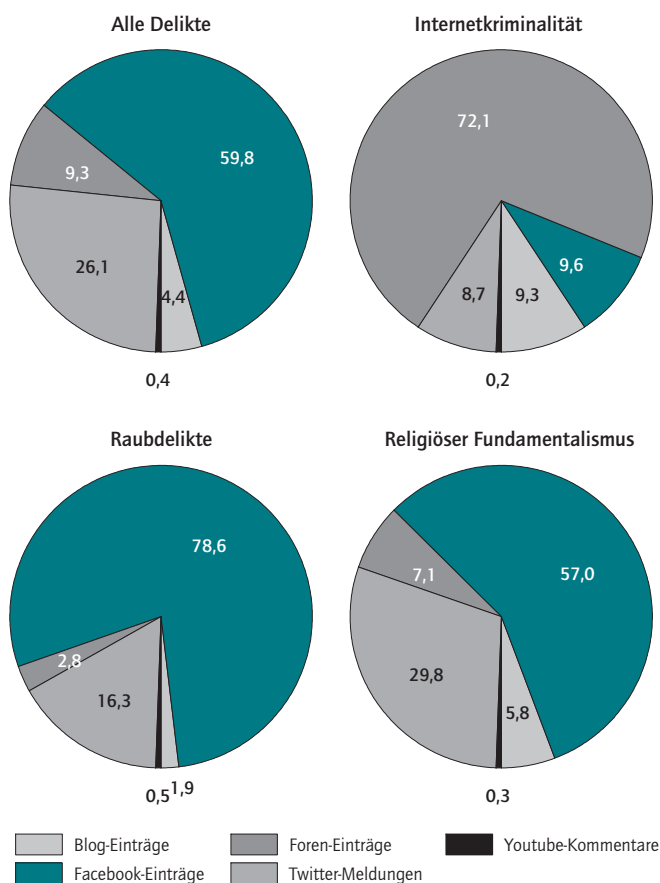
Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Soziale Netzwerke/Google Trends; Berechnungen des DIW Berlin.

Begriffe zu Diebstahl, Einbruch und Körperverletzung rangieren sowohl bei Google Trends als auch in den sozialen Medien im Kontext von Kriminalitätsfurcht weit vorne.

Abbildung 1

Delikteinträge nach Quellen in sozialen Medien

Anteile in Prozent



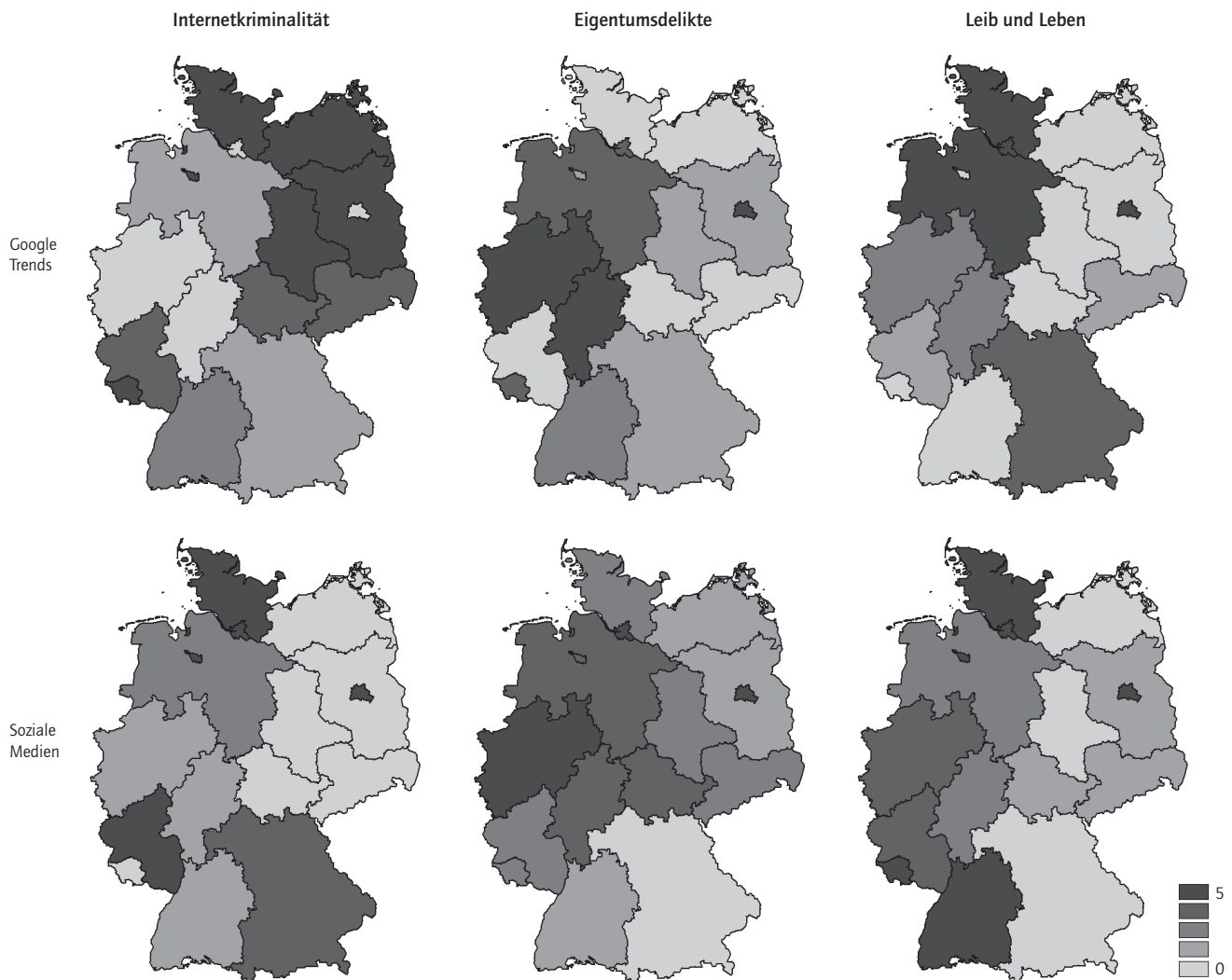
Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Soziale Netzwerke/Google Trends; Berechnungen des DIW Berlin.

Die relative Häufigkeit der Einträge zu den verschiedenen Delikten variiert je nach Quelle: So überwiegen bei den Raubdelikten Facebook-Einträge deutlich.

sem Maximalwert. Bei Google Trends zeigt sich ein deutliches Überwiegen von Suchanfragen nach dem Schlagwort „Mord“, die nachfolgenden Worte sind abgeschlagen. Die sonstige Rangfolge ist ähnlich, „Diebstahl“, „Einbruch“ und „Körperverletzung“ rangieren bei Google Trends wie auch in den sozialen Medien weit vorne. Offenbar suchten die Nutzer in Deutschland in diesem Zeitraum bei Google kaum nach Suchworten, die im Zusammenhang mit religiösem Fundamentalismus stehen (*Islamist*, *Salafist*) – die eindeutigste Abweichung zu den sozialen Medien.

Zum weiteren systematischen Vergleich der beiden Datenquellen wurden drei Bedrohungs-Kategorien gebildet: Die erste Kategorie enthält Delikte aus dem Bereich Internetkriminalität, die zweite bündelt Begriffe aus dem Bereich Eigentumsdelikte und die dritte fasst

Abbildung 2

Räumliche Verteilungen der Suchvolumina in Google Trends (oben) sowie der Einträge in sozialen Medien (unten) in Quintilen

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Soziale Netzwerke/Google Trends; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

In den neuen Bundesländern wird bei Google häufiger nach Begriffen zu Internetkriminalität gesucht, in den alten Bundesländern werden diese vor allem in den sozialen Medien erwähnt.

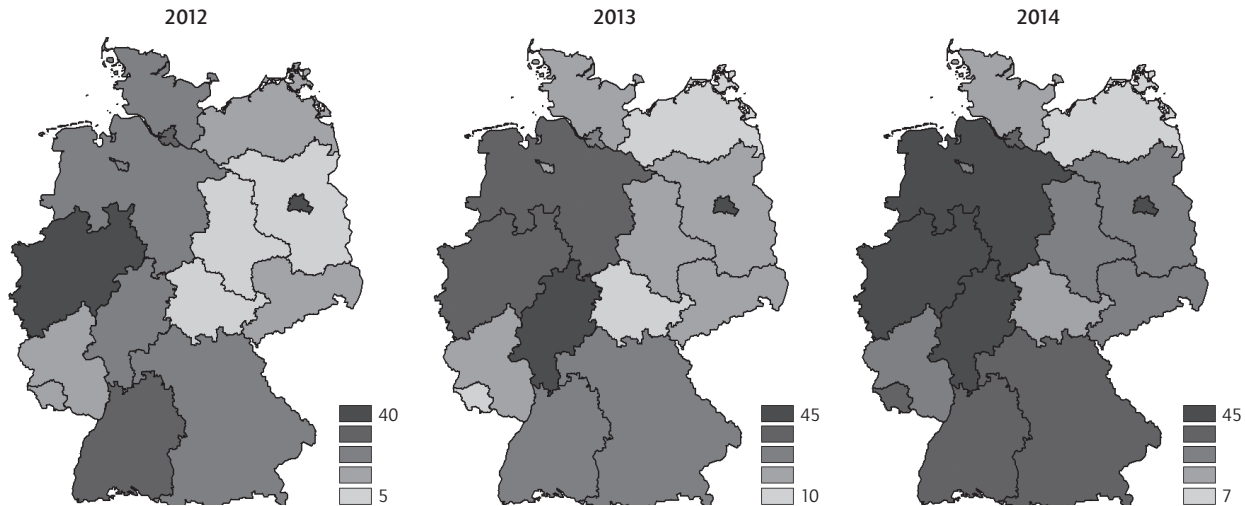
Delikte zusammen, die sich gegen Leib und Leben richten. Zwar stellt Google Trends auch Daten unterhalb der Bundeslandebene zur Verfügung, diese sind jedoch lückenhaft und nicht für jeden Landkreis erhältlich. Daher wurden für den Vergleich die lokalisierten Daten aus den sozialen Netzwerken auf Bundeslandebene aggregiert, Google-Trends-Daten wurden für den Zeitraum Juni bis Oktober 2014 abgerufen (Abbildung 2 zeigt einen Vergleich der räumlichen Verteilung).¹⁷

¹⁷ Ein direkter Vergleich der Farbschattierungen zwischen den Karten (Google Trends und soziale Medien) ist nicht möglich, da sich die Farbtöne nach

Frappierend ist der Gegensatz, der für das Deliktfeld Internetkriminalität zwischen den sozialen Medien und Google Trends entsteht. Bei Google sind Suchanfragen aus nord- und ostdeutschen Bundesländern häufiger vertreten, im Verhältnis dazu weisen die süd- und westdeutschen Bundesländer ein geringeres Suchvolumen auf – was auch auf eine Parallele zur Messung von Kriminalitätsfurcht im WISIND-Projekt hindeutet, wo

unterschiedlichen Maximalwerten richten. Somit sind nur Rückschlüsse auf die relativen Häufigkeiten der Begriffsnennungen innerhalb der einzelnen Karten aussagekräftig.

Abbildung 3

Abfragen bei Google Trends zu Eigentumsdelikten¹

¹ 2012 bis 2014 in gleich großen Intervallen.

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Soziale Netzwerke/Google Trend; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Suchanfragen zum Deliktfeld Eigentumsdelikte stiegen zwischen 2012 und 2014 (von links nach rechts) in den meisten Bundesländern tendenziell an.

im Norden Deutschlands in der Tendenz höhere Furchtwerte festgestellt werden.¹⁸ Bei der expressiven Internetnutzung mit sozialen Medien ist es annähernd umgekehrt. Auch wenn die Werte aus den sozialen Medien mit Vorsicht behandelt werden müssen – nur fünf Prozent der Gesamteinträge konnten für dieses Deliktfeld lokalisiert werden – ist dieser Gegensatz doch für weitere Forschungsarbeiten interessant.

Im Bereich Eigentumsdelikte liegen die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Berlin bei Google Trends mit einem hohen Suchvolumen zu Wörtern wie „Einbruch“, „Diebstahl“ und „Alarmanlage“ mit Niedersachsen an der Spitze, in sozialen Medien zeichnet sich ein etwas deutlicheres Nord-Süd-Gefälle bei gleichzeitig geringeren Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland ab.

Bei Delikten, die sich gegen Leib und Leben richten, lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede der Datenquellen und Regionen ausmachen. So kommen die Begriffe dieses Deliktfelds in den nordwestlichen Bundesländern (mit Ausnahme Bremens) und in Berlin besonders häufig vor. In Baden-Württemberg,

Bremen und im Saarland wird bei Google deutlich seltener nach entsprechenden Begriffen gesucht als in Bayern; in den sozialen Medien ist es genau umgekehrt.

Vergleich der Daten mit tatsächlicher Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht

Google-Trends erlaubt über die Auswahl eines Zeitraums den Vergleich mehrerer Jahre. Für alle Bundesländer wurden auf Grundlage der wöchentlichen oder monatlichen Daten Jahresmittelwerte gebildet.¹⁹ Die Suchanfragen zum Deliktfeld Eigentumsdelikte stiegen zwischen 2012 und 2014 in den meisten Bundesländern tendenziell flächendeckend an (Abbildung 3). Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein haben die Google-Nutzer in jedem Jahr häufiger nach Suchworten rund um das Thema Eigentumsdelikte gesucht als im jeweiligen Vorjahr,

¹⁹ Gerade für das Suchwort „Einbruch“ wäre die Feststellung der Saisonalität des Suchvolumens ein weiterer interessanter Ansatzpunkt, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann. Die Beschränkung der Analyse sozialer Medien auf den Zeitraum Juni bis Oktober 2014 erlaubt keinen verlässlichen Rückschluss auf saisonale Änderungen von Stimmung und Interesse der Internetnutzer.

¹⁸ Siehe dazu auch den Beitrag von Bug, M., Kroh, M., Meier, K. in diesem DIW Wochenbericht.

wobei die Intensität des Anstiegs in ganz Deutschland seit 2014 abgenommen hat.

Die stark begrenzte Eignung der Suchmaschinendaten zur Abbildung der objektiven Kriminalitätsbelastung – nicht der Kriminalitätsfurcht – wird bei einem Vergleich mit den Daten²⁰ aus der PKS deutlich. Die PKS vermutet für die Berichtsjahre 2012 und 2013 nur einen sehr moderaten Anstieg der Einbrüche und Diebstähle um 0,1 Prozent in Deutschland.²¹ Google Trends scheint auf Basis dessen keine direkten Rückschlüsse auf die tatsächliche Kriminalitätsbelastung in Deutschland zuzulassen. Auf der Bundesländerebene spiegelt Google Trends die Entwicklung im Zeitraum von 2012 bis 2013 aber immerhin elf Mal richtig. Ob sich aus diesen Zahlen jedoch eine robuste Reflektion oder gar Prognose ableiten lässt, ist mehr als fraglich.

Ein entsprechender Entwicklungsvergleich zwischen den Daten aus sozialen Medien und der PKS kann aufgrund des Erhebungszeitraums nicht vorgenommen werden, jedoch zeigen sich auch hier Unterschiede, nämlich räumliche zwischen Eintragungshäufigkeiten und PKS-Fallhäufigkeiten.

Für die Beurteilung der Eignung der hier gezeigten Ergebnisse aus sozialen Medien und Suchmaschinen für die Abbildung der Kriminalitätsfurcht (im Gegensatz zum objektiven Kriminalitätsaufkommen) sollen repräsentativ erhobene Umfragedaten zum Vergleich hinzugezogen werden. Im Rahmen des WISIND-Projekts des DIW Berlin wurden 12 000 Menschen in Deutschland zu ihrer Sorge, Opfer verschiedener Verbrechen zu werden, befragt.

Ein Vergleich mit den in einem weiteren Bericht der vorliegenden Wochenberichts-Ausgabe präsentierten Daten der Messung von Kriminalitätsfurcht²² für das Jahr 2014 zeigt, dass sich einige geographische Muster der zehn Deliktgruppen auch in der regionalen Darstellung des Kriminalitätsindikators subjektiver Furcht wiederfinden (Abbildung 4).²³ Dies gilt insbesondere für Schleswig-Holstein, den nördlichen Teil Niedersachsens und weite Teile Nordrhein-Westfalens sowie Berlin. Auch die Landkreise um Stuttgart²⁴ sowie die Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg sind als Region in beiden Kar-

²⁰ Diese Aussage gilt unter Annahme eines sich nicht stark verändernden Dunkelfeldes.

²¹ Bundeskriminalamt (2012–2014): Jahrbuch Polizeiliche Kriminalstatistik.

²² Für eine grafische Darstellung des Kriminalitätsindikators subjektiver Furcht siehe Bug, M., Kroh, M., Meier, K. (2015), a. a. O.

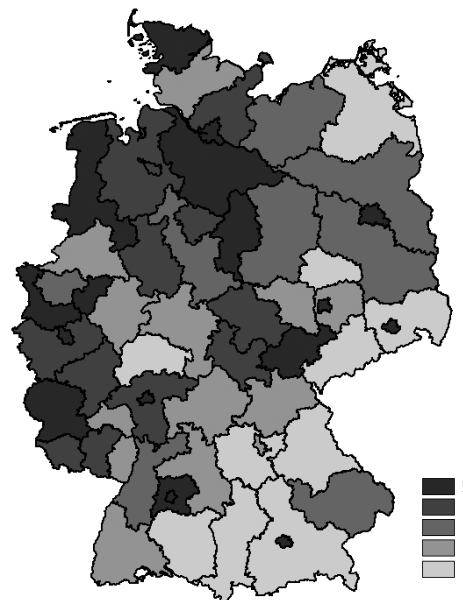
²³ Die Abbildung beruht auf einer Darstellung der regionalen Aktivität in sozialen Medien in Quintilen.

²⁴ Dieser besteht aus den Landkreisen Rems-Murr, Böblingen, Esslingen und Ludwigsburg.

Abbildung 4

Eintragungshäufigkeit¹ in sozialen Medien für alle zehn Delikte auf Regionsebene

Pro 100 000 Einwohner



¹ Juni bis Oktober 2014.

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Soziale Netzwerke/Google Trend; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die räumlichen Verteilungen der Einträge zu den zehn Deliktgruppen zeigen Ähnlichkeiten mit der regionalen Darstellung des Kriminalitätsfurchtindikators.

ten sichtbar und in der Abstufung der Kriminalitätsfurcht und Internetaktivität identisch in beiden Karten.

Andererseits offenbart der Vergleich auch einige Unterschiede auf Regionalebene. Diese könnten zunächst auf die unterschiedlichen Beobachtungszeiträume zurückzuführen sein, zudem wird die schlichte Erwähnung von Themen aus Deliktfeldern der konkreten Frage nach Sorge vor verschiedenen Formen der Kriminalität gegenübergestellt.²⁵ In einigen Fällen sind gegensätzliche Einfärbungen der Regionen ersichtlich. Die Region Trier weist einen vergleichsweise geringen Wert der subjektiven Kriminalitätsfurcht auf, die Menschen dort machen sich also eher weniger Sorgen, Opfer eines Verbrechens zu werden. In den sozialen Medien liegt diese Region jedoch in der Spitzengruppe der Einträge, in

²⁵ Nicht zuletzt kann auch das Mediennutzungsverhalten, beeinflusst durch demographische Faktoren, eine große Rolle bei regionalen Unterschieden spielen.

denen über Kriminalität geschrieben wird. Der gleiche konträre Zusammenhang lässt sich auch in Mittelfranken, der Oberpfalz oder Niederbayern beobachten. Insgesamt reflektieren die aus dem Internet erhobenen Daten offenbar weit besser die Kriminalitätsfurcht als die tatsächliche Kriminalitätsbelastung und können ein guter Anhaltspunkt für regionale Unterschiede der Bevölkerungseinstellung sein.

Die Möglichkeit, die Menge der Daten aus sozialen Medien zu regionalisieren, macht die Daten auch über den bloßen Abgleich mit anderen Zahlenwerken hinaus interessant. Frappierend ist in den Daten die Auffälligkeit der Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg, die den eindeutigen Maximalwert der Eintragshäufigkeit zu Begriffen aus dem Bereich des religiösen Fundamentalismus aufweist – und das bereits Monate vor der Medienberichterstattung über Festnahmen junger Islamisten in Wolfsburg und über den in Braunschweig wegen eines unmittelbar drohenden islamistisch motivierten Anschlags kürzlich abgesagten Karnevalsumzug.²⁶

Fazit

Die Ergebnisse der Auswertung der Daten aus sozialen Medien und Suchmaschinen zeigen, dass diese aufgrund ihrer Natur und auch aus systematischen Gründen nicht geeignet sind, ein verlässliches Bild der

tatsächlichen regionalen Kriminalitätsbelastung zu reflektieren. Sie eignen sich aber durchaus, um ein Bild des subjektiven Empfindens der Bevölkerung von Kriminalität zu zeichnen und damit als kostengünstige Datenquelle klassische Befragungsformen zu Kriminalitätsfurcht zu flankieren. Die Analyse der Beiträge in sozialen Medien zeigt drei Beschränkungen für eine Interpretation der Daten als Hinweis auf die tatsächliche Bedrohungslage: Erstens werden die sozialen Medien stark durch Medieneffekte und Aufmerksamkeitswellen geprägt, typischerweise manifestiert sich dies im Weiterleiten von Medienauszügen oder Beiträgen anderer Nutzer (auch: *retweets*). Zweitens ist die Lokalisierung der Daten nicht einfach. Lokalisierbar sind die Daten nur, wenn Nutzer diese Informationen preisgeben.²⁷ Diese Bereitschaft ist jedoch auch abhängig vom Kontext der Beiträge, sodass manche Begriffe zu bestimmten Delikten sich besser lokalisieren lassen als andere. Drittens ist auch die Wahl der Internetplattform entscheidend, da sich der Medienmix sehr deutlich zwischen den verschiedenen Delikten unterscheidet. Vergleiche mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung werden zusätzlich durch die Stichprobenverzerrung zugunsten junger Nutzer beschränkt, da diese in sozialen Medien deutlich aktiver sind.

²⁶ Die Karte zur Nennungshäufigkeit von Begriffen im Deliktfeld religiöser Fundamentalismus ist in diesem Wochenbericht nicht abgebildet.

²⁷ Auch von der offiziellen Schreibweise abweichende Ortsbezeichnungen stellen eine Herausforderung dar, die Zuordnung ist zeitintensiv und nur begrenzt automatisierbar.

Johannes Rieckmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | jrieckmann@diw.de

Jan-Lucas Schanze ist studentische Hilfskraft in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | jschanze@diw.de

PERCEPTIONS OF PERSONAL SECURITY IN SOCIAL MEDIA AND SEARCH ENGINES – A REALISTIC REFLECTION OF ACTUAL CRIME RATES?

Abstract: The most common method of measuring subjective fear of crime in the general population has traditionally been through surveys. With the spread of digital technologies, however, data from social media and search engines could now help researchers learn more about people's subjective perceptions of certain types

of crime. The present article will show that although the analysis of data from social media and search engines is not suitable as an indicator of actual crime levels in Germany, it can certainly be a cost-effective supplement to traditional methods of collecting data on perceived crime levels.

JEL: H79, K42, R12, Z18

Keywords: crime, crime statistics, indicator, inner security, perception, police statistics, security, social media, social network, search engine

Analoge und digitale Unsicherheiten: Eine neue Perspektive auf Kriminalitätsfurcht

Von Mathias Bug, Martina Kraus und Bartosz Walenda

Die Messung und Erklärung von Kriminalitätsfurcht ist ein seit Jahrzehnten umstrittenes Thema in der Kriminologie und ihren Nachbardisziplinen. Dieser Beitrag schlägt einen Weg vor, wie Kriminalitätsfurcht empirisch breiter als mit dem bisher üblichen Standardindikator untersucht und gemessen werden kann.

Im Rahmen der umfangreichen Erhebung von Angaben zu Sorge und Wahrscheinlichkeit, Opfer von Kriminalität zu werden, kann erstmals auch die Sorge der Bevölkerung vor Internetkriminalität beschrieben werden. Die empirische Basis liegt in einer groß angelegten telefonischen Repräsentativbefragung mit gut 12 000 Befragten aus dem Sommer/Herbst 2014.

Im Ergebnis zeigt der von den Autoren entwickelte Ansatz zur Messung von Kriminalitätsfurcht, dass die Faktoren Alter, Einkommen, Geschlecht, Bildungsniveau und Migrationshintergrund eine deutlich geringere Bedeutung für Kriminalitätsfurcht spielen, als dies oft in Erhebungen angenommen wurde. Zusätzlich legt der Ansatz ein Nord-Süd-Gefälle in der Kriminalitätsfurcht nahe und zeigt, dass alleinlebende Menschen weniger Angst vor Kriminalität haben. Menschen, die in den letzten zweieinhalb Jahren Opfer von Bedrohung wurden, weisen hingegen die stärkste Furcht vor Kriminalität auf – obwohl dieser Deliktform in vorhergehenden Bevölkerungs- und Expertenbefragungen ein niedriger Schadenswert beigemessen wurde.

Vieles¹ deutet darauf hin, dass sich die Deutschen in ihrem alltäglichen Umfeld vergleichsweise sicher fühlen.² Dennoch lassen sich Hinweise auf individuell berichtete Selbsteinschränkungen aufgrund von Kriminalitätsfurcht nicht von der Hand weisen.³ Kriminalitätsfurcht gilt als zentraler Faktor für die persönliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie kann neben nicht unbedingt sichtbarer individueller Selbsteinschränkung im Alltag insbesondere auch zu durchaus sichtbarer – und messbarer – Eingrenzung des gesellschaftlichen Lebens, beispielsweise in *gated communities*, führen. In wirtschaftlicher Hinsicht können sowohl Individuen als auch Bevölkerungsgruppen in ganzen Stadtteilen unter hohen oder auch nur vermeintlich hohen Kriminalitätsraten leiden, die Gebiete sind in ihrer Entwicklung beeinträchtigt und werden gemieden. Grundsätzlich sind dabei die Unterschiede in der tatsächlichen Zugänglichkeit und Gefährlichkeit von Orten, Städten und Stadtteilen in Deutschland im internationalen Vergleich relativ gering. Andererseits entwickeln sich aber auch ganze Wirtschaftszweige wie die Sicherheitsindustrie abhängig von spezifisch gearteter gesamtgesellschaftlich nachweisbarer Kriminalitätsfurcht.⁴

1 Der Bericht entstand im Rahmen des Forschungsprojektes *Ein Wirtschaftswissenschaftlicher Sicherheitsindikator für Deutschland (WISIND)*. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Förderlinie „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ ermöglicht. Die Konzeptionierung des WISIND-Projektes und die Entstehung der WISIND-eigenen Daten sind durch die zentrale Zusammenarbeit mit Kristina Meier, Johannes Rieckmann, Eric van Um und Nina Wald entstanden. Die Autoren danken darüber hinaus Enrique Fernandez und Jan-Lucas Schanze für ihre Unterstützung während dieses Prozesses.

2 TNS Opinion & Social (2012): Awareness of Home Affairs – Special Eurobarometer. 51–59.

3 Birkel, C., Guzy, N., Hummelsheim, D., Oberwittler, D., Pritsch, J. (2014): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. 77–79, www.bka.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2014/141208_Viktimisierungssurvey2012.html?__nnn=true, abgerufen am 08.12.2014.

4 In einem weiteren Artikel des vorliegenden DIW Wochenberichts wird versucht, neben Befragungsdaten auch Verkaufszahlen für Sicherheitslösungen und das Kommunikationsverhalten zusammen mit unterschiedlichen Befragungsdaten zu einem Indikator zusammenzufassen, der ein noch breiteres Bild auf die Verteilung der Risikoeinschätzungen durch Kriminalität in Deutschlands Regionen ergibt.

Dieser Beitrag basiert auf drei eigenständigen im Rahmen des WISIND Projektes telefonisch beziehungsweise online durchgeführten Bevölkerungsbefragungen (Kasten 1). Aus den facettenreichen Fragen mit Bezug zu Kriminalitätsfurcht wird ein Index gebildet, der die Messung von Kriminalitätswahrnehmungen breit ausrichtet. Dies gibt einen Einblick, welche zusätzlichen Aspekte der Einstellungen zu Kriminalität in zukünftige Analysen der Kriminalitätsfurcht integriert werden sollten.

In einem zweiten Schritt stellt der Beitrag dar, inwiefern sich die breiter zusammengesetzte Messung von Kriminalitätsfurcht durch sozioökonomische und charakterliche Faktoren, aber auch durch persönliche Kriminalitätserfahrungen plausibilisieren lässt.

WISIND-Repräsentativbefragung zur Erweiterung des Standardindikators

Bisher nutzen etablierte und thematisch breit angelegte (Panel-)Studien wie das European Social Survey⁵, das Eurobarometer⁶ oder in deutlich abgeänderten Varianten auch das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)⁷ und der ALLBUS⁸ den sogenannten Standardindikator (siehe Frage 1, Kasten 2), um die Kriminalitätsfurcht und ihre Entwicklung über die Zeit hinweg zu betrachten und nach verschiedenen Einflussfaktoren zu untersuchen.

Der bisher verwendete Standardindikator ist allerdings nicht unumstritten⁹, da er eine einzige Frage nach dem Sicherheitsempfinden beim nächtlichen Spaziergang durch das eigene Wohnviertel umfasst. Dies hat zur Folge, dass Kriminalitätsfurcht äußerst situationsspezifisch indiziert wird und Rückschlüsse auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Bezug auf Kriminalität ganz allgemein, die Aussagekraft des Standardindikators deutlich überdehnt.

In den letzten Jahren ist in Deutschland daher auch Bewegung in die Messung von Kriminalitätsfurcht gekommen. Inzwischen liegen die Ergebnisse einiger groß

Kasten 1

Datenübersicht zur vorliegenden Kriminalitätsmessung in Deutschland

Im Rahmen des WISIND-Projektes wurde eine repräsentative telefonische Befragung zwischen Juli und September 2014 von 12 094 Personen in Deutschland zu ihrer Erfahrung mit und Wahrnehmung von Kriminalität von TNS Emnid durchgeführt. 20 Prozent der Befragten wurden über Mobilfunknummern interviewt. Das erreichte Sample ist insofern repräsentativ über Deutschland verteilt, als jeder Landkreis mit mindestens 15 Befragten und darüber hinaus proportional vertreten ist – der Datensatz wurde ungewichtet genutzt, weshalb ländliche Regionen etwas überrepräsentiert sind.

Daneben wurde eine Online-Umfrage durchgeführt, in der 2 532 Personen durch die forsa Politik- und Sozialforschung GmbH zu ihrer Gewichtung verschiedener Kriminalitätsformen befragt wurden. Die Grundgesamtheit für diese Befragung wurde in einem mehrstufigen Zufallsverfahren offline gezogen. Aus dem damit erreichten Pool von 30 000 Zielpersonen wurde schließlich zufällig ausgewählt. 517 Befragte, die das Internet nicht nutzen, beantworteten die Befragung an ihrem TV-Bildschirm.

Die Ergebnisse dieser beiden Befragungen fließen maßgeblich in die Berechnungen dieses Berichtes ein.

angelegter Studien¹⁰ vor, die eine Erweiterung der bisherigen Messung von Kriminalitätsfurcht nahelegen – jedoch bisher nicht zu einer besseren und öffentlich zugänglichen Datenbasis geführt haben.¹¹

In diesem Beitrag soll deshalb Kriminalitätsfurcht auf Grundlage einer aktuellen repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Rahmen des WISIND Projektes breiter untersucht werden. Der von den Autoren entwickelte Index Kriminalitätsfurcht stützt sich dabei nicht mehr nur auf diese eine Frage, sondern auch auf Fragen zu Sorge vor und die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Eigentumsdelikts, einer Körperverletzung oder von Internetkriminalität zu werden (Fragen 2, 3, 8, 9, 17, 18; Kasten 2). Dadurch können das vielschich-

⁵ European Social Survey (2012): ESS Round 6 Source Questionnaire. Centre for Comparative Social Surveys, City University London, Frage C6, 14.

⁶ TNS opinion & social (2014): Die Lebensbedingungen in der Europäischen Union. Standard-Eurobarometer 81 Frühjahr 2014, Frage QE4, 21–23.

⁷ TNS Infratest Sozialforschung (2014): SOEP 2014 – Erhebungsinstrumente 2014 (Welle 31) des sozio-oekonomischen Panels: Haushaltsfragebogen, Altstichproben. SOEP Papers 236, DIW Berlin, Frage 123 31.

⁸ GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2011): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2008. GESIS Datenarchiv, Köln, ZA4600 Datenfile Version 2.0.0, dx.doi.org/10.4232/1.10834, Frage 134.

⁹ van Um, E., Bug, M. (2014): DIW Roundup 49/2014 bietet eine breite Diskussion der Forschungsliteratur zum Standardindikator und dessen Stellenwert als „umstrittenes Messinstrument“.

¹⁰ Birkel, C. et al. (2014), a. a. O.; LKA Niedersachsen (2013): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. www.mi.niedersachsen.de/download/82334, abgerufen am 26.02.2015.

¹¹ Einen aktuellen Überblick bieten van Um, E., Bug, M. (2014): Herausforderungen bei der Messung von Kriminalitätsfurcht. DIW-Roundup Nr. 49; siehe auch Noack, M. (2015): Probleme bei der Reliabilitäts- und Stabilitätseinschätzung für allgemeine Kriminalitätsfurchtindikatoren. In: Eifler, S., Pollich, D. (Hrsg.): Empirische Forschung über Kriminalität. Wiesbaden, 249–274.

Kasten 2

Befragung zur Kriminalitätsfurcht – Fragewortlaute¹

In den vorgeschlagenen Index für Kriminalitätsfurcht gehen ein:²

Standardindikator²

1. Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind?

Kriminalitätsfurcht: Eigentumsdelikt

2. Wenn Sie an die letzten zwölf Monate zurückdenken: Wie stark waren Sie besorgt, dass Ihnen etwas gestohlen wird – egal ob zu Hause oder anderswo – ohne dass dabei Gewalt gegen Ihre Person angedroht oder angewendet wird?

3. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen in den nächsten 12 Monaten etwas gestohlen werden wird – egal ob zu Hause oder anderswo – ohne dass dabei Gewalt gegen Ihre Person angedroht oder angewendet wird?

Kriminalitätsfurcht: Körperverletzung

8. Wenn Sie an die letzten zwölf Monate zurückdenken, wie stark waren Sie besorgt, dass Sie aus welchen Gründen auch immer einer Körperverletzung zum Opfer fallen?

9. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie in den nächsten zwölf Monaten einer Körperverletzung zum Opfer fallen?

Kriminalitätsfurcht: Internetkriminalität

17. Wie stark waren Sie in den letzten zwölf Monaten besorgt, dass Sie Opfer von Kriminalität im Internet werden?

18. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie in den nächsten zwölf Monaten Opfer von Kriminalität im Internet werden?

In die Regression gehen unter anderem folgende Fragewortlaute als erklärende Variablen ein:

Viktimisierung: Wohnungseinbruch

4. Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, also in den letzten zweieinhalb Jahren, ist in diesem Zeitraum jemand unerlaubt in Ihre Wohnräume eingedrungen oder hat es jemand versucht?

Viktimisierung: Diebstahl

6. Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, wurden Sie persönlich in diesem Zeitraum Opfer eines Diebstahls?

Viktimisierung: Körperverletzung

10. Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, wurden Sie persönlich in diesem Zeitraum Opfer von Körperverletzung?

Viktimisierung: Bedrohung und grobe Pöbeleien

13. Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, also in den letzten zweieinhalb Jahren, wurden Sie persönlich in diesem Zeitraum bedroht oder grob angepöbelt?

Viktimisierung: Internetkriminalität

21. Wurde seit Anfang 2012 bis heute Ihr Kredit- oder Bankkonto durch jemanden unrechtmäßig belastet, der Ihre geheimen Passwörter über das Internet betrügerisch erlangt hat?

25. Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, wurden Ihre persönlichen Daten in diesem Zeitraum missbraucht?

29. Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, wurden Sie persönlich in diesem Zeitraum Opfer von Waren- und Dienstleistungsbetrug im Internet?

33. Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, war mindestens eines Ihrer privaten Geräte, egal ob Computer, Smartphone oder Tablet, von Schadsoftware befallen?

¹ Fragen sind dargestellt wie in der Analyse verwendet und hatten zusätzliche Anmoderationen, die aus Platzgründen hier nicht untergebracht werden können.

² Die Antwortvorgaben des Standardindikators und der Kriminalitätsfurcht folgten einer 4-er-Skalierung und lauteten jeweils angepasst entweder „sehr unwahrscheinlich/eher unwahrscheinlich/eher wahrscheinlich/sehr wahrscheinlich“ oder „überhaupt nicht besorgt/eher nicht besorgt/eher besorgt/sehr besorgt“ oder „sehr sicher/eher sicher/eher unsicher/sehr unsicher“.

³ Fragen sind dargestellt wie in der Analyse verwendet und hatten zusätzliche Anmoderationen, die aus Platzgründen hier nicht untergebracht werden können.

tige Problem der Kriminalitätsfurcht und deren erklärende Faktoren umfassender in die Schätzung und Analyse eingehen. Des Weiteren erlaubt diese Methode eine Überprüfung der Güte des Standardindikators, welcher trotz der kritischen Einschätzung seiner Aussagekraft auch in Zukunft eine breite Verwendung in nationalen und internationalen Studien finden wird, sowie die Erstellung eines Indexes aus Frage-Items, die verschiedene Facetten der Kriminalitätsfurcht darstellen. Das Ziel der WISIND-Befragung ist dabei jedoch nicht die Messung eines allgemeinen Sicherheitsgefühls, wohl aber die Messung eines auf Kriminalität bezogenen Sicherheitsgefühls mit einem breiten Ansatz.

Meinungsbasierte Gewichtung mit Hilfe einer repräsentativen Online-Bevölkerungsumfrage

In den Index aus verschiedenen Einstellungen zur Kriminalität gehen die Einstellungen zu den einzelnen Deliktgruppen mit einer jeweils spezifischen Gewichtung ein, um deren unterschiedliche Schwere zu berücksichtigen. Die Einschätzung der Schwere der verschiedenen Deliktformen ergibt sich aus einer zusätzlich durchgeführten repräsentativen Online-Bevölkerungsumfrage, in welcher die Befragten mit graphischen Hilfsmitteln am Bildschirm eine Rangfolge der Delikte erstellten.¹²

Dabei wird in der Zusammensetzung des Kriminalitätsfurchtindexes auch der Standardindikator berücksichtigt und mit einer Mittelung der Gewichte verschiedener körperlicher Übergriffe berechnet (Kasten 2). Zusätzlich gehen die Angaben zur Furcht vor einer Viktimisierung sowie der Einschätzung ihrer Wahrscheinlichkeit jeweils gemittelt (Abbildung 1) in den Index mit ein. Ein Vorgehen, das in Anbetracht der sehr hohen Korrelationen der beiden Items akzeptabel ist.

Einzelne Komponenten des Indexes legen gering ausgeprägte Kriminalitätsfurcht in Deutschland nahe

Von den in der WISIND-Befragung berücksichtigten Interviewten gab die große Mehrheit mit etwa 87 Prozent aller Befragten an, sich sehr sicher oder eher sicher zu fühlen, wohingegen sich nur etwas mehr als ein Zehntel der Befragten unsicher oder gar sehr unsicher fühlen (Abbildung 2). Dieses Ergebnis ist mit den Studien von BaSiD und dem LKA Niedersachsen vergleichbar.¹³

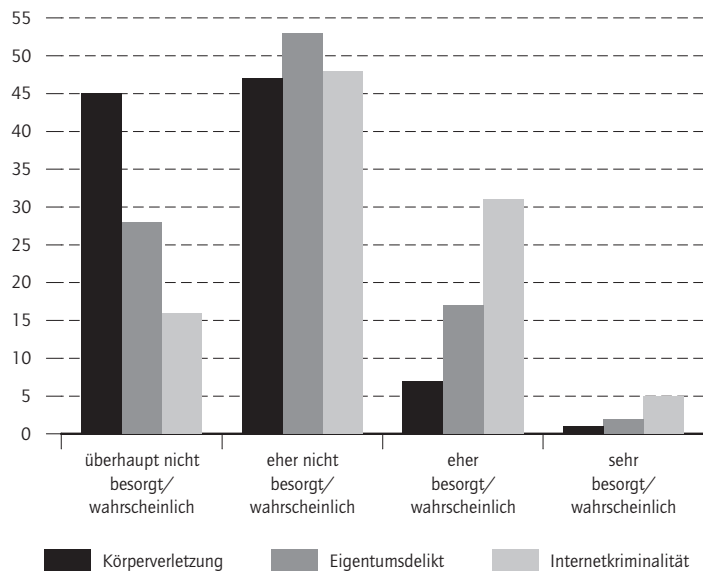
¹² Dabei orientiert sich die Gewichtung an der Bevölkerungsgewichtung, wie sie im WISIND-Sicherheitsindikator verwendet wird. Bug, M., Kroh, M., Meier, K. (2015), a. a. O., Tabelle 1 und 2.

¹³ LKA Niedersachsen (2013), a. a. O., 11; Birkel, C. et al. (2014), a. a. O., 66.

Abbildung 1

Risikowahrnehmung Opfer zu werden

Anteile in Prozent



Quellen: Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

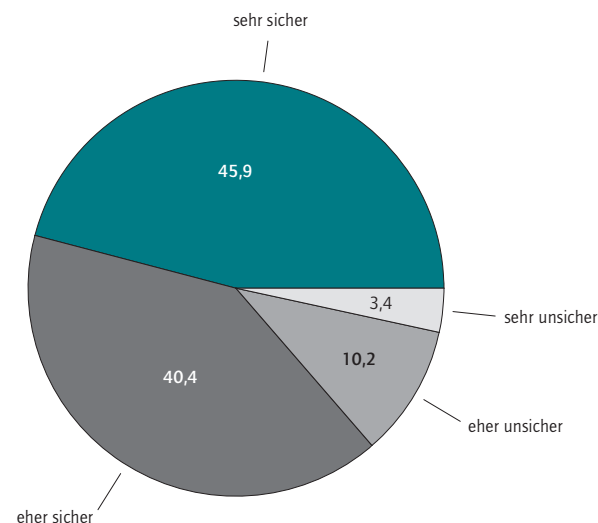
© DIW Berlin 2015

Bei einer erweiterten Fragestellung nach der Risikowahrnehmung zeigt sich eine bedeutende Zahl der Befragten besorgt, Opfer von Internetkriminalität zu werden.

Abbildung 2

Standardindikator¹

Anteile in Prozent



¹ Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in ihre Wohngegend unterwegs sind?

Quellen: Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

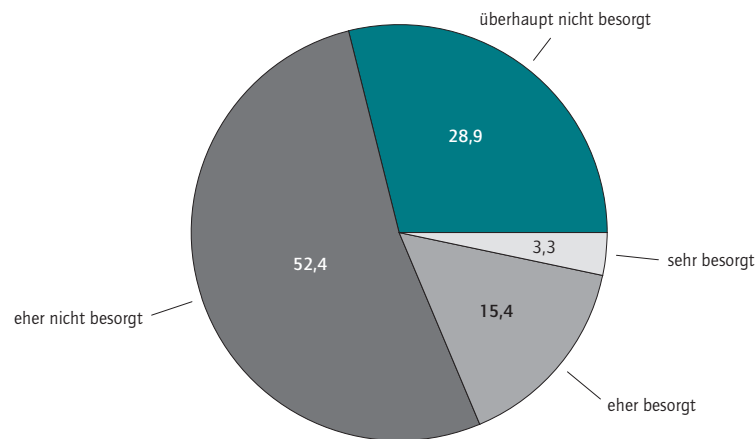
© DIW Berlin 2015

Legt man der Befragung den Standardindikator zugrunde, fühlt sich lediglich eine geringe Zahl der Befragten beim nächtlichen Spaziergang in der Wohngegend unsicher.

Abbildung 3

Kriminalitätsfurcht¹

Anteile in Prozent



¹ Index aus Standardindikator und Risikowahrnehmung Körperverletzung/Eigentumsdelikt/Cyberkriminalität

Quellen: Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Durch die vorgenommene Erweiterung des Standardindikators um das wahrgenommene Kriminalitätsrisiko, erhöht sich der Anteil der besorgten Befragten leicht.

Der hier gebildete Index der Kriminalitätsfurcht in Deutschland entspricht im Wesentlichen weiterhin der Verteilung des Standardindikators (Abbildung 3). Dennoch besteht durch die breitere Messung eine höhere Sicherheit, Schwächen einzelner Items durch Hinzunahme weiterer Items auszugleichen.

Das hier berechnete exemplarische Modell baut analog zu etablierten Forschungsansätzen auf der Individual-ebene auf. Während die soziodemographischen Aspekte zum regelmäßig ins Feld geführten Repertoire unabhängiger Variablen gehören (insbesondere zutreffend auf Alter und Geschlecht), wird die Aufnahme soziogeographischer Aspekte beispielsweise in der BaSiD-Studie nachvollzogen.¹⁴ Sozioökonomische Faktoren wie finanzielle Möglichkeiten und Bildungsstatus werden beispielsweise im Eurobarometer regelmäßig in die Analyse mit einbezogen.¹⁵ Darüber hinaus ist bereits bekannt, dass individuelle Opfererfahrungen durchaus relevant für Kriminalitätsfurcht sind¹⁶ – mit welcher Logik ist aber nicht konsistent in der Forschung anerkannt.

¹⁴ LKA Niedersachsen (2013), a. a. O., 13; Birkel, C. et al. (2014), a. a. O., 67–69 beziehungsweise 70, 71.

¹⁵ TNS opinion & social (2014), a. a. O., 26.

¹⁶ Hummelsheim, D., Oberwittler, D., Pritsch, J. (2015): Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und generalisiertem Vertrauen – Mehrebenenanalysen zur Rolle individueller und kontextueller Faktoren. In: Eifler, S., Pollich, D., a. a. O., 417, 424.

Eine Neuerung des hier vorgestellten Modells besteht in der Aufnahme eines Items zur individuellen Einstellung gegenüber Sicherheit und Freiheitsrechten sowie zum politischen Wahlverhalten in Verbindung mit Forderungen nach politischen Antworten auf Kriminalität.

Im Folgenden vergleichen wir die Ergebnisse des Antwortverhaltens auf den sogenannten Standardindikator mit dem von uns vorgeschlagenen erweiterten Index Kriminalitätsfurcht, um damit Perspektiven für eine breitere Messung von Kriminalitätsfurcht zu eröffnen.

Abgleich des Standardindikators mit dem Index Kriminalitätsfurcht

Die Tabelle zeigt die Schätzungen von Probit-Regressionsmodellen bezogen auf den Standardindikator und den hier vorgeschlagenen breiten Index Kriminalitätsfurcht. Beide Modelle werden im Ganzen mit Viktimisierungserfahrungen, geographischen Einflussfaktoren (Stadt-Land beziehungsweise Nord-Süd-Gefälle), sowie soziodemographischen Variablen und schließlich Variablen zu persönlichen und politischen Einstellungen bezogen auf das Thema Sicherheit und Kriminalität eingeführt.

Opfer von Internetkriminalität fühlen sich unsicherer als bisher bekannt, Opfer von Bedrohung und Pöbeleien haben die höchste Kriminalitätsfurcht

Sowohl für die Einschätzung im Standardindikator als auch für die Einschätzungen im breiteren Index Kriminalitätsfurcht sind Opfererfahrungen in den letzten zweieinhalb Jahren von sehr hoher signifikanter Bedeutung. Ganz allgemein: Wenn Befragte Opfer von Kriminalität wurden, legen die Ergebnisse nahe, dass sich dies – im Gegensatz zu soziogeographischen und sozioökonomischen Faktoren oder persönlichen Einstellungen zu Sicherheit – in einer überdurchschnittlich hohen Furcht vor Kriminalität niederschlägt.

Bei der Beantwortung des Standardindikators fühlen sich Opfer von Einbrüchen am negativsten beeinträchtigt. Opfer von Bedrohung und Körperverletzung fühlen sich ebenfalls unsicher, Diebstahlopfer verzeichnen beim Standardindikator hingegen eine geringere Unsicherheit. Durch die Kontextualisierung des Standardindikators mit der nächtlichen Situation draußen im Freien fällt die Messung der Angst vor Opferwerdung durch Internetkriminalität und das damit einhergehende Gefühl der Unsicherheit gänzlich aus dieser klassischen Befragungsform heraus. Im Gegensatz dazu er-

möglichst die Verwendung des oben vorgestellten Index Kriminalitätsfurcht, den Einfluss von Viktimisierung durch Internetkriminalität mit einzubeziehen. Menschen, die in diesem Bereich zum Opfer wurden, haben, entgegen der Ergebnisse des Standardindikators und womöglich entgegen geläufiger Annahmen, auch allgemein mehr Angst vor Kriminalität – und tendenziell auch mehr Angst als Menschen, die Einbrüchen oder Diebstählen zum Opfer fielen. Diese erhöhte Kriminalitätsfurcht ist womöglich damit zu erklären, dass immer mehr Menschen täglich lange Zeit im Internet aktiv sind und sich dementsprechend genauso oft Sorgen um mögliche Bedrohungen machen; in anderen Worten steigt durch die heute weit verbreitete Internetnutzung das Bewusstsein für Gefahren im Internet und damit auch die Kriminalitätsfurcht. Diese Entwicklung kann durch den Index Kriminalitätsfurcht abgebildet werden. 36 Prozent der Bürger schreiben Internetkriminalität ein großes Bedrohungspotential zu, ein Phänomen das in der bisherigen Kriminalitätsforschung bezogen auf „analoge Alltagskriminalität“ in diesem Ausmaß unbekannt ist.

Über die ins Modell eingehenden Delikte hinweg weisen die Einschätzungen von Opfern durch Bedrohung und grober Pöbelei die größte Furcht vor Kriminalität auf. Dieser Befund ist überraschend, da Bedrohung und grobe Pöbelei in der Gewichtungsbefragung am niedrigsten eingestuft wurde. Für das Sicherheitsempfinden spielt diese oft als Bagatelle abgetane Deliktform jedoch eine weit reichende Rolle.

Nord-Süd-Gefälle in der Kriminalitätsfurcht

Die Modelle in der Tabelle, welcher sowohl der Standardindikator als auch der Index Kriminalitätsfurcht als abhängige Variablen zugrunde liegen, weisen bezüglich des Wohnorts der Befragten ein schwaches Nord-Süd-Gefälle auf: In Norddeutschland fühlen sich danach die Menschen nachts in ihrer Wohngegend unsicherer als in Süddeutschland. Diese Beobachtung wird auch in verschiedenen Dimensionen in der BaSiD-Studie bestätigt.¹⁷ Eine probeweise vorgenommene Differenzierung zwischen alten und neuen Bundesländern ergibt im Übrigen einen merklich schwächeren Zusammenhang als das Nord-Süd-Gefälle. Diese Beobachtung legt nahe, dass das Kriminalitätsgefälle von Nord- nach Süddeutschland¹⁸ sich auch auf die Kriminalitätsfurcht niederschlägt – und zwar stärker als etwaige kulturelle Einflüsse zwischen neuen und alten Bundesländern, wie sie Ende der 90er Jahre noch deut-

Tabelle

Gegenüberstellung Standardindikator und Index Kriminalitätsfurcht

Parameter der Probit-Regressionen¹

	Standardindikator	Index Kriminalitätsfurcht
Opfer von Bedrohung	0,3809***	0,7085***
Opfer von Körperverletzung	0,3517***	0,6044***
Opfer von Internetkriminalität	-0,0945*	0,499***
Opfer von Einbruch	0,4249***	0,4334***
Opfer von Diebstahl	0,2088***	0,3709***
Stadtland (1 = Stadt)	0,0833***	0,0166
Nord-Süd (1 = Nord)	0,1889***	0,1019**
Geschlecht (1 = weiblich)	0,5716***	0,172***
Alter	0,126***	0,0810***
Einkommen	-0,2458***	-0,0337
Bildung	-0,1793***	0,0033
Migrationshintergrund (1 = mit)	0,2120***	0,0873*
Alleinlebend (1 = ja)	-0,093*	-0,1368***
Kinder (1 = ja)	-0,0334	0,0412
Sicherheit (1 = Sicherheit wichtiger als Freiheitsrechte)	0,2196***	0,2304***
Wahlpräferenz (1 = Kriminalität/Sicherheit wichtig)	0,2885***	0,4726***
Konstante	-1,8692	-2,2563
R ²	0,154	0,155
Zahl der Befragten	7 260	7 417

1 Standardindikator: 1=unsicher, 0=sicher; Index Kriminalitätsfurcht: 1=hoch, 0=niedrig.
Signifikanzniveau: * p < 0,1; ** p < 0,05; *** p < 0,01.

Quellen: Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze Kriminalitätsbefragung/Gewichtung; Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2015

Der Index Kriminalitätsfurcht zeigt, dass die Einflüsse des Alters, des Einkommens, des Geschlechts, des Bildungsniveaus und des Migrationshintergrunds weniger Bedeutung haben als bisher bei Erhebungen des Standardindikators angenommen wurde.

lich festzustellen waren.¹⁹ Dahingegen kommt der Größe des städtischen Wohnorts – bei einer Einteilung von Wohnsiedlungen bis unter 50 000, 50 000 bis unter 100 000 und ab 100 000 Einwohnern – keine Bedeutung zu. Das Kriminalitätsfurchtparadoxon, nach dem in Regionen mit niedriger Kriminalitätsbelastung (also insbesondere in ländlichen Regionen) eine relativ hohe Kriminalitätsfurcht zu beobachten ist, kann hier nicht bestätigt werden.²⁰

Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund weniger furchtsam als bisher angenommen

Grundsätzlich bestätigen die Ergebnisse für die Einschätzungen des Standardindikators die bestehende Li-

17 Birkel, C. et al. (2014), a. a. O., 73.

18 Siehe dazu Bug, M., Meier, K. (2015), a. a. O.

19 Dittmann, J. (2013): Wahrnehmung der Kriminalität im Zeitverlauf. Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/oeffentliche-sicherheit-und-strafverfolgung/173837/wahrnehmung-der-kriminalitaet-im-zeitverlauf, abgerufen am 24.11.2014.

20 So auch in diesem DIW Wochenbericht.

teratur. Demnach haben Frauen mehr Furcht vor Kriminalität als Männer. Allerdings zeigt sich im Vergleich, dass der Standardindikator (wohl aufgrund der im Fragewortlaut suggerierten nächtlichen Situation im Freien) Frauen mit deutlich größerer Furcht ausweist, als der Index Kriminalitätsfurcht. Der Index zeigt, dass Frauen zwar mehr Furcht vor Kriminalität haben als Männer, dieser Unterschied allerdings weniger ausgeprägt ist. Der hier gewählte breitere Ansatz zur Messung von Furcht zeigt, dass die eher ängstliche Einschätzung des Standardindikators bei Frauen eventuell auf eine Überschätzung aufgrund der Rahmensetzung im Fragewortlaut des Standardindikators hindeutet. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen im Hinblick auf alle Facetten von Kriminalitätsfurcht scheint auf der breiten Datenbasis tatsächlich geringer als bisher auf Basis des Standardindikators angenommen. Ein ähnlicher Effekt ergibt sich für die Alterskategorie. Während ältere Menschen bei der Messung durch den Standardindikator mit Gefühlen erhöhter Unsicherheit charakterisiert werden, zeigt der Index Kriminalitätsfurcht, dass ältere Menschen nur minimal mehr Angst vor Kriminalität im Allgemeinen haben als jüngere Generationen. Die Analyse durch den Index Kriminalitätsfurcht lässt also schlussfolgern, dass subjektive Angst differenzierter zu betrachten und zu erklären ist, als durch die sonst üblichen Erklärungsvarianten des Alters und Geschlechts.

Während laut Standardindikator Befragte mit Hochschulabschluss ein deutlich stärkeres Gefühl der Sicherheit hegen als Befragte ohne Schulabschluss bzw. Menschen mit höherem Einkommen sich sicherer fühlen, kann auf Basis der WISIND-Befragung kein solcher Rückschluss gezogen werden – weder Bildung noch Einkommenshöhe scheinen hier signifikant zu sein für die Furcht vor Kriminalität allgemein. Personen mit Migrationshintergrund²¹ fühlen sich gemäß der Analyse des Standardindikators unsicherer. Dieser Effekt ist sowohl in Bezug auf Signifikanz als auch Höhe der Ausprägung durch die Messung mit dem Index Kriminalitätsfurcht deutlich abgeschwächt. Es scheint also, dass man aufgrund der unwesentlich erhöhten Kriminalitätsfurcht nicht von allgemein erhöhter Kriminalitätsfurcht von Menschen mit Migrationshintergrund sprechen kann.

²¹ Verwendet wird hier der weite Begriff von Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Statistisches Bundesamt (2013): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Fachserie 1, Reihe 2.2, 5–6.

Präferenzen zwischen Sicherheit und Freiheit hängen mit Kriminalitätsfurcht zusammen

Persönliche Präferenzen in Richtung einer strammen Ordnungspolitik in der Inneren Sicherheit gehen einher mit einem verstärkten Unsicherheitsgefühl (Tabelle 1). Individuelle Einstellungen zum Thema Sicherheit zeigen zum Beispiel, dass Menschen, denen ein hohes Maß an Innerer Sicherheit wichtiger ist als die Wahrung der Freiheitsrechte, stärker von Kriminalitätsfurcht gezeichnet sind. Die Kriminalitätsfurcht ist noch höher bei denjenigen, die Forderungen von politischen Parteien zu Kriminalität beziehungsweise Innerer Sicherheit als entscheidend für ihr Wahlverhalten erachten.

Alleinlebende haben weniger Angst

Bei alleinlebenden Personen deuten die Ergebnisse entgegen intuitiven Erwartungen auf eine verringerte Kriminalitätsfurcht hin. Dieses Ergebnis ist konsistent in den Messungen mit dem Standardindikator, als auch mit dem Index Kriminalitätsfurcht. Ebenfalls entgegen intuitiven Erwartungen weisen Eltern keine größeren Unsicherheitsgefühle auf – die Sorgen um die Kinder werden also nicht auch in die eigene Kriminalitätsfurcht integriert.

Fazit

In diesem Beitrag wurde der Standardindikator zur Messung von Kriminalitätsfurcht mit dem Ziel einer Überprüfung seiner Aussagekraft um zusätzliche Faktoren von Unsicherheit erweitert. Der breite Index für Kriminalitätsfurcht beinhaltet sowohl Sorge um, als auch Wahrscheinlichkeit von Opferwerdung durch Bedrohung, Körperverletzung, Internetkriminalität und Eigentumsdelikten. Die umfangreiche und repräsentative Stichprobe der WISIND-Bevölkerungsbefragung über das Bundesgebiet hinweg gibt den Befunden eine besondere Robustheit.

Sowohl die nähere Analyse von Einflussfaktoren auf den Standardindikator als auch auf den vorgeschlagenen Index für Kriminalitätsfurcht, spiegelt das bekannte schwache Nord-Süd-Gefälle in der Kriminalitätsbelastung. Der konative Aspekt der Wahlentscheidung bei der Präferenz von Innerer Sicherheit und dem individuellen Vorzug von Sicherheit vor Freiheit fällt im Fall des Kriminalitätsfurcht-Index stärker ins Gewicht und müsste weiter erforscht werden, ebenso wie das Phänomen, dass sich Alleinlebende sicherer fühlen. Unter Berücksichtigung mehrerer Kriminalitätsfelder konnte gezeigt werden, dass Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund sich zwar unsicherer fühlen, aber doch weniger Kriminalitätsfurcht aufweisen als dies bisher in

Forschung und Literatur dargestellt wurde. Die Ergebnisse legen nahe, dass Opfererfahrungen maßgeblich zu Unsicherheiten führen und eine entscheidende Rolle für die Sorge um Kriminalität und die Wahrscheinlichkeitseinschätzung derselben spielen. Im Gegensatz zu der klassischen Messung von Kriminalitätsfurcht durch den Standardindikator, der ausschließlich das Sicherheitsgefühl beim nächtlichen Spaziergehen durch die Straßen abfragt, erlaubt der hier vorgestellte Index Kriminalitätsfurcht auch die Messung von Unsicherheiten bezüglich der inzwischen in der Breite der Bevölkerung relevanten Internetkriminalität. Da das Surfen im Internet für die meisten Deutschen (knapp 75 Pro-

zent) zum Alltag gehört,²² ist natürlich auch die Furcht vor Internetkriminalität entsprechend prävalent. Daher stellt der Index zur Kriminalitätsfurcht als Messinstrument eine wichtige Erweiterung dar, um diese relativ neuen digitalen Kriminalitätsformen in ein runderes Bild der Kriminalitätsfurcht einzubinden.

22 Quelle: WISIND-Bevölkerungsbefragung, repräsentative Telefonbefragung durch TNS Emnid im Auftrag des DIW Berlin, Zeitraum Juli-September 2014 (siehe Kasten 1, hier gehen nur Befragte ein, die mindestens einmal wöchentlich das Internet nutzen).

Mathias Bug ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | mbug@diw.de

Martina Kraus ist studentische Mitarbeiterin in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | mkraus@diw.de

Bartosz Walenda ist studentischer Mitarbeiter in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | bartosz.walenda@uni-potsdam.de

ANALOG AND DIGITAL UNCERTAINTIES: A NEW PERSPECTIVE ON FEAR OF CRIME

Abstract: Measuring and explaining the fear of crime in criminology and its related disciplines has been a controversial issue for decades. The present report proposes a method of examining and measuring the fear of crime with a broader empirical basis than has been possible with standard indicators to date.

The extensive collection of information on concerns about and probability of being the victim of a crime has made it possible to describe, for the very first time, a well-founded fear of cyber-crime among the population. The empirical basis is a large-scale representative telephone survey with over 12,000 respondents conducted in the summer and fall of 2014.

The findings of this approach, developed by the authors to measure fear of crime, show that factors such as age, income, gender, education level, and migration have a substantially more minor role in the fear of crime than is often assumed in surveys. The findings also suggest a north-south divide in the fear of crime and show that individuals living alone are less afraid of crime. Victims of threats in the last two and a half years, however, have the strongest fear of crime – although this form of crime was allocated a lower damage value in previous surveys conducted with experts and with the general population.

JEL: K14, H56

Keywords: crime, fear of crime, indicator, fear

Lokale Kriminalitätsberichterstattung: Abbild oder Zerrspiegel von Kriminalität?

Von Eric van Um, Michael Huch und Mathias Bug

Der vorliegende Bericht analysiert die Kriminalitätsberichterstattung in Zeitungen und vergleicht diese mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung sowie der Furcht vor Kriminalität. Ein zentraler Befund ist, dass kriminalitätsbezogene Themen eine vergleichsweise geringe Rolle in den Lokalausgaben regionaler Abozeitungen spielen. Dies gilt zwar nicht in Bezug auf die Anzahl von Artikeln, aber sehr wohl für die Fläche, welche diese Artikel in der Gesamtberichterstattung einnehmen. Die häufig unterstellte Allgegenwart von Kriminalität in den Medien kann für die lokale Berichterstattung nur mit Einschränkungen bestätigt werden.

Ein Abgleich von Kriminalitätsberichterstattung mit der Polizeilichen Kriminalstatistik und dem WISIND-Kriminalitätsfurchtindikator zeigt darüber hinaus eine erhebliche Diskrepanz sowohl in geographischer als auch deliktsppezifischer Hinsicht: Deutlich wird einerseits eine in Printmedien auftretende überproportionale Fokussierung auf Gewalt-, Sexual- und Rohheitsdelikte und andererseits eine unterdurchschnittliche Berücksichtigung leichter Delikte. Die sich neu entwickelnde und die Bevölkerung in der großen Breite betreffende Internetkriminalität spielt in der lokalen Presselandschaft keine Rolle. Es lässt sich ein regional stark variierender Fokus auf Kriminalitätsberichterstattung belegen, der teilweise konträr zum offiziell bekannten Kriminalitätsgeschehen und zur Kriminalitätsfurcht steht.

Zeitungen¹ werden von der Mehrheit der Bürger als wichtige Quelle für Informationen über Kriminalität angesehen. Neben früheren Forschungsarbeiten² bestätigt eine für das WISIND-Projekt³ durchgeführte Online-Befragung diese Aussage.⁴ Zwei Drittel der Befragten gaben an, täglich Zeitung zu lesen, wovon 82,7 Prozent immer oder meistens die Berichterstattung über Kriminalität und innere Sicherheit verfolgen.⁵ Unge-

1 Der Bericht entstand im Rahmen des Forschungsprojektes *Ein Wirtschaftswissenschaftlicher Sicherheitsindikator für Deutschland (WISIND)*. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Förderlinie „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ ermöglicht. Die Konzeptionierung des WISIND-Projektes und die Entstehung der WISIND-eigenen Daten sind durch die zentrale Zusammenarbeit mit Kristina Meier, Johannes Rieckmann und Nina Wald entstanden. Die Autoren danken darüber hinaus Enrique Fernandez, Martina Kraus, Jan-Lucas Schanze und Bartosz Walenda für ihre Unterstützung während dieses Prozesses.

2 Vgl. dazu insbesondere Reuband, K.-H. (1998): Kriminalität in den Medien. Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme* 9 (2), 125–153; Kaiser, G. (2002): Medienkriminalität. Spiegel der Wirklichkeit oder Instrument der Kriminalpolitik? *Zeitschrift für Rechtspolitik* 35 (1), 30–34; Schönhagen, P., Brosius, H.-B. (2004): Die Entwicklung der Gewalt- und Kriminalitätsberichterstattung im lokalen Raum – hat sich die Selektionsschwelle langfristig verschoben. Publizistik: Vierteljahresshefte für Kommunikationsforschung 49 (3), 255–274; Raml, R. (2009): Sicherheitsgefühl & Sicherheitsbedürfnis in Österreich. In: Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (bmvi), Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung (Hrsg.): *Wissenschaft(f) Sicherheit. Ergebnisse bisheriger Untersuchungen. Sammelband des Sicherheitsforschungsprogramms KIRAS*, 41–50, www.kiras.at/fileadmin/dateien/allgemein/studien/KIRAS%20Studien%202009.pdf, abgerufen am 24. November 2014; Köhn, A., Bornwasser, M. (2012): Kriminalitätsfurcht: Ein Phänomen mit abnehmender Bedeutung? Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76648/kriminalitaetsfurcht, abgerufen am 8. Oktober 2014.

3 Das WISIND-Projekt hat zum Ziel, ein analytisch-deskriptives Lagebild zu Bedrohung und ihrer subjektiven Wahrnehmung zu liefern. Dies wird durch die Erfassung von Bedrohungen und Bedrohungswahrnehmungen im Zeitverlauf und mit räumlicher Differenzierung ermöglicht. Näheres dazu unter www.sicherheitsindikator.de.

4 Die Befragung wurde durch die Markt- und Meinungsforschung forsa GmbH durchgeführt. Dabei wurde die Grundgesamtheit offline in einem mehrstufigen Zufallsverfahren gezogen und beinhaltet 30 000 Zielpersonen. Unser erreichtes Sample besteht aus 2 532 Interviewten, wobei 517 Befragte das Internet nicht nutzen. Diese Personen wurden über ihren TV-Bildschirm befragt, Bug, M., Meier, K. (2015): Aufbereitung der Kriminalstatistik zu einem aussagekräftigen Bedrohungsbild – Vorschläge der Berechnung. DIW Wochenbericht Nr. 3/2015, 29.

5 Bug, M., Meier, K., Kroh, M., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND Datensätze – Gewichtung.

achtet veränderter Mediennutzung und der Relevanz alternativer Informationsquellen sind Zeitungen damit weiterhin eine bedeutsame Informationsquelle zum Thema Kriminalität. Kriminalitätsberichterstattung in Printmedien kann daher auch einen möglichen Einfluss auf Sicherheitswahrnehmungen und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung haben. Allerdings basieren bisherige Forschungsergebnisse zur Analyse von Kriminalitätsberichterstattung zum Großteil auf Studien, die sich auf überregional erscheinende Medien beschränken.⁶ Studien zur lokalen Berichterstattung wurden vorwiegend im nicht deutschen Raum⁷ oder mit einer begrenzten Anzahl von untersuchten Zeitungen⁸ durchgeführt. Ein lokaler Fokus ist allerdings notwendig, um Ängste und Kriminalität vor Ort abbilden zu können. Zu diesem Zweck wurde die GöfaK Medienforschung mit einer Analyse kriminalitätsbezogener Berichterstattung in 59 Regional- beziehungsweise Lokalteilen deutscher Abozeitungen beauftragt. Die Auswahl und Anzahl der Abozeitungen lässt die Analyse von lokaler Berichterstattung unterschiedlicher Regionen in Deutschland zu. In der Aggregation auf Bundeslandebene wird dadurch ein erster Eindruck lokaler Berichterstattung ermöglicht. Für bestimmte Bundesländer konnte allerdings aufgrund des Datenerhebungsverfahrens lediglich eine kleine Anzahl von Lokalausgaben berücksichtigt werden. Eine Übersicht dazu findet sich im Kasten.

Gegenüber früherer Forschung beschränkt sich diese Studie nicht ausschließlich auf die Analyse der *Anzahl* von kriminalitätsbezogenen Artikeln, um die Rolle von Kriminalität in lokalen Printmedien zu bestimmen; als kontrastierendes Maß wird zudem die *Fläche*⁹ einzelner Artikel berücksichtigt. Damit steht ein prä-

zises Messverfahren zur Verfügung, das die bisherigen Ansätze zur reinen Zählung von Artikeln sinnvoll ergänzt. Dadurch lässt sich bestimmen, welchen Stellenwert Kriminalität im Vergleich zur Gesamtberichterstattung in der deutschen lokalen Tagespresse einnimmt und in welchem Umfang über einzelne Kriminalitätstypen berichtet wird. Zum anderen erlaubt ein Abgleich der Medienauswertung mit Kriminalitätsstatistiken und subjektivem Sicherheitsempfinden der Frage nachzugehen, ob lokal ausgerichtete Kriminalitätsberichterstattung ein Abbild oder Zerrspiegel von Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht darstellt.

Der Anteil an Kriminalitätsberichterstattung

In der Konkurrenz um Leserzahlen zielen Zeitungen und andere Medien häufig auf eine Berichterstattung über Aufmerksamkeit erregende Themen und Ereignisse ab. Kriminalität gehört zu den Themen, die solch eine Aufmerksamkeit durch ihren hohen Nachrichtenwert versprechen. Es verwundert daher nicht, dass die Berichterstattung nach Aussage früherer Forschung einen ausgeprägten Bezug zu Kriminalitätsthemen aufweist.¹⁰ In der Auswertung der dem Bericht zugrunde liegenden Medienanalyse offenbart sich auf den ersten Blick ein ähnliches Bild für den lokalen Raum. Beinahe jeder dritte Beitrag in den untersuchten Lokalausgaben geht auf kriminalitätsbezogene Themen ein. Der Großteil dieser Beiträge hat einen starken regionalen Fokus: 37,7 Prozent der Berichte befassen sich mit Kriminalität in den Bundesländern der jeweiligen Zeitungen und sogar 54,4 Prozent nehmen das kriminelle Geschehen im direkten Einzugsgebiet der entsprechenden Lokalausgabe unter die Lupe.¹¹

Die in anderen Studien festgestellte Betonung kriminalitätsbezogener Berichterstattung lässt sich allerdings nur in Bezug auf die Anzahl von Artikeln bestätigen. Im Hinblick auf die Präsenz dieser Artikel, gemessen durch die Fläche, verändert sich das Ergebnis erheblich. Die kriminalitätsbezogenen Beiträge nehmen durchschnittlich lediglich 5,5 Prozent der Gesamtfläche der Lokalteile und damit einen relativ geringen Raum ein. Dies gilt für die analysierten Zeitungen in allen Bundesländern, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung. In Bayern fallen die Unterschiede vergleichsweise drastisch aus. Hier ist eine große Anzahl von Artikeln über Kriminalität vorhanden; dabei handelt es sich jedoch offensichtlich um eher kurze Beiträge. Häufige Aussagen zur Allgegenwart von Kriminalität in den Me-

6 Kepplinger, H.M. (2000): Die Entwicklung der Kriminalitätsberichterstattung. In: Bundesjustizministerium (Hrsg.): Kriminalität in den Medien. Köln, 58-77; Windzio, M. et al. (2007): Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung – Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006. Hannover, KFN-Forschungsbericht Nr. 103; Baier, D., Kemme, S., Hanslmaier, M., Doering, B., Rehbein, F., Pfeiffer, C. (2011): Kriminalitätsfurcht, Strafbefürnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung. Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010. KFN-Forschungsbericht Nr. 117; Kemme, S., Hanslmaier, M. (2012): Recht, Strafe und Kriminalität in der öffentlichen Wahrnehmung. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010, Wiesbaden; Vowe, G. (2013): Medienmonitoring Sicherheit. Unveröffentlicht, Barometer Sicherheit Deutschland (BaSiD).

7 Gordon, M.T., Heath, L. (1981): The News Business, Crime, and Fear. In: Lewis, D.A. (Hrsg.): Reactions to Crime. Beverly Hills, 227-250; Jaehing, W.B., Weaver, D., Fico, F. (1981): Reporting and fearing Crime in three Communities. Journal of Communication 31 (1), 88-96.

8 Reuband, K.-H. (1998), a. a. O.; Schönhagen, P., Brosius, H.-B. (2004), a. a. O.

9 Gemessen wird die Fläche eines Beitrags in cm². Sie wird durch gedruckte (oder imaginäre) Linien von anderen Beiträgen abgegrenzt. Fotos zu den Artikeln werden bei der Flächenbemessung berücksichtigt.

10 Baier, D. et al. (2011), a. a. O.

11 Demgegenüber beziehen sich nur 4,6 Prozent der Beiträge auf die nationale und 0,6 Prozent der Beiträge auf die internationale Ebene.

Kasten

Die Datenerhebung

Gerhard Vowe, Marco Dohle, Uli Bernhard und Holger Ihle (GöfaK-Institut) führten für das Jahr 2013 eine Analyse von Regional- und Lokalteilen von 31 Abozeitungen durch. Boulevardzeitungen (beispielsweise BILD-Zeitung, B.Z. Berlin, TZ München), wurden – ebenso wie Online-Ausgaben – nicht berücksichtigt. Die Anzahl der untersuchten Zeitungen aus einem Bundesland richtete sich nach der jeweiligen Einwohnerzahl. In der Regel¹ wurde die in einer Region auflagenstärkste Zeitung berücksichtigt. Von den 31 untersuchten Zeitungen wurde – mit drei Ausnahmen – jeweils eine Ausgabe im städtischen und im ländlichen Raum ausgewertet. Innerhalb des Jahres 2013 wurden von jeder Zeitung jeweils sechs Ausgaben (zu identischen Erscheinungsterminen) analysiert. Es wurde je eine Ausgabe aus sechs verschiedenen Wochentagen zufällig über das Jahr verteilt ausgewählt, um mögliche Unterschiede der Berichterstattung im Jahresverlauf abbilden zu können. Insgesamt wurden 354 Zeitungsausgaben analysiert, um die Rolle von Kriminalitätsberichterstattung zu bestimmen. Als Kriminalität wurden Vorfälle und Verhalten definiert, welche durch ein deutsches Strafgesetz mit Strafe bedroht sind. Nicht erfasst wurden Ordnungswidrigkeiten sowie Vergehen oder Gerichtsverfahren aus anderen Rechtsbereichen, wie Zivil-, Sport- oder Arbeitsrecht. Verkehrsdelikte wurden zwar erfasst aber nicht in die Analyse einbezogen, um Vergleichbarkeit mit der PKS und dem WISIND-Kriminalitätsfurchtindikator herzustellen. Die berücksichtigten Zeitungen sind in der Tabelle dargestellt.

¹ Nur in wenigen Fällen zeigten sich die Zeitungsverlage nicht kooperationsbereit. In diesen Fällen wurde die zweitstärkste regionale Zeitung analysiert.

Tabelle

Untersuchte Abozeitungen

Baden-Württemberg	Badische Neueste Nachrichten Badische Zeitung Stuttgarter Zeitung Südwest Presse
Bayern	Augsburger Allgemeine Main-Post Nürnberger Nachrichten Passauer Neue Presse Süddeutsche Zeitung
Berlin	Der Tagesspiegel
Brandenburg	Märkische Allgemeine
Bremen	Weser Kurier
Hamburg	Hamburger Abendblatt
Hessen	Frankfurter Allgemeine Zeitung Fuldaer Zeitung Hessische/Niedersächsische Allgemeine
Mecklenburg-Vorpommern	Schweriner Volkszeitung
Niedersachsen	Hannoversche Allgemeine Zeitung Neue Osnabrücker Zeitung
Nordrhein-Westfalen	Kölner Stadtanzeiger Neue Westfälische Rheinische Post Westdeutsche Allgemeine Zeitung Westfälische Nachrichten
Rheinland-Pfalz	Die Rheinpfalz
Saarland	Saarbrücker Zeitung
Sachsen	Freie Presse Leipziger Volkszeitung
Sachsen-Anhalt	Volksstimme
Schleswig-Holstein	Kieler Nachrichten
Thüringen	Thüringer Allgemeine

Quellen: Vowe et al. (2014): WISIND-Datensätze Zeitungsanalyse, DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

dien¹² sollten danach – zumindest im Hinblick auf die lokale Berichterstattung – relativiert werden.

Deliktspezifischer Vergleich von Berichterstattung und Kriminalitätsbelastung

Auf überregionaler Ebene berichten Medien mit ausführlicher Intensität über Kriminalität;¹³ die mediale Berichterstattung gibt allerdings nach Aussa-

ge vieler Forscher ein „verzerrte[s] Bild der realen Kriminalität“ wieder.¹⁴ Schwere Straftaten, wie Gewalt- und Sexualdelikte, werden in der Berichterstattung, ebenso wie bestimmte Täter- und Opfergruppen, überproportional abgedeckt.¹⁵ Dieses Ergeb-

¹² Baier et al. (2011), a. a. O., 8

¹³ Kemme, S., Hanslmaier, M. (2012), a. a. O.

¹⁴ Schönhagen, P., Brosius, H.-B. (2004), a. a. O., 272.

¹⁵ Schönhagen, P., Brosius, H.-B. (2004), a. a. O., 255; Hummelsheim, D., Jackson, J., Oberwittler, D. (2011): Social Insecurities and Fear of Crime: A Cross-National Study on the Impact of Welfare State Policies on Crime-related Anxieties. European Sociological Review 27 (3), 327–345.

nis wurde auch in Studien außerhalb Deutschlands nachgewiesen.¹⁶

Um die Präsenz von Kriminalität in Zeitungen auf der lokalen Ebene zu prüfen, werden in einem ersten Schritt die Ergebnisse der Zeitungsauswertung den offiziellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) gegenübergestellt. Die PKS gilt gerade im journalistischen Bereich als Grundlage für Informationen über Kriminalitätsbelastung und findet aus diesem Grund häufige Verwendung. Sie eignet sich daher in besonderem Maße, um eine mögliche Verzerrung von Kriminalität in Printmedien zu bewerten. Die Gegenüberstellung von PKS und Zeitungsberichterstattung mit deliktsspezifischer Differenzierung ist in der Tabelle dargestellt.

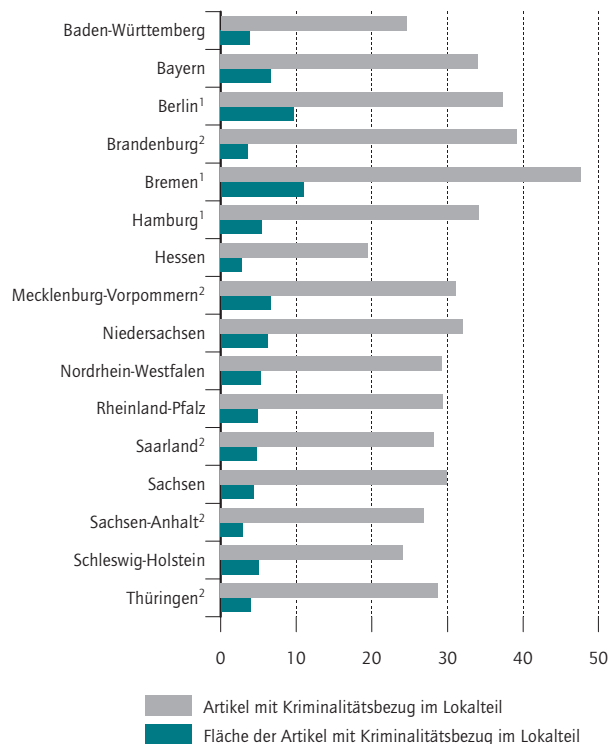
Die Ergebnisse bestätigen grundsätzlich frühere, auf überregionaler Ebene durchgeführte Studien, zur Darstellung von Kriminalität in Tageszeitungen und anderen Medien.¹⁷ Deutlich zeigt sich in der vorliegenden Auswertung eine überproportionale Berichterstattung über schwere Straftaten (Tötungs-, Sexual- und Rohheitsdelikte¹⁸). Machen Tötungs- und Sexualdelikte laut PKS lediglich 0,8 Prozent aller erfassten Kriminalitätsdelikte aus, so drehen sich in der Berichterstattung 19,0 Prozent (Anzahl der Artikel), beziehungsweise sogar 23,8 Prozent (Fläche der Artikel) um eines dieser beiden Themen. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass insbesondere Berichte zu Tötungsdelikten durch Bildmaterial ergänzt werden. Dies trifft auf beinahe jeden dritten Bericht zu. Ähnlich überproportional wird über Rohheitsdelikte berichtet. Diese machen 16,0 Prozent aller in der PKS erfassten Straftaten aus, gehen aber beinahe doppelt so häufig in die Kriminalitätsberichterstattung ein.

Demgegenüber wird über Alltagskriminalität wie Diebstahl und Betrug – sowohl im Hinblick auf die Anzahl als auch die Fläche von Artikeln – deutlich unterproportional berichtet. Der Anteil von Diebstahl sticht hier heraus: In der PKS stammen 42,7 Prozent aller Delikte aus diesem Bereich; demgegenüber befassen sich lediglich 13,5 Prozent der kriminalitätsbezogenen Artikel mit diesem Thema. In Bezug auf die Fläche

Abbildung 1

Kriminalitätsberichterstattung in den lokalen Printmedien

In Prozent der gesamten Lokalberichterstattung



1 In den Stadtstaaten wurde jeweils nur ein Lokalteil analysiert.

2 In diesen Bundesländern konnten jeweils nur zwei unterschiedliche Lokalteile analysiert werden.

Quellen: Vowe et al. (2014): WISIND-Datensätze Zeitungsanalyse, DIW Berlin; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Zahl der Artikel mit Kriminalitätsbezug unterstellt eine große Bedeutung für die lokale Berichterstattung; der Einbezug der genutzten Flächen bestätigt dieses Bild jedoch nicht.

der Artikel über Diebstahl verstärkt sich diese Diskrepanz sogar erheblich.¹⁹

Auch für Kriminalität mit Tatmittel Internet hat die Aussage einer verzerrten medialen Darstellung Gültigkeit. In der lokalen Berichterstattung wird die Relevanz von Internetkriminalität – trotz einer zunehmenden Bedeutung für die Bevölkerung vor Ort, die Polizei²⁰ und die

¹⁶ Auswertungen der Kriminalitätsberichterstattung in Zeitungen in Großbritannien und den USA erbrachten beispielsweise ähnliche Ergebnisse, Jaehing, W. B. et al. (1981), a. a. O., 90. In einer älteren ausführlichen Analyse von Tageszeitungen in 26 Städten in den USA konnten Liska und Baccaglini (1990) feststellen, dass Tötungsdelikte in der Zeitungsberichterstattung 29,9 Prozent der Kriminalitätsberichterstattung ausmachten, in der Realität aber nur für 0,02 Prozent aller Delikte verantwortlich waren, vgl. Liska, A. E., Baccaglini, W. (1990): Feeling Safe by Comparison: Crime in the Newspapers. Social Problems 37 (3), 360-374.

¹⁷ Vgl. beispielsweise Kepplinger, H. M. (2000), a. a. O.

¹⁸ Darunter werden Raub- und Freiheitsdelikte sowie Körperverletzung verstanden.

¹⁹ Eine Ausnahme in diesem Deliktbereich ergibt sich in der Berichterstattung zu Einbrüchen. Hier wird – sowohl was die Anzahl an Artikeln als auch deren Fläche betrifft – die Bedeutung des Deliktbereichs recht gut in den Anteilen an der Berichterstattung gespiegelt.

²⁰ Bundeskriminalamt (2013): Cybercrime, Bundeslagebild 2013. www.bka.de/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Cybercrime/cybercrime__node.html?__nnn=true, abgerufen am 24. Februar 2015.

Tabelle

Kriminalität in der lokalen Berichterstattung

Anteile in Prozent

Deliktart	Deliktarten mit direktem Einfluss auf das Individuum in der PKS 2013	Zahl der Artikel mit deliktspezifischem Bezug ¹	Fläche der Artikel mit deliktspezifischem Bezug ¹
Mord und Totschlag	0,04	13,23	16,94
Sexualstraftaten	0,72	5,73	6,88
Rohheitsdelikte	15,96	30,03	27,02
Einbruch	6,36	9,91	7,76
Diebstahl	42,66	13,53	8,44
Betrug	18,91	8,35	9,67
Sonstige	14,27	16,45	19,91
Nebengesetze	0,02	2,62	3,24
Internetkriminalität	1,05	0,15	0,15

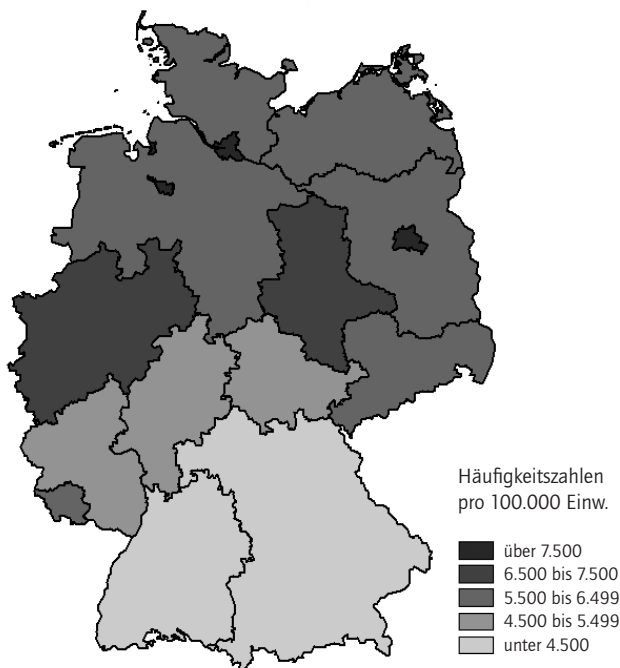
¹ Ohne Verkehrsdelikte, ohne vorkriminellen Bereich.

Quellen: BKA (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik; Vowe et al. (2014): WISIND-Datensätze Zeitungsanalyse, DIW Berlin; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die lokale Berichterstattung stellt insbesondere auf Gewalt ab. Die neue und viele Menschen betreffende Internetkriminalität spielt hingegen keine Rolle.

Abbildung 2

Häufigkeitszahlen der registrierten Straftaten mit direktem Einfluss auf Individuen aus der PKS 2013 nach Bundesländern

Quellen: BKA (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Verteilung der polizeilich gemeldeten Delikte folgt einem Nord-Süd-Gefälle. Anhand der Unterschiede zwischen Stadt- und Flächenstaaten lässt sich auch bereits ein Stadt-Land-Gefälle erkennen.

Wirtschaft²¹ – nicht reflektiert.²² In relativen Anteilen nehmen Kriminalitätsformen über das Internet in der PKS einen sieben Mal so hohen Stellenwert wie in der Berichterstattung ein. Durch den hohen Anteil nicht polizeilich erfasster Straftaten (das sogenannte Dunkelfeld) im Bereich der Internetkriminalität ist die Diskrepanz zwischen tatsächlicher Kriminalitätsbelastung und medialer Reflektion sogar noch deutlich höher.²³ In absoluten Zahlen stehen deutschlandweit 50 880 Meldungen in der PKS nur drei Zeitungsartikel in der erhobenen Stichprobe gegenüber. Die Diskrepanz ist einerseits wenig verwunderlich. Internetkriminalität lässt sich kaum visualisieren und die Personalisierung der Kriminalitätsform beschränkt sich häufig primär auf die Opfer, da die Täter nicht bekannt beziehungsweise nicht vor Ort sind. Andererseits betrifft Internetkriminalität breite Teile der Gesellschaft und stellt damit eine zentrale Veränderung im Kriminalitätsgeschehen vor Ort dar.

Vergleich von Berichterstattung und Kriminalität in den Bundesländern

Neben der deliktspezifischen Differenzierung bietet sich eine räumliche Differenzierung der Gesamtstichprobe zum punktuellen Vergleich zwischen der Berichterstattung und Kriminalitätsbelastung bzw. Kriminalitätsfurcht vor Ort an.²⁴

In einem ersten Schritt eignet sich wiederum die PKS zum regionalen Abgleich mit der Kriminalitätsberichterstattung, die in Abbildung 2 dargestellt wird.

Insgesamt offenbart sich ein inkonsistentes Bild: Zum einen lassen sich Bundesländer mit hoher Übereinstimmung von Kriminalitätsbelastung und medialer Reflektion von Kriminalität identifizieren. Die Ergebnisse für Baden-Württemberg zeigen beispielsweise eine geringe Kriminalitätsberichterstattung, welche die geringe Kriminalitätsbelastung im Bundesland adäquat reflektiert. Zum anderen gibt es Fälle mit inkonsistenter medialer Reflektion. Eine sehr geringe Kriminalitätsbelastung wird zum Beispiel in Bayern von hoher medialer Kriminalitätsberichterstattung begleitet. Das Gegenteil

²¹ Vgl. dazu beispielsweise WELT online, www.welt.de/politik/deutschland/article128845865/Cybercrime-schadet-Deutschland-am-staerksten.html, abgerufen am 24. Februar 2015.

²² Erfasst wurde Internetkriminalität hier in einem engeren Sinne, der Wirtschaftskriminalität ausschließt. Die erfassten Delikte umfassen Phishing, Identitätsdiebstahl, Waren- und Dienstleistungsbetrug im Internet sowie den Einsatz von Schadsoftware. Diese Formen von Internetkriminalität werden als Kriminalität mit Tatmittel Internet bezeichnet.

²³ Vgl. dazu Bug, M., Kroh, M., Meier, K. in diesem DIW Wochenbericht.

²⁴ Zu beachten ist unbedingt, dass die Aussagen lediglich auf Basis des erreichten Samples gemacht werden. Dieses Sample ist nicht repräsentativ für die gesamte Zeitungslandschaft in Deutschland oder in den Bundesländern.

trifft für Nordrhein-Westfalen zu: Dort spielt Kriminalität in den Lokalausgaben trotz vergleichsweise hoher Kriminalitätsbelastung keine zentrale Rolle.

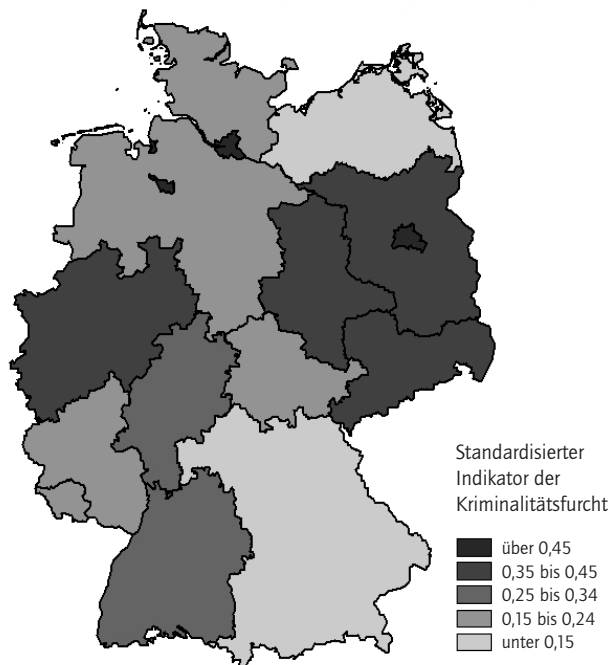
Neben der Frage, inwiefern Kriminalitätsberichterstattung die tatsächliche Kriminalität in Deutschland erfasst, ist der Zusammenhang von medialer Berichterstattung und Furcht vor Kriminalität von besonderem Interesse. Medienberichterstattung kann die Furcht der Bevölkerung vor Kriminalität verstärken, da diese intensiv über bestimmte schwerwiegende, tatsächlich aber nur selten auftretende Deliktarten (vor allem Gewalt- und Sexualdelikte), berichtet. Ein direkter Zusammenhang zwischen Kriminalitätsberichterstattung und Kriminalitätsfurcht konnte bisher zwar nicht eindeutig belegt werden;²⁵ ein indirekter Zusammenhang gilt jedoch als wahrscheinlich.²⁶ Erschwert wird dieser Nachweis insbesondere dadurch, dass neben dem potentiellen Einfluss von Medienkonsum ein Bündel unterschiedlicher Faktoren auf individueller, nachbarschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene als ursächlich für Kriminalitätsfurcht gelten.²⁷

Durch den WISIND-Indikator für Kriminalitätsfurcht²⁸ wird eine regional differenzierte Erfassung von subjektivem Sicherheitsempfinden in Deutschland ermöglicht (Abbildung 3). Im Abgleich mit Abbildung 2 werden darüber hinaus Parallelen beziehungsweise Gegensätze zur Rolle der Kriminalität in der lokalen Berichterstattung deutlich.

In diesem Abgleich offenbart sich – wie im Fall der deliktspezifischen Betrachtung – ein inkonsistentes Bild: Die vorhandene Ungleichverteilung von Kriminalitätsfurcht in Deutschland geht nicht mit einer analogen Ungleichverteilung der Kriminalitätsberichterstattung einher. In Baden-Württemberg trifft beispielsweise eine vergleichsweise niedrige Kriminalitätsberichterstattung auf eine recht niedrige Kriminalitätsbelastung – trotzdem weist die Bevölkerung dort eine überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsfurcht auf. Dieser Abgleich trifft allerdings keine Aussage über einen möglichen direkten Einfluss von Berichterstattung auf

Abbildung 3

Indikator der Kriminalitätsfurcht¹



¹ Bevölkerungsgewichtet.

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Kriminalitätsbefragung/Kriminalitätsgewichtung/Soziale Netzwerke; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Kriminalitätsfurcht in Deutschland ist auf einem allgemein niedrigen Niveau, innerhalb dieses Rahmens liegen jedoch durchaus messbare Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Kriminalitätsfurcht, wofür eine umfangreichere Stichprobe notwendig wäre.

Fazit

Es lassen sich aus der hier vorliegenden Analyse eine Reihe von Erkenntnissen ableiten. Gegenüber der dominanten Forschungsorientierung, Kriminalitätsberichterstattung überregional zu erfassen, bietet der hier vorliegende Bericht eine Auswertung von Lokalteilen regionaler Abozeitungen. Nur dadurch lässt sich die Reflektion von Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht vor Ort abbilden. Die Berücksichtigung von Anzahl und Fläche der Zeitungsartikel über Kriminalität erlaubt zudem eine präzise Erfassung von Kriminalitätsberichterstattung und relativiert bisherige Einschätzungen zur medialen Fokussierung auf Kriminalität. Zwar beziehen sich vergleichsweise viele Berichte auf diesen Themenbereich; die eingenommene Fläche dieser Artikel bleibt jedoch im Verhältnis zur Gesamtfläche aller Artikel relativ gering. Im Abgleich mit tat-

²⁵ Windzio, M. et al. (2007), a. a. O., 7-8.

²⁶ Windzio, M. et al. (2007), a. a. O., 7; Reuband, K.-H. (1998), a. a. O., 126; Kemme, S., Hanslmaier, M. (2012), a. a. O., 5; Köhn, A., Bornewasser, M. (2012), a. a. O.

²⁷ Ziegler, D., Kudlacek, D., Fischer, T. (2011): Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Sicherheit, Forschungsforum Öffentliche Sicherheit an der Freien Universität Berlin, www.sicherheitforschung.de/schriftenreihe/sr_v_v/sr_5.pdf, abgerufen am 24. November 2014; Köhn, A., Bornewasser, M. (2012), a. a. O.

²⁸ Dabei werden neben Bevölkerungsbefragungen zur Kriminalitätsfurcht auch Kommunikationsdaten in sozialen Netzwerken und die private Nutzung von Sicherheitsprodukten in einem Indikator zusammengefasst. Vgl. Bug, M., Kroh, M., Meier, K. in diesem Wochenbericht.

sächlicher Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht bestätigt die Auswertung von lokaler Kriminalitätsberichterstattung die Annahme einer medialen Verzerrung. Auch auf lokaler Ebene berichten Zeitungen überproportional über schwere Delikte. Lokale Berichterstattung unterliegt damit einer mit der überregionalen Ebene vergleichbaren Handlungslogik, die den hohen Nachrichtenwert von Gewaltdelikten aufgreift. Dadurch wird entsprechend das offiziell registrierte Kriminalitätsaufkommen verzerrt. Das zeigt sich ebenso bei weniger schweren Delikten: Kriminalitätsformen mit Bezug zum Internet werden beispielsweise – trotz hoher Betroffenheit in städtischen, wie auch ländlichen Gebieten – kaum in den lokalen Printmedien reflektiert.

Um ein umfassenderes Bild der Kriminalitätsberichterstattung und des potentiellen Einflusses auf das Sicherheitsempfinden zu erhalten, müsste die hier vorgestellte Studie um eine größere Bandbreite von Zeitungen (einschließlich Boulevardzeitungen), eine höhere Zahl an Auflagen einzelner Zeitungen sowie zusätzliche Medien (Fernsehen, Radio sowie Online-Medien und sozia-

le Netzwerke) ergänzt werden. Der zunehmenden Rolle von sozialen Netzwerken (wie Facebook und Twitter), welche eine Brücke zwischen Medienberichterstattung und nutzergenerierter Kommunikation darstellen kann, wurde bereits in ersten Ansätzen im WISIND-Projekt Rechnung getragen.²⁹

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die hier ermittelte hohe Wiedergabe drastischer Kriminalitätserscheinungen sowie das völlige Fehlen der Berichterstattung über die – die breite Bevölkerung betreffende Internetkriminalität – ist aus der Sicht einer objektiv-informierenden Berichterstattung problematisch. Die Mittlerfunktion der Medien zwischen Politik und Gesellschaft ist gerade auf lokaler Ebene von enormer Bedeutung. Die Medien scheinen aber nicht immer ihrem Ziel gerecht zu werden.

²⁹ Siehe den Beitrag von Rieckmann, J., Schanze, J.-L. in diesem DIW Wochenbericht.

Eric van Um ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | evanum@diw.de

Michael Huch ist Praktikant in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | michael.huch@vwl.uni-freiburg.de

Mathias Bug ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | mbug@diw.de

LOCAL CRIME REPORTING: TRUE REFLECTION OR DISTORTED IMAGE OF CRIME?

Abstract: The present report analyzes crime reporting in newspapers and compares this to actual crime rates and fear of crime. One key finding is that crime-related issues play a comparatively minor role in local editions of regional subscription newspapers. While this does not apply to the number of articles, it certainly does apply to the areas covered in these articles. It is often alleged that crime in the media is ubiquitous but this can only be confirmed to a limited degree in local reporting.

A comparison of crime reporting with police crime statistics and the WISIND indicator on the fear of crime also shows

a significant discrepancy, both geographically and in terms of specific offenses. First, there is clearly a disproportionately high focus in the print media on violent and sex offenses and, second, there is below-average reporting of more minor offenses. Consequently, cybercrime is relatively insignificant in the local media landscape even though it affects a broad cross-section of the population. The focus of crime reporting varies from one region to another and contradicts the official crime figures and fear of crime to some extent.

JEL: K14, R19, H56, H77, H79, H80

Keywords: security, crime, indicator, fear, fear of crime, home affairs, police, inner security, threat, crime statistics, police statistics, crime reporting, media analysis, local newspaper analysis, local media analysis

Tatort Internet: Kriminalität verursacht Bürgern Schäden in Milliardenhöhe

Von Johannes Rieckmann, Martina Kraus

Internetkriminalität kann für die Betroffenen erhebliche Kosten zur Folge haben. Bisherige Ansätze der Quantifizierung konzentrierten sich meist auf Schäden für Unternehmen. Offizielle Angaben zu Schäden für Privatpersonen beruhen in erster Linie auf den polizeilich erfassten Fällen, dadurch wird die tatsächliche Belastung der Bürger aber nicht annähernd wiedergegeben. In der vorliegenden Untersuchung, die auf einer breit angelegten Befragung beruht, wird der finanzielle Schaden für Privatpersonen abgeschätzt. Er beläuft sich in vier wichtigen Bereichen der Internetkriminalität – Phishing, Identitätsbetrug, Waren- und Dienstleistungsbetrug und Schadsoftware – jährlich auf insgesamt 3,4 Milliarden Euro, dies entspricht 0,1 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Der Gebrauch des Internets ist alltäglich und unverzichtbar geworden. Aus einer vom DIW Berlin durchgeführten Befragung¹ geht hervor, dass 72 Prozent der Bevölkerung das Internet täglich, zumindest aber mehrmals in der Woche oder im Monat nutzen. Nur noch gut ein Viertel der Bürger gibt an, nie oder sehr selten im Internet aktiv zu sein. Durch seine Rolle im Alltag kommt dem Internet auch als Kriminalitätsfeld mehr und mehr Bedeutung zu. Bisherige Studien der Kriminalitätsforschung weisen zwar auf ein großes Dunkelfeld bei Internetkriminalität hin, vermessen dieses unbekante Gebiet aber nicht.² Diese Datenlücke versucht ein Teilbereich des WISIND-Projektes zu schließen. In diesem Bericht werden vier Kategorien der Internetkriminalität auf ihre Bedeutung untersucht. Diese umfassen Phishing³, Identitätsbetrug, Waren- und Dienstleistungsbetrug sowie Angriffe mit Schadsoftware. Zwischen Juli und September 2014 wurden dafür gut 12 000 Personen in Deutschland telefonisch zu ihrer Erfahrung mit und ihrer Wahrnehmung von Internetkriminalität

¹ Die Befragung wurde im Rahmen des Forschungsprojekts *Ein Wirtschaftswissenschaftlicher Sicherheitsindikator für Deutschland (WISIND)* durchgeführt. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Förderlinie „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ ermöglicht. Die Konzeptionierung des WISIND-Projektes sowie die Erhebung und Analyse der WISIND-eigenen Daten sind in Zusammenarbeit mit Martin Kroh, Mathias Bug, Kristina Meier, Eric van Um und Nina Wald sowie den Mitarbeitern des Brandenburgischen Instituts für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) entstanden. Die Autoren danken darüber hinaus Enrique Fernandez, Jan-Lucas Schanze und Bartosz Walenda für ihre Unterstützung während dieser Prozesse.

² Siehe zum Beispiel European Social Survey (2012): Main Questionnaire. www.europeansocialsurvey.org/docs/round6/fieldwork/source/ESS6_source_main_questionnaire.pdf, Zugriff am 02.03.2015; Europäische Kommission (2014): Special Eurobarometer 423. 41–78, ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_423_en.pdf, Zugriff am 02.03.2015; Baier, D. et al. (2011): Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung. 133–139, www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob117.pdf, Zugriff am 20.02.2015; Birkel, C. et al. (2014): Der Deutsche Viktimisierungssurvey. 27–30, www.mpicc.de/files/pdf3/a7_2014_Viktimisierungssurvey_2012.pdf, Zugriff am 20.02.2015; LKA Niedersachsen (2013): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. 19–25, www.mi.niedersachsen.de/download/82334, Zugriff am 26.02.2015.

³ Unter Phishing versteht man Missbrauch von Bankkonten oder Kreditkarten mittels über das Internet betrügerisch erlangter geheimer Passwörter.

befragt. Aufgrund der Größe und Repräsentativität der Befragung erlaubt diese eine genauere Einschätzung des Dunkelfeldes, sowohl bezüglich der Fallzahlen, das heißt der Viktimisierung durch Internetkriminalität, als auch der daraus entstehenden finanziellen Kosten.

Internetkriminalität ist bislang überwiegend unsichtbar

Die polizeiliche Kriminalstatistik wird jährlich vom Bundeskriminalamt veröffentlicht und liefert eine Übersicht zu den Fallzahlen in einzelnen Deliktgruppen.⁴ Allerdings tauchen nur diejenigen Fälle in der Statistik auf, die bei der Polizei zur Anzeige gebracht oder von dieser aufgrund eigener Ermittlungstätigkeit entdeckt werden (das so genannte Hellfeld). Relativ zuverlässig angezeigt werden Delikte, die als versicherbar gelten.⁵ Auf der anderen Seite gibt es Kriminalitätsbereiche, bei denen viele Taten gar nicht zur Anzeige gebracht werden. Bei Internetkriminalität ist das Dunkelfeld besonders groß, wie auch dieser Bericht bestätigt.

Auf der Basis der oben genannten Befragung können eine auch das Dunkelfeld umfassende Fallzahl und der daraus entstandene Gesamtschaden errechnet werden. Solche Schadensschätzungen gibt es bereits für den gewerblichen,⁶ nicht jedoch für den privaten Bereich.

Die auf der Befragung basierenden Hochrechnungen bieten Zahlen für den Zeitraum von Anfang 2012 bis September 2014, die anschließend in durchschnittliche Jahreswerte umgerechnet werden.⁷ In der Untersuchung wird nach den oben genannten vier Deliktformen differenziert. Für diese ergibt sich auf Basis der Repräsentativbefragung ein Gesamtumfang von mehr als 14,7 Millionen Fällen pro Jahr. Nach der polizeilichen Kriminalstatistik belief sich die Zahl der Delikte im Bereich Information und Kommunikation im Jahr 2013 dagegen auf lediglich 64 426 Fälle.⁸

Schäden lassen sich in Geldwerten ausdrücken

Die Schwere von bestimmten Delikten kann anhand des Schadens an Leib und Leben, der Einschränkung der Lebensqualität und seelischer Belastung oder auch durch die daraus entstehenden finanziellen Kosten beurteilt werden. Letztere Methode wird häufig in der Wirtschafts-, aber auch in der Kriminalitätsforschung benutzt.⁹ Im Bereich Internetkriminalität fällt der finanzielle Aspekt mutmaßlich weit mehr ins Gewicht als andere Schadensdimensionen, und er lässt sich quantitativ erfassen.

Die Kosten im Bereich Internetkriminalität lassen sich in fünf Kategorien einordnen: Erstens sind antizipierende Kosten zu berücksichtigen, das heißt Schutzausgaben (etwa für Antivirus-Software oder Versicherungsbeiträge), die mögliche zukünftige Schäden durch Internetkriminalität verhindern oder abfedern sollen. Zweitens gibt es unmittelbare Kosten, die durch Internetkriminalität entstehen. Diese können Verluste wie unrechtmäßige Kontobelastungen oder erpresste Gelder umfassen. Drittens spricht man von Kompensationskosten, die als Reaktion auf Internetkriminalität entstehen (zum Beispiel Entschädigung von Opfern). Nicht zu vernachlässigen sind viertens auch mittelbare Verluste wie reduzierte Wettbewerbsfähigkeit im Fall von Diebstahl geistigen Eigentums. Diese spielen in diesem Bericht keine Rolle, da sich die Untersuchung nicht auf Unternehmen, sondern auf Individuen bezieht. Schließlich spielen fünftens Kosten im weiteren Sinn eine Rolle, die zum Beispiel Reputationsverluste oder Vertrauensverlust in internetbasierte Transaktionen umfassen.¹⁰

Bisherige Studien zu Internetkriminalität greifen in Ermangelung von Daten zu konkreten Schadenssummen oft auf ökonomische Schätzverfahren zurück.¹¹

⁴ Bundesministerium des Innern (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik. 16–23. www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2014/06/PKS2013.pdf?__blob=publicationFile, Zugriff am 20.02.2015. Für eine kritische Betrachtung siehe Sessar, K. (2012): Kriminalitätswirklichkeit im Licht des Dunkelfeldes. In: Festschrift für Wolfgang Heinz, Baden-Baden, 265; Bug, M., Meier, K. (2015), a. a. O.

⁵ Für eine Auseinandersetzung zu Hell- und Dunkelfeld siehe Heinz, W. (2006): Zum Stand der Dunkelfeldforschung in Deutschland. In: Obergfell-Fuchs, J., Brandenstein, M. (Hrsg.): Nationale und internationale Entwicklungen in der Kriminologie. Festschrift für Helmut Kury zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M., 242.

⁶ KPMG schätzt die Schäden bei Unternehmen für 2012 und 2014 auf insgesamt 54 Milliarden Euro, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.03.2015; siehe auch www.kpmg.com/DE/de/Documents/e-crime-studie-2015.pdf, Zugriff am 11.03.2015.

⁷ Da das Jahr 2014 von der Befragung nur zu zwei Dritteln abgedeckt wird, werden für die Berechnung von Jahreswerten die Zahlen für den Gesamtzeitraum nicht durch drei, sondern durch 2 2/3 dividiert.

⁸ Siehe hierzu BKA (2013): Bundeslagebild Cybercrime. 5.

⁹ Bug, M., Meier, K. (2014): Herausforderungen bei der Messung von Kriminalität. DIW Roundup 24, 4; siehe auch Miller T., Cohen, M. A., Wiersema, B. (1996): Victim Costs and Consequences: A New Look. Washington, D.C., U.S. Department of Justice, purl.access.gpo.gov/GPO/LPS91581, Zugriff am 12.06.2014, Office of Justice Programs, National Institute of Justice; sowie für den europäischen Raum Entorf, H., Spengler, H. (2002): Crime in Europe: Causes and Consequences. Und für Deutschland Entorf, H., Sieger, P. (2010): Unzureichende Bildung: Folgekosten durch Kriminalität. Research Report on behalf of Bertelsmann Stiftung, 11/2010, www.wiwi.uni-frankfurt.de/fileadmin/user_upload/dateien_abteilungen/abt_ewf/LS_Entorf/doc/Entorf/Abschlussbericht.pdf, Zugriff am 12.06.2014.

¹⁰ Anderson, R., Barton, C., Böhme, R., Clayton, R., van Eeten, M. J. G., Levi, M., Moore, T., Savage, S. (2013): Measuring the Cost of Cybercrime. In: Böhme, R. (Hrsg.): The Economics of Information Security and Privacy. Heidelberg, weis2012.econinfocsec.org/papers/Anderson_WEIS2012.pdf, Zugriff am 23.02.2015.

¹¹ Während das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die monetäre Bewertung der Fälle von Internetkriminalität in seinen Publikationen bislang in der Regel vermeidet und eher Fallzahlen schätzt, für 2010 beispielsweise 1,107 Millionen Phishing-Fälle, siehe BSI (2011): Lagebericht IT-Sicherheit in Deutschland. 23, nennt das Bundeskriminalamt

Der Fokus vieler Umfragen liegt auf den finanziellen Schäden für Unternehmen oder Staaten,¹² nicht aber auf den Kosten für die von Internetkriminalität betroffene Bevölkerung direkt.¹³ Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden dagegen die den Bürgern entstandenen finanziellen Schäden konkret abgefragt (Kasten). Dies ermöglicht eine genauere Berechnung der Kosten, die durch Internetkriminalität in Deutschland von 2012 bis 2014 entstanden sind. Hierbei liegt das Augenmerk auf den unmittelbaren Kosten. Die oben genannten Kategorien der antizipierenden bzw. mittelbaren Kosten können mangels entsprechender Daten nicht einbezogen werden.

Jeder Fünfte Opfer von Internetkriminalität

Von den 11 877 Befragten¹⁴ gaben 2 580 (gut ein Fünftel)¹⁵ an, zwischen Anfang 2012 und Spätsommer 2014 Opfer von Internetkriminalität geworden zu sein. In 1 439 Fällen waren dieselben Befragten sogar mehrfach betroffen. Die Fallzahlen sind daher um einiges höher als die Zahl der Opfer. Von den sich aus der Hochrechnung ergebenden 14,7 Millionen jährlichen Fällen von

(BKA) Geldsummen: Laut der Behörde belief sich der Schaden im Bereich Computerbetrug und Betrug mit Zugangsdaten für das Jahr 2013 in Deutschland auf rund 42,6 Millionen Euro (2012 auf 42,5 Millionen Euro) und im Bereich Phishing auf 16,4 Millionen Euro (2012 auf 13,8 Millionen Euro), siehe BKA (2013): Bundeslagebild Cybercrime. 7 f. Die Global Fraud Study von 2012 untersucht 1 388 Fälle weltweit und schätzt den Median aller Verluste durch Betrug auf umgerechnet 125 000 Euro, siehe ACFE (2012): Global Fraud Study. Report to the Nations on Occupational Fraud and Abuse. 4 ff.

12 Die Kosten von Internetkriminalität in Deutschland wurden von McAfee und dem Center for Strategic and International Studies gemeinsam auf 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschätzt, also auf etwa 46 Milliarden Euro, McAfee (2014): Net Losses: Estimating the Global Cost of Cybercrime. Center for Strategic and International Studies, 5 f. Von Symantec wurden die Kosten durch Cybercrime in Deutschland im Jahr 2013 auf umgerechnet etwa 3,5 Milliarden Euro insgesamt sowie etwa 240 Euro pro Geschädigten geschätzt, Symantec (2013): Norton Report 2013. www.symantec.com/content/en/us/about/presskits/b-norton-report-2013.de_de.pdf, Zugriff am 23.02.2015.

13 Kosten für Bürger des Vereinigten Königreichs belaufen sich im Bereich Identitätsdiebstahl laut Detica-Report auf umgerechnet 2,3 Milliarden Euro, bei Online-Betrug auf 1,9 Milliarden Euro sowie bei sogenannter "Scareware" und falschen Antivirusprogrammen auf 41 Millionen Euro, siehe Detica (2011): The Cost of Cybercrime. A Detica Report in Partnership with the Office of Cyber Security and Information Assurance in the Cabinet Office, 18, www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/60943/the-cost-of-cyber-crime-full-report.pdf, Zugriff am 19.02.2015.

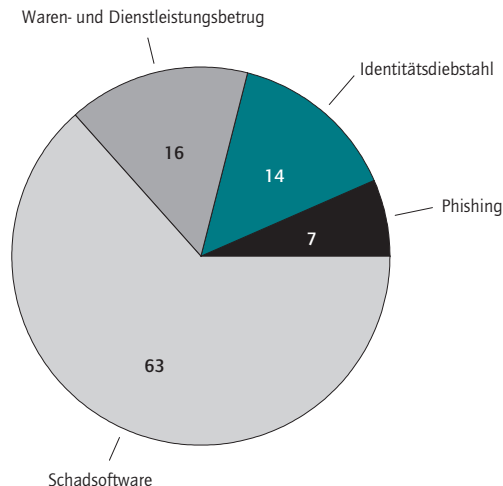
14 Die Angaben von 217 der insgesamt 12 094 Befragten finden in dieser Studie aufgrund fehlender Teilinformationen keine Berücksichtigung.

15 Siehe hierzu auch die Pressemitteilung zum „Bundeslagebild Cybercrime 2013“ von Bundeskriminalamt und BITKOM: „Nach einer repräsentativen BITKOM-Umfrage unter 1 000 Internetnutzern in Deutschland sind mit 55 Prozent mehr als die Hälfte in den vergangenen 12 Monaten Opfer von Internetkriminalität geworden. Das entspricht rund 29 Millionen Betroffenen.“ Dort werden auch nicht folgenschwere Infektionen mit Schadprogrammen sowie weitere Kategorien von Internetkriminalität eingerechnet. www.bka.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2014/140827_BundeslagebildCybercrime.html?__nnn=true, Zugriff am 03.03.2015; ferner Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.08.2014, 15. Die schufa errechnete für 2013 auf Basis einer Umfrage einen Anteil der Opfer von Identitätsdiebstahl oder -missbrauch von 21 Prozent. www.schufa.de/de/private/presse/aktuellepressemittelungen/130913_jeder_fuenfte_deutsche_war_bereits_opfer_eines_identitaetsdiebstahls.jsp, Zugriff am 11.03.2014.

Abbildung 1

Bedeutung der einzelnen Kategorien von Internetkriminalität

Anteile an der Gesamtzahl der Fälle in Prozent



Quellen: Befragung im Rahmen des WISIND-Projekts; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

Delikte mit Schadsoftware sind die mit Abstand dominierende Form von Internetkriminalität.

Internetkriminalität entfallen 63 Prozent auf Delikte mit Schadsoftware (Abbildung 1).¹⁶ Dabei sind solche Fälle bereits herausgerechnet, die aufgrund von automatisierten Abwehrmaßnahmen (zum Beispiel Antivirus-Software) nach Auskunft der Betroffenen zu keinem weiteren Schaden führten.

Auch unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und trotz der „grenzenlosen“ Natur von Internetkriminalität – bei dem der Erfolgsort meist fern des Tatbegehungsortes liegt – lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern erkennen (Tabelle 1). Die in der Tabelle dargestellte stärkere Betroffenheit der alten gegenüber den neuen Bundesländern könnte zum einen durch unterschiedliche infrastrukturelle Möglichkeiten der Internetnutzung erklärt werden. Zum anderen haben der demografische Wandel und die Landflucht in bestimmten Bundesländern zur Folge, dass anteilig weniger Internetnutzer dort leben. Auch dies könnte erklären, warum die Fallzahlen der Internetkriminalität hier pro Kopf niedriger sind. Ein bun-

16 Aufgrund des Mindestalters der Befragten von 16 Jahren könnte die Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung – der auch jüngere, das Internet nicht für Transaktionen nutzende Personen angehören – die Schadenshöhe etwas überschätzen.

Kasten

Bevölkerungsbefragung zu Internetkriminalität

Im Rahmen des WISIND-Projekts wurde von TNS Emnid eine repräsentative computergestützte Telefonbefragung zwischen Juli und September 2014 von 12 094 Personen durchgeführt. 20 Prozent der Befragten wurden per Mobilfunknummer angerufen, um einen systematischen Ausschluss von Personen ohne Festnetzanschluss zu vermeiden. Alle Befragten waren aus rechtlichen Gründen mindestens 16 Jahre alt. Pro Landkreis wurden mindestens 15 Telefonnummern zufällig ausgewählt, darüber hinaus waren die Landkreise proportional zu ihrer Bevölkerungsgröße vertreten. Innerhalb des erreichten Haushaltes wurde der Gesprächspartner nach einem Zufalls-Auswahlverfahren bestimmt. Den Gesprächspartnern wurden zum Bereich Internetkriminalität folgende Fragen gestellt:

Wortlaut der Fragen ...

... *bezogen auf die Zahl der Fälle (Viktimisierung)*

Phishing: „Wurde seit Anfang 2012 bis heute Ihr Kredit- oder Bankkonto durch jemanden unrechtmäßig belastet, der Ihre geheimen Passwörter über das Internet betrügerisch erlangt hat?“

Antwortkategorien: „Ja“; „Nein“; „Weiß nicht“; „Verweigert“

„Wie oft wurden Sie in den Jahren 2012 bis heute insgesamt Opfer von Online-Kontomissbrauch?“

Antwortkategorien: „Einmal“; „Zweimal“; „Dreimal“; „Mehr als dreimal, *bitte genaue Anzahl angeben*“; „Weiß nicht“; „Verweigert“

Identitätsdiebstahl: „Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, wurden Ihre persönlichen Daten in diesem Zeitraum missbraucht?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

„Wie viele Fälle von Identitätsdiebstahl haben Sie in den Jahren seit 2012 insgesamt erlitten?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

Waren- und Dienstleistungsbetrug via Internet: „Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, wurden Sie persönlich in diesem Zeitraum Opfer von Waren- und Dienstleistungsbetrug im Internet?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

„Wie viele Fälle von Waren- und Dienstleistungsbetrug im Internet haben Sie in den Jahren seit 2012 insgesamt erlitten?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

Schadsoftware: „Wenn Sie von heute bis Anfang 2012 zurückblicken, war mindestens eines Ihrer privaten Geräte, egal ob Computer, Smartphone oder Tablet, von Schadsoftware befallen?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

„Wie oft wurden Sie in den Jahren seit 2012 insgesamt Opfer von Schadsoftware?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

... *bezogen auf die Schadenssummen*

Phishing: „Können Sie angeben, wie hoch Ihr finanzieller Schaden, alles mit eingerechnet, in Folge des jüngsten Online-Kontomissbrauchs war?“

Antwortkategorien: „Betrag eingeben“; „Weiß nicht“; „Verweigert“

„Und können Sie sich vielleicht daran erinnern, wenn Sie die folgenden Geldstufen im Blick haben? Waren das...“

Antwortkategorien: „Bis zu 100€“; „Bis zu 500€“; „Bis zu 1 000€“; „Bis zu 3 000€“; „Bis zu 10 000€“; „Mehr als 10 000€“; „Weiß nicht“; „Verweigert“

Identitätsdiebstahl: „Können Sie angeben, wie hoch Ihr finanzieller Schaden, alles mit eingerechnet, in Folge des jüngsten Identitätsdiebstahls war?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

„Und können Sie sich vielleicht daran erinnern, wenn Sie die folgenden Geldstufen im Blick haben? Waren das...“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

Waren- und Dienstleistungsbetrug via Internet: „Können Sie angeben, wie hoch Ihr finanzieller Schaden, alles mit eingerechnet, in Folge des jüngsten Waren- oder Dienstleistungsbetruges war?“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

„Und können Sie sich vielleicht daran erinnern, wenn Sie die folgenden Geldstufen im Blick haben? Waren das...“ (Antwortkategorien siehe Phishing)

Schadsoftware: „Welche der folgenden Antworten treffen auf Ihren Fall zu?“ *Mehrfachnennungen möglich:* „Die Schadsoftware konnte sofort unschädlich gemacht werden“; „Die Schadsoftware konnte erst nach längerer Reparatur unschädlich gemacht werden“; „Die Schadsoftware zerstörte das Gerät“; „Daten gingen dauerhaft verloren“; „Weiß nicht“; „Verweigert“

Tabelle 1

Fälle von Internetkriminalität pro Jahr Je 100 000 Einwohner

	Internetkriminalität insgesamt	Phishing	Identitätsdiebstahl	Waren- und Dienstleistungsbetrug	Schadsoftware
Baden-Württemberg	20 517	1 436	3 004	3 440	12 637
Bayern	18 404	929	3 017	3 217	11 241
Berlin	22 186	1 908	4 135	3 181	12 962
Brandenburg	16 763	1 099	1 763	1 964	11 936
Bremen	16 842	812	1 582	2 030	12 418
Hamburg	19 737	1 554	3 730	3 419	11 034
Hessen	17 827	1 452	2 219	3 639	10 518
Mecklenburg-Vorpommern	16 373	836	2 035	1 512	11 990
Niedersachsen	18 222	1 198	2 563	3 979	10 481
Nordrhein-Westfalen	18 084	1 262	3 056	2 600	11 166
Rheinland-Pfalz	18 854	997	1 265	3 070	13 522
Saarland	23 156	1 578	2 594	3 844	15 141
Sachsen	14 601	786	2 497	2 211	9 107
Sachsen-Anhalt	14 225	798	3 079	2 392	7 956
Schleswig-Holstein	17 254	1 782	2 698	2 676	10 097
Thüringen	16 420	574	2 634	1 837	11 375

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Trotz der „grenzenlosen“ Natur von Cybercrime variieren die Fallzahlen zwischen den Bundesländern deutlich.

desweites Stadt-Land-Gefälle lässt sich aus den Zahlen dagegen nicht erkennen.

Internetkriminalität ist kostspielig für betroffene Bürger

Die Höhe des Schadens, die sich aus den Angaben der Befragten ergibt, variiert je nach Deliktform (Tabelle 2).¹⁷ Die Opfer werden am stärksten durch Phishing geschädigt, im Durchschnitt kostet es den Bürger 814 Euro, wenn er Opfer eines Phishing-Deliktes wird. Allerdings werden in diesem Bereich laut Angaben der Repräsentativbefragung auch die höchsten Kompensationszahlungen durch Versicherungen geleistet.

¹⁷ Die insgesamt entstandenen Schadenssummen wurden basierend auf der Angabe zum jüngsten Vorfall berechnet, da sich die Befragten an diesen vermutlich am genauesten erinnern konnten. Bei Fällen, in denen der Befragte keine Summe direkt nennen konnte oder wollte, jedoch eine Spanne angab, wurde die Mitte der Spanne als Wert angenommen (Formel: (Untergrenze + Obergrenze)/2). Bei Befall mit Schadsoftware wurden im Interesse einer konservativen Schadensschätzung 0 Euro für dauerhaften Datenverlust angesetzt, 50 Euro für eine längere Reparatur und 500 Euro für zerstörte Geräte. Fälle, bei denen die Schadsoftware sofort unschädlich gemacht werden konnte, werden nicht als Schadensfälle betrachtet. Die Studie unterliegt wie die meisten Bevölkerungsbefragungen Vorbehalten im Hinblick auf erinnerungs-basierte quantitative Auskünfte. Daher sollten die Ergebnisse als Größenordnungen, nicht aber als präzise Messwerte aufgefasst werden.

Tabelle 2

Schaden durch Internetkriminalität je Fall In Euro

	Schaden ...	
	insgesamt	abzüglich Versicherungsleistung
Phishing	814	295
Identitätsdiebstahl	402	-
Waren- und Dienstleistungsbetrug	238	201
Schadsoftware	129	-

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Opfer werden am stärksten durch Phishing geschädigt, allerdings greifen hier auch anschließende Entschädigungen am stärksten.

Relative Schadenshöhen lassen sich auf Bundeslandebene darstellen. Dafür wurden auf Basis der durchschnittlichen Schadenshöhe für einen einzelnen Fall der jeweiligen Internetkriminalität-Kategorie sowie der auf Basis der Stichprobe hochgerechneten Fallzahl je 100 000 Einwohner im jeweiligen Bundesland errechnet (Tabelle 3). Über alle Kategorien von Internetkriminalität betrachtet scheint die Berliner Bevölkerung am

Tabelle 3

Schaden¹ durch Internetkriminalität nach Bundesländern

Euro je Einwohner und Jahr

	Internetkriminalität insgesamt	Phishing	Identitätsdiebstahl	Waren- und Dienstleistungsbetrug	Schadsoftware
Baden-Württemberg	48	12	12	8	16
Bayern	42	8	12	8	14
Berlin	56	16	17	8	17
Brandenburg	36	9	7	5	15
Bremen	34	7	6	5	16
Hamburg	50	13	15	8	14
Hessen	43	12	9	9	14
Mecklenburg-Vorpommern	34	7	8	4	15
Niedersachsen	43	10	10	9	13
Nordrhein-Westfalen	43	10	12	6	14
Rheinland-Pfalz	38	8	5	7	17
Saarland	52	13	10	9	19
Sachsen	33	6	10	5	12
Sachsen-Anhalt	35	6	12	6	10
Schleswig-Holstein	45	15	11	6	13
Thüringen	34	5	11	4	15

¹ Ohne Berücksichtigung von Entschädigungsleistungen durch Versicherungen.

Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Berliner Bürger erleiden im Ländervergleich pro Kopf die höchsten Schäden.

stärksten betroffen. Bei Betrachtung einzelner Kategorien schlägt Schadsoftware im Saarland am heftigsten zu Buche – ausschlaggebend dafür ist die hohe Fallzahl.

Schätzung des direkten Gesamtschadens übertrifft die der Polizei um den Faktor 50

Durch die einfache Multiplikation des durchschnittlichen Schadens pro Fall mit der aus der Stichprobe errechneten Fallhäufigkeit pro Jahr lässt sich größenordnungsmäßig der volkswirtschaftliche Gesamtschaden durch Internetkriminalität in Deutschland abschätzen. Sekundäreffekte wie ein gesteigerter Umsatz des Elektronik-Einzelhandels, der Verzicht auf Transaktionen aus Sicherheitsgründen oder Auswirkungen auf die Versicherungswirtschaft finden hier keine Berücksichtigung. Auch unter Berücksichtigung der begrenzten Verlässlichkeit von Erinnerungsdaten sowie der tendenziell überschätzenden Verzerrung durch Hochrechnung auch auf nicht das Internet nutzende Bevölkerungsteile muss von erheblichen Schäden durch Internetkriminalität ausgegangen werden.

Treffen die Angaben größenordnungsmäßig zu, so könnten allein durch Delikte aus dem Bereich Schad-

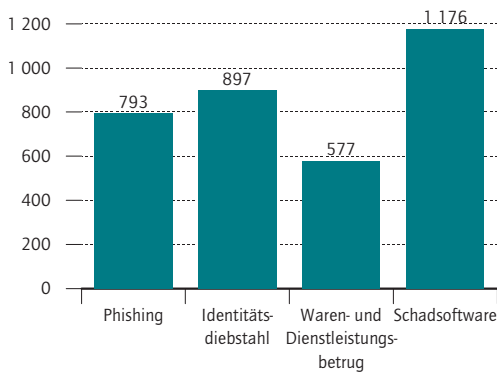
software bundesweit Privatleuten annähernd 1,2 Milliarden Euro an direkten jährlichen Schäden entstanden sein (Abbildung 2) – oder anders ausgedrückt, etwa 14,70 Euro pro Jahr für jeden Bundesbürger. Im Bereich Identitätsdiebstahl beträgt der Schaden pro Kopf rechnerisch etwa elf Euro, für Phishing fast zehn Euro sowie für Waren- und Dienstleistungsgut sieben Euro. Schadsoftware (mit erkannten Folgen) verursacht also den höchsten Schaden, Waren- und Dienstleistungsbetrug dagegen nur etwa die Hälfte. Auf die abgebildeten Internetkriminalität-Kategorien insgesamt entfallen – ohne Berücksichtigung von Entschädigungsleistungen durch Versicherungen – nach unseren Berechnungen etwa 3,4 Milliarden Euro, anders ausgedrückt 0,1 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes.

Am nächsten an den hier geschätzten Werten liegen unter den angeführten Quellen die der Studie von Symantec (vgl. Fußnote 11). Die Schätzung des Bundeskriminalamtes zu beispielsweise Schäden durch Phishing ist offenbar deutlich zu konservativ, unsere Berechnungen ergeben einen um den Faktor 50 höheren Schaden – und liegen damit nicht an der Spitze. Die Zahlen des Detica-Reports (vgl. Fußnote 12) zu den Gesamtschäden für Großbritannien liegen 2,5 Mal (Identitätsdiebstahl) bis 3,3 Mal (Waren- und Dienstleistungsbetrug im Inter-

Abbildung 2

Volkswirtschaftlicher Schaden durch Internetkriminalität gegen Privatpersonen

In Millionen Euro ohne Sekundäreffekte



Quellen: Bug, M., Kroh, M., Meier, K., Rieckmann, J., van Um, E., Wald, N. (2015): WISIND-Datensätze: Kriminalitätsbefragung; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Schadsoftware verursacht den höchsten Schaden, Waren- und Dienstleistungsbetrug nur knapp die Hälfte davon.

net) höher als die Schätzung in diesem Beitrag. Die gemeinsame Schätzung des Center for Strategic and International Studies und des Sicherheitstechnologie-Anbie-

Johannes Rieckmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | jrieckmann@diw.de

ters McAfee für Deutschland erscheint jedoch um ein zweistelliges Vielfaches zu hoch.¹⁸

Fazit

Die Auswertung einer breit angelegten Befragung gestattet erstmals für Deutschland Aussagen zur Größenordnung der Betroffenheit von Privatpersonen durch Internetkriminalität sowie zu den dadurch entstandenen finanziellen Schäden. Ein sehr großer Teil der Delikte wird von der polizeilichen Kriminalitätsstatistik nicht erfasst. Die Dunkelfeld-Ausleuchtung in Verbindung mit den Selbstauskünften der Befragten führt zu weit realistischeren Schadensschätzungen. Die jährlich entstehenden Schäden durch Internetkriminalität sind nicht nur für das Gewerbe, sondern auch für Privatpersonen erheblich. In vier besonders bedeutenden Kategorien der Internetkriminalität – Phishing, Identitätsbetrug, Waren- und Dienstleistungsbetrug sowie Angriffe mit Schadsoftware – belaufen sie sich auf insgesamt 3,4 Milliarden Euro pro Jahr, das entspricht 0,1 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

¹⁸ Zur Spannweite bisheriger Schätzungen siehe auch Hyman, P. (2013): Cybercrime: It's serious, but exactly how serious? Communications of the ACM, Vol 56 (3), 18 f., www.yildiz.edu.tr/~aktas/courses/CE-0112822/15-04-2-1.pdf, Zugriff am 26.02.2015; McAfee (2013): The Economic Impact of Cyber Crime and Cyber Espionage. Center for Strategic and International Studies, 10-17, csis.org/files/publication/60396rpt_cybercrime-cost_0713_ph4_0.pdf, Zugriff am 11.03.2015.

Martina Kraus ist studentische Hilfskraft in der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | mkraus@diw.de

CYBERCRIME: DAMAGES RUN INTO BILLIONS

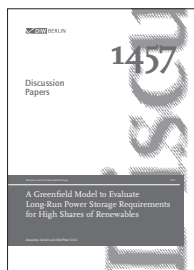
Abstract: Cybercrime can lead to considerable costs for those affected. Previous attempts to quantify the damage have focused mainly on businesses. Official information on damages incurred by individuals is based primarily on cases reported to the police, but these figures in no way accurately reflect the actual number of cybercrimes. This study, which is

based on a broadly conceived survey, evaluates the financial harm to individuals. It covers four key areas of cybercrime—phishing, identity theft, consumer fraud, and malicious software. The damage in these areas together amounts to approximately 3.4 billion euros per year, equivalent to 0.1 percent of Germany's gross domestic product (GDP).

JEL: H79, K42, L86, R12, Z18

Keywords: crime, crime statistics, cybercrime, darkfield, fraud, identity theft, indicator, inner security, malware, perception, phishing, police statistics, security

Discussion Papers Nr. 1457
2015 | Alexander Zerrahn and Wolf-Peter Schill



A Greenfield Model to Evaluate Long-Run Power Storage Requirements for High Shares of Renewables

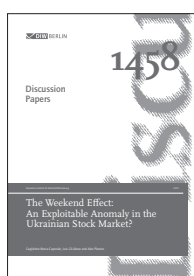
We develop a dispatch and investment model to study the role of power storage and other flexibility options in a greenfield setting with high shares of renewables. The model captures multiple system values of power storage related to arbitrage, dispatchable capacity, and reserves. In a baseline scenario, we find that power storage requirements remain moderate up to a renewable share of around 80%, as other options on both the supply side and demand side also offer flexibility at low cost. Yet storage plays an important role in the provision of reserves.

If the renewable share increases to 100%, the required capacities of power storage and other technologies increase strongly. As long-run parameter assumptions are highly uncertain, we carry out a range of sensitivity analyses, for example, with respect to the costs and availabilities of storage and renewables. A common finding of these sensitivities is that—under very high renewable shares—the storage requirement strongly depends on the costs and availability of other flexibility options, particularly on biomass availability. We conclude that power storage becomes an increasingly important element of a transition towards a fully renewable-based power system. Power storage gains further relevance if other potential sources of flexibility are less developed. Supporting the development of power storage should thus be considered a useful component of policies designed to safeguard the transition towards renewables.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1458
2015 | Guglielma Maria Caporale, Luis Gil-Alana and Alex Plastun



The Weekend Effect: An Exploitable Anomaly in the Ukrainian Stock Market?

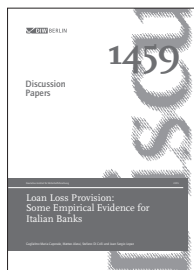
This paper provides some new empirical evidence on the weekend effect (one of the best known anomalies in financial markets) in Ukrainian futures prices. The analysis uses various statistical techniques (average analysis, Student's t-test, dummy variables, and fractional integration) to test for the presence of this anomaly, and then a trading simulation approach to establish whether it can be exploited to make extra profits. The statistical evidence points to abnormal positive returns on Fridays, and a trading strategy based on this anomaly is shown to generate annual profits of up to 25%. The implication is that the Ukrainian stock market is inefficient.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1459

2015 | Guglielmo Maria Caporale, Matteo Alessi, Stefano Di Colli and Juan Sergio Lopez



Loan Loss Provision: Some Empirical Evidence for Italian Banks

This paper uses data from a panel of more than 400 Italian banks for the period 2001–2012 to examine the main determinants of loan loss provision (LLP), which are classified as either discretionary (income smoothing, capital management, signalling) or non-discretionary (related to the business cycle). The results suggest that LLP in Italian banks is driven mainly by non-discretionary components, especially during the recession of 2008–2012, and is consistent with a countercyclical behavior of LLP. Further, it is generally less pro-cyclical (although not during the recent economic crisis) in the case of local banks: since their loans are more collateralised, their behaviour is more strongly affected by supervisory activity, their initial coverage ratio

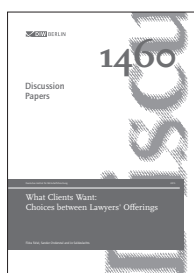
being lower than for other banks.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1460

2015 | Flóra Felső, Sander Onderstal and Jo Seldeslachts



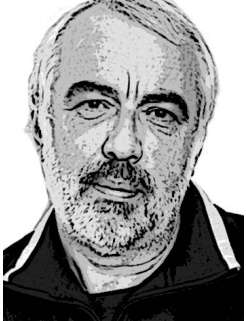
What Clients Want: Choices between Lawyers' Offerings

We analyze a client's choice of contract in auctions where Dutch law firms compete for cases. The distinguishing feature is that lawyers may submit bids with any fee arrangement they prefer: an hourly rate, a fixed fee or a \mixed fee, which is a time-capped fixed fee plus an hourly rate for any additional hours should the case take longer than expected. This format of selling legal services is unusual in that it both forces lawyers to compete directly against each other and allows clients to easily compare these different offers. We estimate a choice model for clients and find robust evidence that hourly rate bids are a client's least-preferred choice. Our findings tentatively contradict lawyers' often made argument that hourly rates are in a client's

best interest.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Olympia: Die Verhältnisse auf die Füße stellen

Wohlsituiert gekleidete Herren streben zusammen mit wenigen Damen zum Rathaus und bitten den Bürgermeister um ein Gespräch. „Wir sind die Betreiber eines Wanderzirkus‘ und würden gern in Ihrer Stadt gastieren.“ Dem Bürgermeister ist das recht und er verweist an die für die nötige Erlaubnis zuständigen Behörden. So einfach sei das nicht, kommt es von den Herren. Man sei kein Wanderzirkus im üblichen Sinne, denn man habe gar keine Zelte, keine Wagen, keine Absperrungen – eigentlich nichts. Lediglich für die Artisten werde man sorgen. Denen genüge es, ihre Kunst vorführen zu dürfen. Man selbst bringe nur den Namen: Olympia. Der sei landauf und landab berühmt. Es reiche daher der Stadt zur Ehre, wenn der Zirkus in ihr ein Gastspiel gibt. Daher müsse sie dafür sorgen, dass alles für die Aufführungen bereit steht. Natürlich sei das teuer. Aber wer denke schon an Geld, wenn es um die Ehre der Stadt sowie um die Unterhaltung seiner Bürger und zuströmender Besucher von weit her geht?

Was an Schilda denken lässt, wird von der Realität noch übertroffen. Nicht die Betreiber des Wanderzirkus‘, also das Internationale Olympische Committee (IOC), bitten um irgendetwas, vielmehr lassen sie sich bitten. Denn das IOC ist in der komfortablen Lage, dass sich mehrere Städte um die Olympischen Spiele und die Paralympics reißen. Die politisch Verantwortlichen an möglichen Austragungsorten buhlen mit viel Aufwand um die Gunst des IOC. Nach dessen Vorgaben sind umfangreiche Planungen und Bewerbungskonzepte zu erstellen. Wenn Mitglieder des IOC die Stadt besuchen, sind sie ähnlich wie Fürsten zu betreuen. Und nicht zuletzt ist dafür zu sorgen, dass die Bürger der Bewerberstädte nicht anfangen zu murren, sondern in einen Begeisterungstaukel verfallen. Schon allein die Bewerbung kostet viel Geld. Hamburg, das gerade von den deutschen Sportorganisationen ins Rennen geschickt wurde, hat dafür „nur“ 50 Millionen Euro veranschlagt.

Trotz aller pathetischer Verklärungen ist Olympia in erster Linie ein Geschäft – bei dem jedoch Erträge und

Risiken völlig ungleich verteilt sind. Dem IOC sind hohe Einnahmen, die sich insbesondere aus den Übertragungsrechten speisen, sicher. Die Risiken dagegen werden allein von den Austragungsorten getragen. Ins Geld gehen vor allem die Investitionen in die Sportanlagen und in die sonstige sportnahe Infrastruktur. Hinzu kommen erhebliche Aufwendungen für die Durchführung und die Sicherheit der Veranstaltungen. Etwas von den Einnahmen erhalten zwar auch die Austragungsorte, das reichte aber in den letzten Jahrzehnten bei Weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. All dem wird noch dadurch ein Sahnehäubchen aufgesetzt, dass das IOC Steuerbefreiung für seine Einnahmen verlangt.

Die Verhältnisse stehen auf dem Kopf, man muss sie auf die Füße stellen. Wer Einnahmen erzielen will, muss auch die Risiken tragen. Das IOC müsste daher auf potentielle Veranstaltungsorte zugehen, um ihnen ein Angebot zu unterbreiten. Sämtliche erforderlichen Investitionen werden vom IOC getragen. Dabei steht es ihm frei, private Investoren mit der Durchführung zu beauftragen. Nach den Spielen können die Anlagen verkauft, vermietet oder auf eigene Kosten betrieben werden. Die Städte können zu Marktpreisen die benötigten Grundstücke zur Verfügung stellen und gegen Kostenbeteiligung die Planungen unterstützen. Sind Investitionen in die Infrastruktur erforderlich, die – wie bei Verkehrsprojekten – nicht nur sportlichen Nutzen hat, können sich die Städte an den Kosten beteiligen.

Keine Stadt braucht Olympische Spiele, aber das IOC braucht Austragungsorte. Nur wenn sich die Städte dessen bewusst werden, gibt es Veränderungen. Wenn das IOC allein die Kosten und das Risiko trägt, könnte sich das Geschäft allerdings als nicht mehr lohnend erweisen. Der Zirkus wandert dann nicht mehr, sondern sucht sich – wie schon in der Antike – einen festen Platz. Und wenn man zurück zu den Wurzeln geht, bietet sich vor allem Athen an. Die Griechen könnten eine solche touristische Attraktion gut gebrauchen.